Nr. 293. 25. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 15. Dezember 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die geprellten Unterbeamten!

In der Frage der Beamtenbesoldungsreform dürften die Würfel gefallen sein. Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erledigte am Montag in zweiter Lesung die Besoldungsreform für die Klassen 1—9 einschließlich, die den weitaus größten Teil aller Beamten umfassen. An den Beschlüssen der Kommission dürften im Plenum kaum noch erhebliche Aenderungen vorgenommen werden. Damit wäre aber nicht nur die Frage der Beamtenbesoldungsreform für Preußen entschieden, sondern auch für die entsprechenden Beamtenkategorien des Reiches. Denn es ist sicher anzunehmen, daß die ausschlaggebenden Parteien (Konservative, Zentrum und Nationalliberale) im Reiche keine andere Stellung einnehmen werden, als ihre Fraktionen im preußischen Abgeordnetenhause. **Das Ergebnis der gestrigen Sitzung aber ist für die Unterbeamten ein außerordentlich betrübendes!** Die sozialdemokratischen Anträge, die Gehälter der Unterbeamten wenigstens auf eine Höhe zu bringen, die der der bayerischen Beamten entspricht, wurden **mit allen gegen die eine Stimme des sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedes abgelehnt!** Auch die weit bescheideneren Forderungen des Freisinns wurden gegen vier Stimmen, die sozialdemokratische Stimme und die drei freisinnigen Stimmen, abgelehnt. Von den 105 000 Beamten der untersten vier Klassen wurde nur in der Klasse 1 den Bahnwärtern eine Erhöhung ihres Endgehalts um 100 M. zuteil, eine, wie wir noch zeigen werden, **durchaus unzulängliche** Gehaltsaufbesserung. Die Beamten der zweiten, dritten und vierten Klasse, die zusammen annähernd 88 000 Personen umfassen, gingen vollständig leer aus!

Betrachten wir dies Ergebnis ein wenig näher. Die Bahnwärter sollen nach den Beschlüssen der Budgetkommission künftig 1100—1800 M. erhalten. In Bayern erhalten sie 1200—1700 M., wobei, wie bei allen Beamten in Bayern, kein Wohnungsgeldzuschuß gewährt wird. Von dem sozialdemokratischen Vertreter in der Kommission war beantragt worden, die Gehaltssätze der Klasse 1 auf 1100 bis 1400 M. festzusetzen. Wäre dieser Antrag angenommen worden, so wäre in Preußen gerade das Gehalt gezahlt worden, das den Bahnwärtern in Bayern gewährt ist. Denn nach dem sozialdemokratischen Antrag würden die Bahnwärter in 21 Jahren 26 250 M. Gehalt bekommen haben, in Bayern dagegen 29 850 M. Das sind pro Jahr 170 M. mehr als in Preußen. Berücksichtigt man, daß bei den bayerischen Beamten die gewährte Dienstwohnung nur mit $^2/_3$ ihres Wertes in Anrechnung gebracht wird, und berechnen wir das Drittel mit 70 M., so ergibt sich, daß die Bahnwärter in Bayern pro Jahr 250 M. mehr erhalten. Da aber der Wohnungsgeldzuschuß in Preußen künftig im Durchschnitt für die Klassen 2—4 (zur ersten Klasse gehören ja nur Berlin, Charlottenburg, Friedenau, Schöneberg und Frankfurt a. M.) 255 M. beträgt, wäre das bayerische Gehalt bei der Annahme des sozialdemokratischen Antrages gerade erreicht worden.

Für die zweite und dritte Klasse, die 62 597 Köpfe umfaßt, war von sozialdemokratischer Seite die Festsetzung des Gehalts auf 1200—1800 M. beantragt worden. Dieser Antrag wurde, wie bereits erwähnt, gegen die eine Stimme des sozialdemokratischen Vertreters **abgelehnt.** Ebenso wurden alle übrigen Anträge abgelehnt, so daß die Beschlüsse der ersten Lesung der Budgetkommission bestehen blieben. Danach sollen die Schaffner (21 338 Personen) 1100—1500 M. erhalten. In Bayern erhalten sie **1500—2100 M.** Von Nebenbezügen werden in Preußen 200 M., in Bayern 250 M. bei der Pensionierung angerechnet. **Preußen zahlt also 400 bis 600 Mark weniger als Bayern.** Auch wenn man den Wohnungsgeldzuschuß in der durchschnittlichen Höhe von 255 M. und die 30 M. Kleidergeldzuschuß anrechnet, bleibt noch immer ein **Weniger von 115—315 M.** In Bayern erhalten die Schaffner in 21 Jahren 37 800 M., in Preußen nach dem Beschlusse der Budgetkommission 27 150 M., also in 21 Jahren weniger 10 650 M., das macht **pro Jahr 507 M. weniger!** — Die in Klasse 3 rangierenden 29 558 Weichensteller und Rottenführer sollen nach den unverändert gebliebenen Beschlüssen der ersten Lesung der Budgetkommission 1100—1600 M. erhalten. In Bayern erhalten die Weichensteller 1500—2100 M. In Preußen erhalten die Weichensteller in 21 Jahren 28,470 M., in Bayern 37,800 M., das macht pro Jahr für Preußen ein **Weniger von 444 M.!** Auch bei der Anrechnung des Wohnungs- und Kleidergeldzuschusses bleibt also ein erhebliches Defizit. Die 2133 Wagenwärter sollen in Preußen 1100—1600 M., dazu 200 Mark pensionsfähige Nebenbezüge erhalten. In Bayern dagegen erhalten sie 1700—2300 M., dazu 250 M. pensionsfähige Nebenbezüge. In 21 Jahren erhalten die Wagenwärter in Bayern 13 530 M., das heißt **pro Jahr 644 M. mehr** als die Wagenwärter in Preußen!

Auch die zirka 25 000 Beamten der vierten Klasse erhalten künftig nur, wie die Fahrkartendrucker, Gefängnisaufseher und Gerichtsdiener, ein Gehalt von 1200—1700 M., oder, wie die Lokomotivheizer, ein solches von 1200—1800 M., während beispielsweise die Fahrkartendrucker und die Lokomotivheizer in Bayern 1500 bis 2100 M., die letzteren natürlich auch entsprechende Nebenbezüge, erhalten. Der sozialdemokratische Antrag, für Klasse 4 das Gehalt auf 1300 bis 1900 M. festzusetzen, teilte das gleiche Schicksal wie die Anträge zu den ersten drei Klassen!

So gingen die Hauptklassen der Unterbeamten, die 105 000 Beamten der untersten vier Klassen, **fast vollständig leer aus!** Die Mehrheit der Budgetkommission war nicht einmal für die unzulänglichen Anträge des Freisinns, der Nationalliberalen und des Zentrums zu haben. Man erklärte auch offen heraus, warum nicht. Man wollte durch die bessere Bezahlung der Unterbeamten **nicht einen Anreiz für die „Begehrlichkeit" der entsprechenden Arbeiterschichten,** aus denen sich diese Unterbeamten rekrutieren, geben, **man wollte den Ausbeutungsbedürfnissen des Privatunternehmertums keine Schranken ziehen!** Deshalb lehnte man alle Berufungen auf die bessere Bezahlung der entsprechenden bayerischen Beamtenkategorien ab. Preußen geht hier in Deutschland voran mit Hungerlöhnen, soweit es die Staatsarbeiter, und mit Hungergehältern, soweit es die Unterbeamten betrifft! Bei den Geistlichen freilich und bei den oberen Beamten geht man beträchtlich über das hinaus, was in Bayern gezahlt wird! Trotzdem zum Beispiel die evangelischen Geistlichen in Bayern nur 2000 bis 3400 M. Bargehalt beziehen, will die preußische Regierung durch ihre Zwölf-Millionen-Gabe die Geistlichengehälter auf 2400 bis 6000 M. Bargehalt bringen!

Die Sprödigkeit der Budgetkommission änderte sich, als die Gehälter der mittleren Beamten in Frage kamen. Unter den mittleren Beamten befinden sich ja entweder Militäranwärter, die man nicht so zu behandeln wagt wie die aus den Kreisen der Arbeiter hervorgegangenen Beamtengruppen, oder aber Beamte, die aus den Kreisen der qualifizierten Arbeiter hervorgegangen sind und deren Mißfallen man sich zu erregen fürchtet. Es versteht sich von selbst, daß der sozialdemokratische Vertreter auch hier bei der Abstimmung für die weitestgehenden Anträge eintrat, da er sich nicht zu der freisinnigen Logik aufschwingen konnte, daß, weil die Unterbeamten nichts erhalten hätten, auch die mittleren Beamten keine energische Gehaltsaufbesserung erfahren dürften; sich bei seiner Abstimmung im Gegenteil von der Auffassung leiten ließ, daß durch die Gewährung angemessener Gehälter für die mittleren Beamten schließlich auch für die besitzenden Klassen die Notwendigkeit eintreten muß, die Gehälter der unteren Beamten gleichfalls angemessen aufzubessern! Das Eintreten für die mittleren Beamten durch die reaktionären Parteien findet deshalb unsere vollste Zustimmung; nur erscheint angesichts dieses Eintretens **die Rücksichtslosigkeit gegenüber den unteren Beamten in um so eigenartigerem Lichte!** Auch machte ein Zentrumsredner gar kein Hehl aus den arglistigen Motiven, die seine Partei bewogen, sich der mittleren Beamten anzunehmen. So erklärte er, die Gehälter der Werkführer der Eisenbahnverwaltung seien möglichst zu erhöhen, weil die Werkführer ja die ihnen unterstellten Arbeiter auf „guten Bahnen erhalten" müßten. Schon in der ersten Lesung hatte derselbe Abgeordnete ebenfalls darauf hingewiesen, daß es doch sehr darauf ankomme, diese Beamtenkategorien „mit gutem Geiste zu erfüllen". Die Staatsarbeiter und die **unteren** Beamten können also **elend besoldet** werden; aber ihre Vorgesetzten müssen so bezahlt werden, daß sie sich als Werkzeuge gegen die ihnen Untergebenen gebrauchen lassen! Die Gehälter der Werkführer wurden denn auch von 2000 M. im Höchstgehalt auf 2100 M. aufgebessert.

Ungemein drastisch kontrastierte auch die Ablehnung der für die Unterbeamten gestellten sozialdemokratischen Anträge durch die Nationalliberalen mit dem lebhaften Eifer, mit dem diese für die Zollaufseher, Schutzmänner und Gendarmen eintraten. Trotzdem diese Beamten vor dem 1. April 1906 erst 1200 bis 1600 M. erhielten und durch die Regierungsvorlage auf 1400 bis 2100 M. aufgebessert worden waren, wollten jetzt die Nationalliberalen diese Beamten im Endgehalt auf 2400 Mark bringen, das Endgehalt also gegenüber das Endgehalt vom Jahre 1906 um 800 M., d. h. **50 Proz. erhöhen!** Es handelte sich eben um Beamte, die man im „guten Geist erhalten" wollte, d. h. gegen die unteren Beamten ausspielen zu können hofft. Auch die Polizeiwachtmeister, die ehedem 1500 bis 1800 M. erhielten und jetzt 1650 bis 2300 Mark erhalten sollen, sollten durch einen nationalliberalen Antrag auf 1650 bis 2700 M. gebracht werden! Erst langes Zureden der Regierungsvertreter veranlaßte die Herren, ihre Anträge zurückzuziehen. Die Gehälter der Förster und der Lokomotivführer schließlich wurden im Endgehalt von 2400 M. auf 2500 M. gemäß einem von konservativer Seite gestellten Antrag aufgebessert. Das Endgehalt der Förster, das 1906 noch 1800 M. betrug, wird jetzt also 2500 M. betragen, also **um 700 M. erhöht** werden.

Wir wiederholen, daß wir diesen Beamtenkategorien ihre Aufbesserung durchaus gönnen, wie auch der Vertreter der sozialdemokratischen Partei **für diese Anträge gestimmt hat.** Wenn man sich indessen vergegenwärtigt, daß nicht nur die Gehälter der Schutzleute und Gendarmen, sondern auch die der Lokomotivführer jetzt auf eine höhere Stufe gebracht worden sind, als die ihrer bayerischen Kollegen, die 2300 M., resp. (die Oberlokomotivführer) 2850 M. Maximalgehalt erhalten, während das Gehalt der preußischen Lokomotivführer künftig zuzüglich des durchschnittlichen Wohnungsgeldzuschusses von 500 M. für mittlere Beamte im Maximum 3000 M. beträgt, so ist die Forderung nur um so unabweislicher, daß auch die Gehälter der unteren Beamten auf mindestens das gleiche Gehalt wie ihre bayerischen Kollegen gebracht werden!

Aber die Absicht unserer herrschenden Parteien ist ja nur zu durchsichtig. Man will sich durch die Gewährung günstiger Gehälter an gewisse Eliteschichten in der Beamtenschaft eine **„staatstreue" Garde** schaffen, die man dann gegen die schlechtbezahlten unteren Beamten und das Proletariat ausspielen kann. Ob die mittleren Beamten dieser Zumutung entsprechen werden, wird ja die Zukunft beweisen. Die von unseren Herrschenden bei der Gehaltsaufbesserung so kläglich unzulänglich bedachten unteren Beamten aber werden durch die ihnen zuteil gewordene schnöde Behandlung sicherlich zum Nachdenken veranlaßt werden!

Höflingstreiben.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Majorität des Reichstages nicht nur pflichtvergessen, sondern auch leichtfertig und unklug gehandelt hat, als sie die Verfassungs- und Geschäftsordnungsanträge auf die lange Bank schob, wird dieser Beweis durch die Furcht vor den höfischen Intrigen geliefert, die gerade die offiziösen und loyalen Blätter erfaßt hat. Oder kann man sich etwas Beschämenderes denken, als daß die Geschicke des deutschen Volkes davon abhängen sollen, ob Fürst Bülow oder ein höfischer Intrigant einander überlisten und die Gunst Wilhelms II. für sich gewinnen? Was hat denn alles Reden, was haben selbst die großen Skandale genutzt, wenn wir auch heute genau dort stehen, wo wir in den Tagen Eulenburgs standen, als über Kanzlerentlassungen und -Ernennungen, über die Führung der auswärtigen Politik, ja sogar über Krieg und Frieden die Entscheidungen in Liebenberg fielen?

Daß wir aber nicht weiter gekommen sind, das bestätigen jetzt die Klagen und Angstrufe der bülowtreuen Presse mit unwiderleglicher Deutlichkeit. So schreibt die „National-Zeitung":

„Es soll nicht geleugnet werden, daß auch gegenwärtig eine „kleine Partei" geschäftig beim Werke ist, dem Kanzler aus Anlaß der bekannten Reichstagsvorgänge die Arbeit sauer zu machen. Indessen diese kleine Partei ist nicht mächtig genug, um den entsprechenden Vorstoß wagen zu können. Vielleicht ist auch der Begriff Partei schon zu weit gefaßt. Es handelt sich um eine kleine Clique gleichsam, wie sie ähnlich zu Eulenburgs Zeit bestand, nur daß ihr persönliches Verhältnis zum Kaiser bei weitem kein so vertrauliches zu nennen ist."

Dann meint das Blatt: „Gewiß, der Kanzler hat immer noch mancherlei Widerstände zu überwinden; aber die Hauptsache bleibt für ihn, daß er auch fernerhin sich des Vertrauens der Mehrheit des Reichstages sicher weiß."

Wir meinen, es charakterisiert die Situation sehr gut, wenn das nationalliberale Blatt als Hauptsache das Vertrauen des Reichstages bezeichnet und nicht das Vertrauen des Kaisers. Aber wir glauben, daß der Reichstag nicht bloß das gefügige Werkzeug eines Bülow im Kampf um seine Machtbehauptung sein darf, sondern daß das Vertrauen der Volksvertretung immer und für jeden Minister die „Hauptsache" sein muß, daß kein Minister möglich sein darf, der dieses Vertrauen nicht besitzt. Und wenn es dem nationalliberalen Organ ernst wäre mit seinem Kampfe gegen die Kamarilla, dann müßte es mit ganzer Kraft den sozialdemokratischen Verfassungsantrag, der diese Forderung enthält, unterstützen. Denn selbst Nationalliberale können doch einen Zustand nicht verewigen wollen, bei dem alles davon abhängt, daß, um wieder mit der „Nat.-Ztg." zu reden, „eine gesunde realpolitische Auffassung der Verhältnisse die Oberhand behält". Kann doch das Blatt selbst nicht mehr behaupten, als daß „zur Stunde" dies noch der Fall ist. Wenn aber diese Stunde vorübergehen sollte? Selbst die „Kreuz-Zeitung" erzählt uns ja, daß „einzelnen Mißvergnügten in hohen Kreisen die Person des Kanzlers ein Hindernis" ist. Nach den Erlebnissen mit Wilhelm II. ist doch seine „realpolitische Auffassung" wirklich keine genügende Garantie! Ist es nie gewesen, am wenigsten in dem jetzigen Moment. Nicht mit Unrecht bemerkt das „Berl. Tagebl.":

„Ob der Kaiser wirklich seine Verstimmung auch nach außen kundgab, ob er, wie sentimentale Chronisten behaupten, das Bett hütete und durch „Gebet und Tränen" das seelische Gleichgewicht wiederzugewinnen suchte, darüber wollen wir uns eine eigenen Meinung enthalten. So viel ist indessen wohl klar, daß eine derartige Nervenkrise zwischen Selbstzerknirschung und Selbstüberschätzung hin und her pendelt. Deshalb kann es sehr wohl sein, daß, was heute als notwendiges „Opfer" erscheint, morgen bereits als übertriebene Nachgiebigkeit ausgelegt wird."

Wir aber wollen endlich unabhängig werden von „Nervenkrisen" und Gemütsstimmungen eines einzelnen Mannes. Wir wollen diesen lächerlich unwürdigen Zustand nicht länger ertragen. Es muß endlich auch in Deutschland Ernst gemacht werden mit parlamentarischen Institutionen, mit verantwortlichen Ministern. Wir wollen keinen Absolutismus, weder den Absolutismus Wilhelms II. noch den des Fürsten Bülow. Wir wollen die Selbstregierung des Volkes, und das frevle Spiel der Kamarilla muß endlich ersetzt werden durch den ernsten politischen Kampf eines reifen Volkes.

Gemeindewahlen in Württemberg.

Stuttgart, den 13. Dezember.

Die Wahlen zum Bürgerausschuß der Gemeinden Württembergs sind in vollem Gange. Alle zwei Jahre hat die Hälfte der Mitglieder dieser gemeindlichen Körperschaft auszuscheiden. Bei den Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern gelangt dieses Jahr zum ersten Male die Verhältniswahl auch für den Bürgerausschuß zur Anwendung. Zum Gemeinderat wurde im vergangenen Jahre zum ersten Male nach dem „Proporz" gewählt, freilich ebenfalls nur in Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern. Der Antrag der Sozialdemokratie, dieses Wahlsystem auch den kleineren Gemeinden zu geben, ist von den bürgerlichen Parteien des Landtags abgelehnt worden. Die bürgerlichen Parteien sahen die Verwaltung der kleineren Gemeinden als ihr Privilegium an. Daß in den Kleinstädten und Dörfern die Sozialdemokratie jemals so anwachsen könnte, daß sie — von etlichen Industrieorten abgesehen — die Majorität der Wähler unter ihrer Fahne vereinigen und den bürgerlichen Parteien die Herrschaft auf dem Rathaus streitig machen könnte, das hielten die bürgerlichen Parlamentarier in ihrer Mehrheit für undenkbar. Sie lehnten deshalb für diese Gemeinden den sozialdemokratischen Antrag ab. Anders in den größeren Städten des Landes. Hier lag die „Gefahr" vor, daß die bürgerlichen Parteien von der Gemeindeverwaltung ausgeschaltet würden, wenn die Majoritätswahl nicht durch den Proporz ersetzt wurde. So kamen die Städte mit über 10 000 Einwohnern zum Proporz.

Die vorjährige Gemeinderatswahl hat den bürgerlichen Parteien bereits gezeigt, daß sie mit der Ablehnung der Verhältniswahl für kleinere Gemeinden eine kapitale Dummheit begangen haben. Die jetzt im Gange befindlichen Bürgerausschußwahlen werden diese Erkenntnis sehr fördern. Auch die kleineren Städte und Gemeinden gehen mehr und mehr dazu über, ihre Gemeindeverwaltung der Sozialdemokratie anzuvertrauen. In der Regel gehen unsere Genossen mit reinen Parteizetteln vor, in außergewöhnlichen Fällen leihen sie auch Männern, die sich um die Gemeinde verdient gemacht haben und wegen ihres Wirkens von den Reaktionären aus dem Rathause gebissen werden sollen, ihre Hilfe. In den letzten vierzehn Tagen wurden von der Sozialdemokratie in den Bürgerausschuß entsandt in Eßlingen 4, Ludwigsburg 1, Obereßlingen 2, Ravensburg 1, Nellingen 4, Zizishausen 3, Metzingen 2, Neckargartach 4, Deizisau 3, Bendlingen 3, Güglingen 2, Dußlingen 2, Hedelfingen 3, Magstadt 3, Hall 1, Schweikheim 3, Botnang 4, Sulzbach 1, Waiblingen 1, Böckingen 5, Reutlingen 3, Tuttlingen 4, Rohracker 2, Gindelfingen 1, Backnang 1, Deißlingen 1, Schwenningen 1 Vertreter.

Von diesen 65 Mandaten hatten wir 13 bisher innegehabte zu verteidigen, 52 wurden neu hinzuerobert. In mehr als einem Orte siegte die Sozialdemokratie glatt über sämtliche bürgerliche Parteien. Bisher zählten wir in 135 Gemeinden 413 sozialdemokratische Gemeindevertreter, von denen 198 dem Gemeinderat, 215 dem Bürgerausschuß angehörten.

In vorstehender Aufstellung ist die Residenz Stuttgart nicht mit einbegriffen. Die Wahl — nach dem Proporz — fand bereits am letzten Freitag statt, am Sonnabendabend gegen 9 Uhr war endlich die Zählung der Stimmen beendet. Zu wählen waren 15 Vertreter. Der Wahlkampf wurde mit außergewöhnlicher Heftigkeit geführt. Die Wahlbeteiligung war denn auch stärker als bei allen vorhergehenden Bürgerausschußwahlen. Von 29 241 Wahlberechtigten stimmten 22 119 ab, 75,6 Prozent. Der Angriff richtete sich vorzugsweise gegen die Sozialdemokratie. Die nationalliberale Partei hatte versucht, einen Zusammenschluß sämtlicher bürgerlicher Parteien gegen die Sozialdemokratie herbeizuführen. Die Volkspartei lehnte jedoch ab. Nur Zentrum, Nationalliberale und Konservative bekräftigten ihr Bündnis durch Listenverbindung. Die vereinigten 20 Bürgervereine machten ihre Mannen mobil gegen die Sozialdemokratie, der „Bund für Handel und Gewerbe," eine mittelstandsretterische Vereinigung, grub das Kriegsbeil gegen die Sozialdemokratie aus, der Haus- und Grundbesitzerverein stellte sich in die vorderste Schlachtreihe. Alles umsonst! Wir behaupteten unsere beiden alten Mandate und eroberten vier neue hinzu! Gewonnen hat nur noch das Zentrum einen Vertreter. Die Liberalen haben ihre vier Sitze behauptet, die Konservativen büßen einen Sitz ein, die Volkspartei hat von ihren fünf Mandaten zwei gerettet. Die Sozialdemokratie ist mit 12 Vertretern im Bürgerausschuß zur stärksten Fraktion geworden. Es folgen die Liberalen mit 10, die Volkspartei mit 8, Konservative mit 2 Vertretern, das Zentrum mit einem Mandat.

Erfreulicher noch, als der Mandatszuwachs, ist das Stimmenverhältnis. Großmündig hatten die vereinigten bürgerlichen Parteien vor der Wahl den „politischen Bankerott der sozialdemokratisch-demokratischen Rathausmehrheit" verkündet. In allen Tonarten wurde der Bevölkerung das Lied von der „sozialdemokratischen Steuergelderverschwendung" vorgesungen.

Trotzdem ist unsere Stimmenzahl seit der letzten Gemeinderatswahl um zirka 800 gestiegen, während die der vereinigten drei Parteien (Zentrum, Liberale, Konservative) abgenommen hat. Gestiegen ist auch die Stimmenzahl der Volkspartei, wenn auch nicht stark. Die Linke kehrt gestärkt aus dem Wahlkampfe zurück!

Zur sächsischen Wahlrechtsfrage.

Dresden, 14. Dezember 1908.

(Telegraphischer Bericht.)

Der außerordentliche Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie trat heute im Kristallpalast unter sehr starker Beteiligung zusammen. Anwesend waren mehr als 150 Delegierte und mehrere tausend Zuhörer. Als Vertreter des Parteivorstandes ist Genosse Molkenbuhr anwesend. Der Saal ist mit roten Fahnen und Inschriften, die den Wahlrechtskampf verherrlichen, reich geschmückt. Zu Beginn der Verhandlungen wird auf der Tribüne eine weiße Fahne der proletarischen Frauen aufgesteckt, die in goldgestickten Lettern die Inschrift trägt: „Hoch das Frauenwahlrecht!"

Die Verhandlungen leitete der Vorsitzende des sächsischen Zentralkomitees, Genosse Sindermann. Er begrüßte die Parteigenossen, die in einer ernsten Stunde der Geschichte Sachsens zusammengekommen seien. Die stärkste Partei Sachsens, die Sozialdemokratie, die einzige und wahre Verfechterin der Volksrechte, empfindet die Wahlrechtsbeschlüsse der zweiten Kammer vom 2. Dezember d. J. als blutigen Hohn und schamlose Herausforderung, die das Unrecht des jetzigen Dreiklassenwahlrechts noch in den Schatten stellen. Es werde nicht eher Frieden in Sachsen geben, als bis das Wahlunrecht zerschmettert am Boden liege. (Lebhafter Beifall.)

Einziger Gegenstand der Tagesordnung war die

Wahlrechtsfrage.

Hierzu legte das Zentralkomitee in Gemeinschaft mit dem Referenten Genossen Dr. Gradnauer folgende Resolution vor:

„Die Landesversammlung erklärt, daß die gegenwärtigen Mitglieder der Zweiten Kammer des Landtags, weil sie vermöge des Dreiklassenwahlsystems lediglich als Vertreter der besitzenden Klassen gewählt wurden, nicht als Volksvertreter zu betrachten sind, daß daher auch ihre Tätigkeit in der Wahlrechtsfrage nicht im Namen des sächsischen Volkes erfolgt. Die Landesversammlung ist der Meinung, daß Regierung und bürgerliche Parteien ihre feierlichen Versprechungen, dem Volke ein besseres Wahlrecht zu geben, aufs neue schmählich gebrochen haben. Die Landesversammlung verweist darauf, daß in der Verfassung des sächsischen Staates die Gleichberechtigung aller Staatsbürger niedergelegt ist. Dieser grundlegende Gedanke eines bürgerlichen Rechtsstaates ist schon durch das bisherige Dreiklassenwahlsystem zerstört worden und soll durch das neue Wahlgesetz von neuem preisgegeben werden. Damit ist der sächsische Staat aus einem Rechtsstaat zu einem Gewaltstaat gegen die Mehrheit des Volkes gemacht worden. Die notwendige Folge dieser Gewaltpolitik der herrschenden Klassen muß sein, daß das Interesse des sächsischen Volkes an diesem Staate mehr und mehr schwindet und daß Verachtung gegen die Institutionen und herrschenden Klassen dieses Staates eintritt.

Die Landesversammlung erklärt die Einführung eines Mehrstimmenrechts für ein Verbrechen am sächsischen Volke. Durch ein solches Wahlsystem wird die Wählerschaft in bevorrechtete und entrechtete Klassen zerrissen, und es wird das Recht der Mehrheiten durch das mehrfache Recht der Minderheiten brutal erdrückt. Insbesondere würden die arbeitenden Klassen wiederum ungeheuerlich entrechtet und um die ihnen gebührende Vertretung in der gesetzgebenden Körperschaft betrogen werden. Das von der Kammer beschlossene Vierstimmenwahlsystem würde überdies durch die Aufrechterhaltung der alten Wahlkreiseinteilung und die in Aussicht genommene Einschränkung der Verhältniswahlen auf die Großstädte das Uebergewicht des agrarischen Landbesitzes von neuem befestigen gegenüber der gewerblichen und handeltreibenden Bevölkerung, auf deren Entwickelung das wirtschaftliche Gedeihen Sachsens in erster Linie beruht.

Die Gesetzgebung würde den wirtschaftlich und politisch rückständigsten Gruppen und Cliquen überantwortet, die arbeitenden Klassen in ihrem materiellen und kulturellen Fortschritt aufs schwerste beeinträchtigt werden. Es ist eine schimpfliche Verhöhnung des werktätigen Volkes, ihm nach endlosen Verschleppungen ein derartiges Wahlrechtsmonstrum zu bieten.

Die Landesversammlung fordert die gesamte werktätige Bevölkerung Sachsens auf, die Reihen der streitbaren Arbeiterklasse zu verstärken und den Kampf für das allgemeine und gleiche Wahlrecht gemäß den programmatischen Forderungen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit der größten Beharrlichkeit und dem größten Nachdruck zu führen. Von unten herauf, aus den Massen des Volkes heraus muß der Groll und die Empörung gegen den schamlosen Entrechtungsplan der herrschenden Klassen in immer wachsender Wucht sich Geltung verschaffen."

In der Begründung der Resolution erinnerte der Referent Genosse Dr. Gradnauer zunächst an die gewaltigen Straßendemonstrationen und Massenmeetings vom 1. November, die die große Anteilnahme und den großen Ernst des sächsischen Volkes in der Wahlrechtsfrage bewiesen hätten. Jetzt liege seit der Wahlentrechtung von 1896 der erste Beschluß der Kammer und der erste Versuch vor, in der Wahlrechtsfrage einen Abschluß zu erreichen. Aber dieser Beschluß sei so volksfeindlich, so reaktionär, daß die Sozialdemokratie in der feierlichsten Weise dagegen Protest einzulegen verpflichtet sei (Beifall). Die Regierung werde zwar nicht hören, aber das sächsische Volk werde für den Kampf um das Wahlrecht immer mehr mobilisiert werden. In der Kammer machten sich jetzt Personen breit, die nur auf Grund der Entrechtung des Volkes sich an die Stelle der wirklichen Volksvertreter setzen könnten. Im Augenblick hätten diese künstlich aufgeblasenen Parlamentarier noch die Macht zu den nichtsnutzigsten Taten; aber die Geschicke des Landes seien nicht von ihnen abhängig. Das sächsische Volk werde am letzten Ende durch seine eigene Kraft sich sein Schicksal schmieden. (Lebhafter Beifall.) — Redner erörterte dann die letzten Beratungen in der Wahlrechtsfrage und die gegenwärtige Situation. Für die herrschenden Klassen sei die Wahlrechtsfrage unlösbar, weil sie sowohl ihre Privilegien voll behalten, als auch die Erbitterung und Unzufriedenheit des sächsischen Volkes beseitigen wollten. Aus dieser Unmöglichkeit stammt die unsägliche Qual, in der sich die Wahlrechtsmacher Sachsens seit Jahren befinden, die trostlose Verwirrung innerhalb der Regierung und der bürgerlichen Parteien, der unerhörte Katzenjammer, den die quietschenden Mißtöne der rebellisch gewordenen Nationalliberalen begleiten. (Heiterkeit und Beifall.) Die Bauern vom Lande hätten nämlich beim Kuhhandel die „Intelligenzen der Stadt" gründlich hineingelegt. Die Nationalliberalen seien die betrogenen Betrüger, die jetzt mit der Peitsche des Pluralwahlrechts geschlagen würden, die sie sich selbst geflochten haben. Die Sozialdemokratie feilsche nicht um ein paar Mandate mehr oder weniger, sie verlange die Gleichberechtigung für alle als Voraussetzung des Staates. Aber durch die Ausstattung aller möglichen anderen Schichten mit 4 Stimmen zeige die Wahlrechtsvorlage die schlimmste Verachtung gerade gegen die Arbeiter und charakterisiere sich als ein Ausnahmegesetz, durch das die Arbeiter zu Pariad und Heloten degradiert werden sollten. (Sehr wahr!) Darum müsse dieses neue Wahlunrecht für die Arbeiter ohne Unterschied der Parteirichtung die ungeheuerlichste Verachtung und den größten Haß gegen dieses Staatswesen, die größte Feindschaft gegen seinen Bestand und seine Dynastie hervorrufen. (Stürmischer Beifall.) Redner kritisierte dann das Pluralwahlrecht als einen Bankerott der politischen Bildung. Nur weil die anderen Parteien daran verzweifelten, mit der Sozialdemokratie im geistigen Kampf fertig zu werden, nehmen sie für sich als Gebildete ein Mehrstimmenrecht in Anspruch. Aber der Tag sei nahe, an dem die Sozialdemokratie zeigen werde, daß der Staat auch nicht einen einzigen Tag ohne die Arbeiter aufrecht erhalten werden könne. Die Zeichen der Zeit seien trübe genug für die Herrschenden, und Deutschland werde sich fragen müssen, ob nicht für das ganze Reich die Bindung der Volkskräfte gerade jetzt die schwerste Gefahr bedeute. Daß ein Gesetz nach dem Beschluß der Zweiten Kammer zustande komme, sei ganz undenkbar. Aber die Jämmerlichkeit und Lächerlichkeit der Situation liege gerade in der Unmöglichkeit, zu sagen, was überhaupt werden wird: niemand weiß es. Jedes neue Wahlrecht, das nicht allgemein und gleich sei, werde den Todeskeim in sich tragen. Die neue Klasseneinteilung werde das Kraftbewußtsein und den Klassenhaß verstärken. Das Volk werde sich auf die Dauer nicht ungestraft vergewaltigen lassen, sondern mit der ganzen Masse der werktätigen Bevölkerung hineingehen in den Kampf für seine höchsten Güter. Die Geschichte aber werde mit ehernem Schritt hinweggehen über die Taktik der kleinen Staatsmänner. Schließlich müsse doch die Wohlfahrt und das Recht des arbeitenden Volkes triumphieren.

Das mehr als dreistündige Referat fand stürmischen Beifall.

In der

Diskussion

erhielt zunächst das Wort Genosse Reichstagsabgeordneter Molkenbuhr. Er wies darauf hin, daß der Wahlrechtskampf der Gegenwart notwendig sei, infolge der Sünden des Bürgertums in der Vergangenheit. Das Bürgertum duldete die rückständige agrarische Junkerherrschaft zu lange, und jetzt müsse das Proletariat die politische Arbeit des Bürgertums verrichten. Die Sozialdemokratie müsse ihr ganzes Tun und Lassen darauf einrichten, die Wahlrechtsforderungen immer schärfer zu erheben. Der Sturm könne erst einsetzen, wenn es zur Entscheidung gehe. Einstweilen müsse man sich genug sein lassen, die Kämpfer ruhig weiter zu organisieren. Sobald die Zeit reif sei, werde das Sturmzeichen gegeben werden. (Lebhafter Beifall.)

Lipinski-Leipzig: Die Landesversammlung der nationalliberalen Partei erklärte im Jahre 1866, sie habe kein Interesse mehr am Bestehen des sächsischen Staates. Damals erklärte man durch das Wahlgesetz von 1868 das sächsische Volk für politisch reif. Wenn ihm jetzt jedes Recht genommen werden solle, außer der Steuerleistung und der Militärdienstleistung, so habe es noch weniger Interesse am sächsischen Staate, als damals das Bürgertum. (Sehr wahr!)

Schöpflin-Leipzig: Die Reaktion wendet jetzt eine Ermüdungstaktik gegen unsere Wahlrechtsforderung an, aber wir lassen uns nicht ermüden, sondern tragen unsere Agitation immer tiefer in das Volk hinein. Graf Hohenthal meinte, daß auch tüchtige Arbeiter durch ihren höheren Verdienst in die Vierstimmenwählerklasse aufrücken könnten. Wenn Graf Hohenthal im Erzgebirge als Arbeiter geboren wäre und das Elendvieh fabrizierte (Heiterkeit), würde er wohl auch nicht über 1600 M. verdienen. Durch diese Redewendung stellte er die Unterbeamten und Polizeibeamten als minderwertig dar, denn sie alle erhalten keine 1600 M. jährlich. Das ist wirklich ein sächsisch polizeiwidriger Unsinn, den ausgerechnet unser Polizeiminister hat sprechen müssen. (Heiterkeit und Beifall.) Sobald König Friedrich August seinen Namenszug unter das neue Wahlgesetz gesetzt haben wird, wird in der Masse der erbittertste Kampf auch gegen den Träger der Krone ausbrechen. Der einzige Hochruf, der in Zukunft den König empfangen wird, wird das Hoch auf das allgemeine Wahlrecht sein. (Sehr gut!) Man sagt Friedrich August nach, daß er sich im Fluge die Sympathien der Bevölkerung erworben habe. (Zuruf: Er fliegt ja gar nicht, sondern fährt im Automobil!) Gewiß reist er sehr viel, aber die Berliner Konkurrenz kann er doch nicht aushalten. (Große Heiterkeit.) Der Mann, der einst in Berlin die „vaterlandslosen Gesellen" zerschmettern wollte, ist jetzt auch gar nicht mehr kriegslustig. Das sollte für Friedrich August ein Warnungszeichen sein. Wir führen den Wahlrechtskampf jetzt erst recht aus Trotz um so rücksichtsloser, schärfer und erbitterter. (Stürmischer Beifall.)

Riem-Dresden: Viel tiefer als die „tief gefallene Frau" (Heiterkeit) ist in der Wahlrechtsfrage das Rechtsempfinden der herrschenden Klassen Sachsens und des servilen Bürgertum Dresdens gefallen. (Sehr gut!)

Auch die Delegierten der anderen sächsischen Wahlkreise schließen sich dem Protest gegen das neue Wahlgesetz an. Nebenbei fallen auch harte Worte über die Ausführung des Reichsvereinsgesetzes, und die freisinnige Partei, die sich nur radikal geberde, wo sie nichts zu sagen habe, und über das neue sächsische Berggesetz, das das fluchbeladene System der Unterdrückung der Bergarbeiter fortsetze.

In seinem

Schlußwort

führte Genosse Gradnauer aus, daß die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie das wahre Parlament des sächsischen Volkes sei. Der Kampf um das sächsische Wahlrecht sei keine partikulare Erscheinung, sondern eine Erscheinung der allgemeinen Reichspolitik. Der Kampf gegen das persönliche Regiment sei ja gegenwärtig eine Art Modesport. Daraus könnten die Herrscher lernen, wie leicht der Byzantinismus in die entgegengesetzte Stimmung umschlägt. Das persönliche Regiment könnte für die Sozialdemokratie gleichgültig sein, wenn nicht hinter den Monarchen die Klassen stünden, die ihn für ihre eigensüchtigen Zwecke benutzten. Die Herrschaft einzelner bevorrechteter Schichten sei die Wurzel des Uebels, und der Hort dieser Klassenpolitik der Bevorrechteten seien die einzelstaatlichen Landtage. Die sächsische Sozialdemokratie werde sich in dem Kampf um gleiches Recht als Preisfechter bewähren und bei den nächsten Wahlen Sachsen zu einem knallroten Königreich machen. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf wurde die vorgelegte Resolution einstimmig angenommen und die Landesversammlung mit Hochrufen auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht geschlossen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Dezember 1908.

Königsschlösser-Verramsch.

Wilhelm II. will mehrere Königsschlösser verkaufen. Die preußische Hofkammer steht, wie der „Bote a. d. Riesengebirge" berichtet, in Verhandlungen über den Verkauf des Schlosses Erdmannsdorf nebst Dominium. Als Kaufpreis für die 1700 Morgen große Besitzung werden 1 700 000 M. genannt.

Zugleich berichtet die „Rhein.-Westf. Ztg." von Gerüchten über den Verkauf der Königsschlösser in Düsseldorf, Benrath, Stolzenfels und Brühl und erinnert daran, daß das Oberhofmarschallamt die Nachricht, die Burg Stolzenfels sei für 5 Millionen Mark an den Freiherrn v. Schorlemer-Lieser verkauft worden, zwar dementiert habe, daß aber das Gerücht von Verkaufsabsichten trotzdem begründet sei. Zum Schluß schreibt das Zechenblatt:

„Die Verkaufspläne der Krone bei den rheinischen Schlössern sind nun abermals ein interessanter neuer Beitrag zu des Kaisers lediglich stofflichem und historischem Interesse an der Kunst. Schloß Rheinsberg mit seinen vielen Erinnerungen an Friedrich den Großen oder das wenig reizvolle Babelsberg des ersten Kaisers würde Wilhelm II. niemals aufgeben. Das künstlerisch sehr viel höher stehende Benrath, mit dem ihn keine historischen Beziehungen verknüpfen, gibt er auf.

Die Krone läßt ihre rheinischen Schlösser zum Verkaufe anbieten, weil sie Geld braucht, da die bisherige Kunstpolitik des Kaisers Millionen verschluckt hat; das Kaiserschloß auf Korfu, die unglückliche Siegesallee, Burgen, die im Widerspruch mit allen Kenntnissen wieder aufgeführt worden. Dafür will man die eigenartige Perle am Rhein vom 18. Jahrhundert opfern."

Höherer Klatsch.

Seit einiger Zeit beschäftigen zwei einfältige Klatschgeschichten die Salons der sogenannten hochfeinen Kreise und die „anständige" Presse. Natürlich handelt es sich um sexuelle Affären, und zwar betrifft die eine das Verhältnis des Herrn v. Kiderlen-Waechter zu seiner Hausdame, die vor Jahren einmal Zirkusreiterin gewesen sein soll, die andere das Liebesleben des Leiters des offiziösen Preßbureaus, des Geheimrats Dr. O. Hammann, dem Ehebruch und vorzeitiger Geschlechtsverkehr mit seiner jetzigen Gattin, der geschiedenen Frau eines hiesigen Architekten, vorgeworfen wird. Wir haben von beiden Klatschereien bisher keine Notiz genommen — nicht, weil wir besondere Sympathien für

Herrn v. Kiderlen-Waechter oder Herrn Hammann haben. Im Gegenteil, wir haben dem komischen Auftreten des Herrn v. Kiderlen-Waechter im Reichstage diejenige Würdigung angedeihen lassen, die es verdiente, und das Wirken des Wirklichen Geh. Legationsrats Dr. Hammann erst vor einigen Wochen, am 27. Oktober, in einem Leitartikel behandelt; aber die privaten Liebesaffären der genannten beiden Herren gehen unseres Erachtens, solange sie privat bleiben, d. h. keinen Einfluß auf die Politik gewinnen, die Oeffentlichkeit ebensowenig etwas an, als die Liebesgeschichten irgendeines beliebigen Bäcker- oder Schlächtermeisters. Gerade diejenigen bürgerlichen Blätter, die sich nicht nur zu den einfach anständigen, sondern sogar zu den „hochanständigen" Organen der nach Bildung und Besitz maßgebenden oberen Zehntausenden rechnen, haben es sich nicht zu versagen vermocht, in den letzten Wochen ihren Lesern den Klatsch über die Liebesaffäre der genannten beiden Herren aufzutischen und daran die üblichen Entrüstungen anzuknüpfen. Besonders wurde das Verhältnis des Herrn v. Kiderlen-Wächter zu seiner Hausdame in aller Ausführlichkeit behandelt, während die bürgerliche Presse Herrn Hammann, zu dem sie ja meist in sehr guten und für sie vorteilhaften Beziehungen steht, ziemlich ungeschoren läßt. Auf diese Anrempelungen antwortet die „Nordd. Allgem. Ztg." mit folgender Mitteilung:

Gegen den kaiserlichen Gesandten in Bukarest Herrn von Kiderlen-Waechter sind in mehreren Blättern Angriffe gerichtet worden, die seine häuslichen Verhältnisse betreffen. Wie wir erfahren, hat eine erneute Prüfung der Sache die Haltlosigkeit der Beschuldigungen ergeben. Gegenüber der Behauptung, daß Herr v. Kiderlen-Waechter nur auf kurze Zeit auf seinen Bukarester Posten zurückkehren werde, sind wir in der Lage mitzuteilen, daß der Genannte zurzeit noch mit einigen besonderen Arbeiten im Auswärtigen Amt beschäftigt ist, dann aber seinen Posten in Bukarest wieder übernehmen wird.

Wir halten dieses Dementi für ebenso wertlos, als die meisten anderen Dementis des Kanzlerblattes; aber das ist in diesem Fall nebensächlich, denn wenn auch die Oeffentlichkeit allen Anlaß hat, sich mit der Tätigkeit des Herrn v. Kiderlen-Waechter als Politiker und Diplomaten zu beschäftigen, so gehen sie doch seine Liebesangelegenheiten gar nichts an.

Schückings Rücktritt.

Dr. L. Schücking, der gemaßregelte Bürgermeister von Husum, hat sein Amt niedergelegt. Er hat an den Regierungspräsidenten nachstehende Erklärung gesandt:

„Husum, 12. Dezember 1908.

Euer Hochwohlgeboren

beehre ich mich gehorsamst anzuzeigen, daß ich angesichts der Art, in welcher gegen mich die Voruntersuchung in dem Disziplinarverfahren geführt ist, ohne daß mir dafür eine Genugtuung zuteil geworden ist, zum 15. Januar 1909 mein Amt niederlege.

Ich muß es vermeiden, mit höheren Staatsbeamten zusammen zu arbeiten, die mir nach fünfjähriger einwandfreier Dienstführung eine derartige Beurteilung zuteil werden lassen, daß sie bei meinen Handlungen nach niedrigen Beweggründen suchen.

Da ich dringend der Erholung bedarf, beabsichtige ich am 23. d. M. eine Erholungsreise anzutreten und zu diesem Tage meine Amtsgeschäfte niederzulegen." —

Holle.

Herr Dr. Holle, der bekanntlich auf Urlaub geschickt wurde, weil er sich die kaiserliche Ungnade irgendwie zugezogen hat, soll nicht mehr in sein Amt zurückkehren. Die Sache wäre an sich ganz unbeträchtlich, da Herr Holle, der ja erst vor kurzem aus dem Wasserbauamt zur Leitung des Kultusministeriums kommandiert worden war, gar keine Selbständigkeit hatte und nur die Handlungen des eigentlichen Herrschers, des Ministerialdirektors Schwartzkopff, zu decken hatte. Bedeutung gewinnt die Sache nur deshalb, weil sie wieder helles Licht wirft auf das persönliche Regiment und auf die Willkür, mit der die Ministerernennungen und -entlassungen in Preußen-Deutschland vollzogen werden. Warum Holle Kultusminister wurde, ist ebenso unbekannt als der Grund seiner Entlassung. Sicher ist nur, daß es nicht seine Fähigkeiten und Leistungen waren, die bei seinem Kommen und Gehen in Betracht kamen. Und so ist seine Ministerschaft auch nur von Interesse als Beitrag zu dem traurig-lustigen Kapitel, wie wir regiert werden.

Als Holles Nachfolger wird sein und Studts Chef, der Ministerialdirektor Schwartzkopff, genannt. Seine Ernennung wäre ganz nützlich. Denn während sie an den bestehenden Zuständen nichts ändern könnte — schlimmer kann es nicht mehr werden —, würde dann selbst der frechste Blocklügner nicht mehr leugnen können, daß der Block an der Herrschaft der schlimmsten Reaktion nicht das geringste geändert hat. Aber vielleicht wird den Freisinnigen wenigstens soviel Rücksicht auf ihr Bedürfnis nach politischer Bilanzverschleierung gewährt, daß für das Ministerium Schwartzkopff wieder ein anderer Firmenträger gesucht wird.

Das Ende der Verleumdung.

Im Inseratenteil des „Vorwärts" wird heute ein Inserat des Herrn Petersen, des verantwortlichen Redakteurs der „Post", veröffentlicht. Es ist der Wortlaut des rechtskräftigen Urteils, das wider die „Post" erging in dem Beleidigungsprozeß, den der Genosse Richard Fischer gegen dieses Blatt angestrengt hatte wegen des Anwurfs, er habe Schmiergelder bezogen. Wie schlecht der Prozeß der „Post" bekommen ist, das ist noch in frischer Erinnerung. Ob sie nun die „wertvollen Informationen", die ihr „hochgestellte Gewährsmänner" über die Sozialdemokratie liefern, künftig etwas sorgsamer prüfen wird? Wer diese „hochgestellten Gewährsmänner" sind, das konnte in dem Prozeß bekanntlich nicht festgestellt werden, da der Polizeipräsident und die Verteidiger des Herrn Petersen durchaus dagegen waren, daß die Oeffentlichkeit etwas über die amtlichen Beziehungen der politischen Polizei zur „Post" erfahre. —

Die bayerischen Industriellen und die bayerische Steuerreform.

Die siebente Hauptversammlung des bayerischen Industriellenverbandes hat, wie die „Frankf. Ztg." meldet, zur bayerischen Steuerreform beschlossen, eine Denkschrift auszuarbeiten, in der nachgewiesen werden soll, daß die Steuervorlage in der vorliegenden Form eine einseitige Belastung von Handel und Gewerbe darstelle, durch die am schwersten die Industrie betroffen werde. Ferner wurde eine scharfe Resolution gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer angenommen.

Verrufserklärung der Landarbeiter!

Dem sogenannten mecklenburgischen Landtag ist der Kamm geschwollen. Er fordert die mecklenburgische Regierung zu neuen Ausnahmegesetzen gegen die Landarbeiter auf. Die Tagelöhner und Deputatisten will er unter ein Ausnahmegesetz gestellt wissen. Ein vom „ritterschaftlichen Amt Grevesmühlen" ausgehender Antrag ist von ihm angenommen, nach dem die genannte Kategorie von Landarbeitern wegen Vertragsbruchs bestraft werden soll. Ebenso sollen die Arbeitgeber, welche solche kontraktbrüchige Arbeiter annehmen, bestraft werden. Tagelöhner und Deputatisten gehören nicht zum Gesinde. Bereits durch die Reichspolizeiverordnungen von 1548 und 1577 sind sie aus dem Gesinde ausgeschieden. Das empfand auch der Landtag. Er lehnte deshalb das weitergehende Ersuchen, die Tagelöhner unter die Gesindeordnung zu stellen, ab und sucht die Tagelöhner und Deputatisten durch ein Vertragsbruchsstrafgesetz von neuem zu Hörigen zu machen. Damit verlangt der Landtag, der Großherzog solle das durch Reichsgesetz verpönte System der schwarzen Listen auf die Landarbeiter unter Mißachtung des Grundsatzes der Gleichheit aller vor dem Gesetz brechen, um die Landarbeiter Heloten gleichzustellen. Die Frage der Bestrafung von Landarbeitern wegen Vertragsbruch gehört ausschließlich zur Kompetenz des Reiches. Das haben bereits im Jahre 1873 durch ihren Antrag auf Vorlegung eines Reichsgesetzes gegen den Vertragsbruch landwirtschaftlicher Arbeiter die Konservativen v. Denzin und Genossen und Bismarck durch Vorlegung eines solchen Gesetzentwurfes unter dem 18. Juni desselben Jahres, später z. B. Minister v. Miquel und Landwirtschaftsminister v. Podbielski am 10. Februar 1899 anerkannt. Im Jahre 1900 mußte selbst der Staatssekretär Nieberding im Reichstage zugeben, daß ein ähnlicher preußischer Knebelgesetzentwurf mit dem Reichsgesetz unvereinbar sei: der preußische Entwurf wurde bekanntlich nicht Gesetz. Der mecklenburgische sog. Landtag fordert also seinen Großherzog zum Verfassungsbruch durch Erlaß eines Gesetzes auf, das den Gesetzen des Reichs nicht minder wie dem Gefühl jedes Menschen widerspricht, dessen Scham nicht zu den Hunden entflohen ist. Das Verlangen enthält das Begehr einer Verrufserklärung gegen die Landarbeiter. Die Junker verlangen, selbst straflos einen Vertrag brechen zu dürfen, wollen aber den Arbeiter bestraft wissen, wenn er nach Ansicht der Herren einen Vertrag nicht aushält, weil der Großgrundbesitzer seine Verpflichtungen nach Ansicht des Arbeiters nicht einhält oder weil sonst nach Ansicht des Arbeiters zum Verlassen des Dienstes ein Grund vorliegt. Solcher Einbruch des Landesrechts in das Reichsrecht ist nach Artikel 2 der Reichsverfassung unwirksam. Wenn dennoch der mecklenburgische Landtag ihn verlangt, so zeigt er damit, wie tief er den Großherzog einschätzt. Die Landarbeiter ersehen aber aus diesem neuen Versuch eines Attentats gegen ihre Rechte, wie notwendig ein Zusammenschluß auf ihrer Seite ist, um sich nicht vollends zu willenlosen Sklaven schamloser Junker herabwürdigen zu lassen. —

Arbeiterfreundlichkeit.

In der Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung wurde ein Antrag unserer Genossen, für die städtischen Arbeiter 50 000 bis 60 000 M. für eine zehnprozentige Lohnerhöhung zu bewilligen, abgelehnt. Arbeitslöhne von 780—1080 M. pro Jahr und Monatsgehälter von 70—80 M. schienen den Herren hoch genug. Dagegen wurden über 200 000 M. jährlich für Aufbesserung der Gehälter der höheren Beamten bewilligt, Gehaltsaufbesserungen von 33 bis 35 Prozent.

Gegen die Wahlrechtsverschlechterungs-Pläne im Oldenburger Landtag

finden in diesen Tagen im ganzen Lande Protestversammlungen statt, die von unseren Parteigenossen einberufen werden. Ueber das Schicksal der Vorlage wird der Landtag am Donnerstag definitiv entscheiden. —

Die Balkankrise.

Die Verhandlungen.

Die Verhandlungen Oesterreichs mit der Türkei über die Annexionsfrage haben begonnen. Der Standpunkt Oesterreichs geht dahin, daß es jede Entschädigung durch Gebietsabtretung, sei es an die Türkei, sei es an die Balkanstaaten, ablehnt, aber finanzielle Zugeständnisse gewähren will. Gleichzeitig meldet man aus Konstantinopel, daß auch der türkische Ministerrat Entgegenkommen gezeigt und beschlossen habe, strenge Maßregeln zu ergreifen, damit die Zollämter an dem Boykott nicht teilnehmen, was natürlich nicht verhindert, daß der private Boykott in unverminderter Schärfe fortdauert. Er wird wohl auch erst dann ein Ende finden, bis die Verhandlungen einen günstigen Abschluß gefunden haben. Einen solchen erwartet auch das Organ des Großwesirs, die „Jeni Gazetta". Sie fügt aber die Warnung hinzu, daß Oesterreich die Verhandlungen nicht dadurch hindern dürfe, daß es für den Boykott Schadenersatzansprüche stelle.

Auch Bulgarien kündigt an, daß es die unterbrochenen Verhandlungen über die Entschädigung für die Orientbahn wieder aufnehmen werde. —

Eine kluge Kundgebung.

London, 14. Dezember. Ueber 850 Mitglieder des Unterhauses, unter denen sich Premierminister Asquith, der Minister des Aeußeren, Grey, der Führer der Konservativen, Balfour, und viele andere hervorragende Politiker befinden, haben durch den englischen Botschafter in Konstantinopel dem neuen ottomanischen Parlament eine von ihnen unterzeichnete Adresse überreichen lassen, die dem jüngsten Parlament die herzlichen Grüße des ältesten entbietet und die Hoffnung ausdrückt, daß die Einführung des parlamentarischen Regimes für die Einwohner des türkischen Reiches segensreich sein werde.

Oesterreich.

Ein Streik zur Erlangung von Lehrmitteln.

Lemberg, 14. Dezember. Die Schüler der hiesigen technischen Hochschule kündigen mittelst Maueranschlages an, daß sie heute einen zweitägigen Demonstrationsstreik eröffnen, weil der für Investitionen an dieser Anstalt in den Staatsvoranschlag eingestellte Betrag unzureichend sei. —

Frankreich.

Zehn Jahre Gefängnis für einen Artikel.

Paris, 11. Dezember. (Eig. Ber.).

Man braucht kein Staatsanwalt zu sein, um der Tonart, worin die hervéistische Gruppe ihre Propaganda betreibt, keinen Geschmack abzugewinnen und gerade von sozialistischer, in neuester Zeit sogar von syndikalistischer Seite hat man es an der Kritik der von konfuser Ideologie geschwellten outrierten Gewaltphrasen nicht fehlen lassen. Aber darum bleibt der Justizterror, womit die radikale Regierung und die ihr ergebenen Richter die „Guerre Sociale" umbringen wollen, nicht weniger ein erbitterndes Beispiel der zur Dienerin der bürgerlichen Klasseninteressen entarteten Rechtspflege. Bekanntlich ist die in Frankreich übliche Preßpolemik gar nicht wählerisch in ihren Behauptungen und in ihren Ausdrücken. In der „Autorité", der „Libre Parole", der „Patrie" und ähnlichen Blättern kann man täglich den Präsidenten der Republik und die Minister als Raubmörder oder doch wenigstens als deren Helfershelfer dargestellt sehen, ohne daß es dem Staatsanwalt einfiele, sich deshalb zu rühren. Er setzt eben mit Grund voraus, daß das zeitunglesende Publikum genug abgebrüht ist, um selbst die nötigen Abzüge zu machen. Die Zeitungen der sozialrevolutionären Opposition aber nimmt er unerbittlich unters Mikroskop.

So waren denn gestern, nach so vielen ihrer Vorgänger, wieder einmal Redakteure der „Guerre Sociale" vor Gericht gestellt. Der Buchdrucker Martini als Verfasser eines „aufreizenden" Artikels und der verantwortliche Redakteur Marchal, der zwar den Artikel vor der Drucklegung nicht gelesen hatte, aber die Verantwortung dafür zu übernehmen erklärte. Der Artikel behandelte das Verhalten der Arbeiterklasse im Kriegsfall und die Mittel, einen Krieg zu verhindern. Das Auge des Staatsanwalts fand darin so ziemlich alle Verbrechen, die das Strafgesetzbuch aufzählt. Die Anklage lautete auf Aufreizung zum Mord, zum Diebstahl, zur Plünderung, zu militärischem Ungehorsam, Gefährdung der Sicherheit des Staates usw. Nicht weniger als 42 Fragen wurden den Geschworenen vorgelegt. Und trotzdem die Artikel niemand zu den aufgezählten Verbrechen „aufgereizt" hatte, bejahten die Geschworenen die Schuldfragen einstimmig ohne Zubilligung mildernder Umstände. Das Gericht verhängte über die Angeklagten eine Gefängnisstrafe von — **fünf Jahren!** Fünf Jahre für ein paar Worte, die ein junger Hitzkopf geschrieben, der andere nicht einmal gelesen hat. In den schlimmsten Jahren des Anarchistenschreckens hat man kaum dergleichen Greuel gesehen. Und die Justizopfer von damals hatten wenigstens in der Bourgeoisie einen sprachgewaltigen Fürsprecher — Georges Clemenceau.

Italien.

Ein Schandurteil aufgehoben.

Rom, 12. Dezember. (Eig. Ber.)

Wir haben seinerzeit über das Urteil berichtet, das vierzehn organisierte Landarbeiter der Gemeinde Crespellano wegen Boykotts zu einigen fünfzig Jahren Gefängnis verurteilte. Die Verurteilung erfolgte wegen privater Gewalttätigkeit. Dieses Urteil, das von dem Appellhof von Bologna bestätigt wurde, ist am 11. d. M. von dem hiesigen Kassationshof aufgehoben worden. Zwar nahm der oberste Gerichtshof die These der Verteidigung, daß der Boykott durch die Gewerbefreiheit gerechtfertigt sei, nicht an, trat aber dem subordinierten Anfechtungsgrund bei, daß es sich bei Boykott nur um Vergehen gegen die Freiheit der Arbeit, nicht um private Gewalttätigkeit handeln könne. Der Prozeß wurde an den Appellhof von Florenz zurückverwiesen.

Holland.

Der Konflikt mit Venezuela.

Zwischen Holland und Venezuela schwebt, wie bekannt, schon seit längerer Zeit ein Konflikt, der durch das gewalttätige Vorgehen der venezolanischen Regierung gegen die diplomatische Vertretung Hollands hervorgerufen wurde. Während nun der Präsident Castro Europa mit seiner Anwesenheit beglückt und momentan Berlin mit seinem Aufenthalt beehrt, hat die holländische Regierung Repressivmaßregeln ergriffen und sechs Kriegsschiffe in das Karaibische Meer entsandt. Diese haben nun ein venezolanisches Küstenschiff „Alix" außerhalb von Puerto Cabello aufgebracht. Auf der „Alix" wurde die holländische Flagge gehißt und die Besatzung ans Land geschickt. Sodann wurde die „Alix" mit Holländern bemannt und nach Willemstad gebracht, wo sie heute morgen unter großer Begeisterung der ganzen Insel Curaçao eintraf. Die Niederlande haben das venezolanische Volk davon in Kenntnis gesetzt, daß sich die Repressalien gegen die Regierung Castros und nicht gegen die Bevölkerung richten. Es wird zugegeben, daß sich der Streitfall in einer neuen Phase befindet, die Gerüchte von einer Kriegserklärung werden aber dementiert.

Zugleich wird gemeldet, daß im Innern des Landes revolutionäre Unruhen ausgebrochen sind, die die Abwesenheit Castros zum Sturze des Diktators ausnützen wollen. Herr Castro wird von der Berliner offiziösen Presse sehr höflich behandelt, obwohl er mit Frankreich, Holland und den Vereinigten Staaten in offener Fehde lebt. Hoffentlich begeht unser Auswärtiges Amt nicht die Ungeschicklichkeit, mit diesem Herrn auch noch in offizielle Unterhandlungen zu treten und so den Schein zu erwecken, als würde es seine Frechheiten milder beurteilen als alle anderen Mächte. —

England.

Achtstundentag für Bergleute.

London, 12. Dez. (Eig. Ber.) Die Vorlage, betreffend den Achtstundentag für Bergleute, hat bereits die wichtigsten Beratungsstufen im Unterhause durchgemacht und dürfte am Montag die dritte Lesung passieren. Wie sie aus der Kommissionsberatung und den Aenderungen hervorgegangen ist, kann sie aber nicht mehr als eine Achtstundenvorlage gelten. Die ursprünglich von der Regierung eingebrachte Vorlage sah einen Achtstundentag einschließlich Einfahrt und Ausfahrt vor. Jetzt aber enthält sie folgende Grundbestimmungen:

Vom 1. Juli 1909 bis zum 30. Juni 1914 dauert die Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken 8 Stunden ausschließlich Einfahrt und Ausfahrt. Diese fünf Jahre sind als Uebergangszeit aufzufassen.

Vom 1. Juli 1914 dauert die Arbeitszeit 8 Stunden einschließlich der Zeit, die entweder zur Einfahrt oder zur Ausfahrt nötig ist.

Rechnet man die Zeit der Einfahrt oder Ausfahrt auf je eine halbe Stunde, so stellt sich die Arbeitszeit der Bergleute bis zum Jahre 1914 auf 9 Stunden und vom Jahre 1914 auf 8½ Stunden.

Außerdem ist es gestattet, an 30 Tagen des Jahres Ueberstunden zu machen.

Die Vorlage bedeutet demnach wohl einen Fortschritt, indem sie einen Maximalarbeitstag für Bergleute festsetzt, aber eine Achtstundenvorlage ist sie nicht.

Rußland.

Eine polizeiliche Gewalttat.

Sosnowice, 14. Dezember. Am Sonnabendnachmittag erschien vor einem hiesigen Café ein Polizeiaufgebot in Begleitung einer Militärpatrouille und verhaftete sämtliche 28 Gäste nebst den Kellnern. Ein Teil der Verhafteten wurde nach Bendin, der andere Teil in das hiesige Arbeitergefängnis geführt. Die Verhafteten sind meist jüdische Handelsangestellte, die einer Geheimverbindung angehört haben sollen. —

Aus der Partei.

Gemeindewahlen.

In Mehlis (Herzogtum Gotha) siegten unsere Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen trotz gewaltiger Anstrengungen der vereinigten Gegner. Es gelang ihnen, von den fünf Mandaten vier zu gewinnen. Das Stadtverordnetenkollegium der etwa 5000 Einwohner zählenden Stadtgemeinde setzt sich nun aus sieben Sozialdemokraten und drei Bürgerlichen zusammen.

In Lößnitz im Erzgebirge hat die Sozialdemokratie ihre zwei Sitze behauptet. In Ebersdorf gewann sie in der Klasse der höchstbesteuerten Unansässigen zwei neue Mandate. In Geringswalde ziehen an Stelle zweier Gegner zwei Genossen ein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

100 Mark Geldstrafe verhängte die Breslauer Strafkammer gegen den verantwortlichen Redakteur unseres dortigen Parteiblattes, Genossen Wolff. Der Anklage lag eine Notiz zugrunde, in der einem Schulrektor Jemar zum Vorwurf gemacht wurde, daß er in der Fortbildungsschule für die Deutsche und gegen die Freie Turnerschaft agitiert habe. In der an dieser Agitation geübten Kritik entdeckte das Gericht eine formelle Beleidigung und erkannte, trotzdem Wahrung berechtigter Interessen vorlag, auf die obige Strafe.

Gewerkschaftliches.

Bäckermeister-Terrorismus.

Um die Kassen des Arbeitgeber-Schutzverbandes zu füllen, haben die Berliner Bäckermeister einen Plan ersonnen. Was der Schutzverband in dem letzten Kampf der Bäckergesellen den bedrängten Meistern als Entschädigung zahlte, war herzlich wenig. Der Verband verlangte von den Bäckermeistern, daß sie erst einmal dafür sorgen, daß Geld in den Beutel des Schutzverbandes getan werde. Die Bäckermeister waren dazu bereit, aber sie griffen nicht etwa in die eigene Tasche, sondern in die Tasche der Hefehändler. Die vereinigten Bäckerinnungen Berlins und Umgegend sind an die Hefehändler mit dem Ersuchen herangetreten, von jedem Pfund Hefe, das in Berlin verkauft wird, eine Steuer von **einem Pfennig** an den Arbeitgeber-Schutzverband abzuführen. Natürlich waren die Hefehändler nicht sehr erbaut, als sie diesen Vorschlag vernahmen. Sie besprachen die Angelegenheit mit den vereinigten Innungsvorständen in einer Versammlung, die jüngst in den Germania-Sälen stattfand. Dem Drucke der Bäckermeister nachgebend, erklärten sich die Händler zu der auferlegten Abgabe bereit, freilich auch nur unter der Bedingung, daß der Pfennig nicht aus ihrer Tasche bezahlt würde, sondern daß die Hefefabriken ihn zahlen. Die Fabriken aber haben in ihrer Mehrzahl dies Ansinnen abgelehnt. Nur zwei große Fabriken, nämlich Peters-Hamburg und Weitz-Lüneburg, sowie zwei kleinere Fabriken haben sich bis jetzt damit einverstanden erklärt, den Pfennig pro Pfund zu zahlen. Die übrigen Fabriken haben mit der Begründung abgelehnt, daß ihre Arbeiter dadurch beunruhigt und vielleicht in den Streik treten würden, wenn sie erführen, daß die Fabriken so hohe Unterstützungen an den Arbeitgeber-Schutzverband zahlen. Darauf hat der Obermeister F. Schmidt vorgeschlagen, dem Kinde einen anderen Namen zu geben und nicht von einer Steuer für den Arbeitgeber-Schutzverband, sondern von einer Unterstützung für eine Wirtschafts-Vereinigung zu reden. Gegen die widerspenstigen Hefehändler und -fabriken werden zugleich „energische Maßregeln" ergriffen. Die Bäckermeister kaufen den Händlern, die aus anderen Fabriken Hefe beziehen, keine Ware ab. Die Händler dürfen nur da kaufen, wo der Pfennig pro Pfund bezahlt wird; im anderen Falle wird ihre Hefe zurückgewiesen. In Berlin und Umgegend gibt es 59 Hefehändler, die von dieser Maßnahme der Bäckermeister betroffen werden. Nach ihrem Umsatz würden etwa 200 bis 250 M. pro Tag den Kassen des Arbeitgeber-Schutzverbandes zufließen, wenn die Steuer von einem Pfennig pro Pfund genau zur Verrechnung kommt.

Wir sind nicht im geringsten im Zweifel darüber, daß Leiter von Arbeiterorganisationen, die ihre Kassenverhältnisse nach Art der Bäckerinnungsmeister aufbessern wollten, dem Staatsanwalt wegen Erpressung verfielen!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß bei Arbeitsangeboten nach auswärts die Kollegen erst nach unserem Bureau kommen und Erkundigungen einziehen. Es treiben jetzt verschiedene Agenten in Berlin ihr Unwesen, um für auswärtige Streiks Arbeitswillige zu suchen. Also Vorsicht!

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Verhandlungen im Rohrlegergewerbe.

Die im Deutschen Metallarbeiterverband, Kupferschmiedeverband und Schmiedeverband organisierten Rohrleger und Helfer hielten am Sonntag in der „Neuen Philharmonie", Köpenicker Straße, eine zahlreich besuchte Versammlung ab, in der Otto Handke über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern berichtete. Bekanntlich hatte der Arbeitgeberverband für das Rohrlegergewerbe dem Deutschen Metallarbeiterverband am 5. Oktober ein Schreiben gesandt, worin, mit der Begründung, daß eine außertarifliche Beschäftigung der Mitglieder dieses Verbandes nicht möglich sei, eine definitive Erklärung darüber verlangt wurde, ob der Verband sich dem am 3. September abgeschlossenen Rohrlegertarif anschließen wolle. Die darauf am 11. Oktober abgehaltene und von den obengenannten drei Verbänden einberufene Versammlung beschloß, den Arbeitgebern eine mündliche Aussprache vorzuschlagen, wozu um so mehr Grund vorlag, als die Arbeitgeber durch ein von den Herren Nasse und Grün unterzeichnetes Rundschreiben aufgefordert wurden, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes von der Arbeit auszuschließen, und ihnen außerdem eine Liste der am Streik beteiligt gewesenen Rohrleger und Helfer zur Einsichtnahme empfohlen wurde. — Der Beschluß jener Versammlung wurde den Arbeitgebern mitgeteilt; ihre Antwort lief darauf hinaus, daß ihrer Meinung nach kein Anlaß zu mündlicher Verhandlung vorliege, daß sie aber auch nichts gegen eine solche einzuwenden hätten. Die Verhandlung fand dann endlich am 8. Dezember statt. Am selben Tage und noch zur selben Zeit, als die aus Vertretern des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der Verbände der Kupferschmiede und Schmiede bestehende Kommission eintraf, hatte die Schlichtungskommission, in der der Allgemeine Metallarbeiterverband vertreten ist, Sitzung. Diese wurde jedoch sofort abgebrochen oder beendet, und die Verhandlungen mit den drei außerhalb des Tarifs stehenden Verbänden begonnen. Ihre Kommission hätte darauf verzichtet, zu verhandeln, wenn verlangt worden wäre, daß die Arbeitnehmervertreter der sogenannten Schlichtungskommission daran teilnehmen sollten; dies wurde jedoch nicht verlangt. Daß seitens der Arbeitgeber der unparteiische Vorsitzende der Schlichtungskommission, Herr Brand, hinzugezogen wurde, war kein Grund zur Ablehnung der Verhandlungen. Diese begannen mit der Frage der Arbeitgeber, was die Kommission wünsche. Die Arbeitnehmervertreter stellten die Gegenfrage, warum denn, wie die Arbeitgeber in ihrem Schreiben vom 3. Oktober behaupteten, eine außertarifliche Beschäftigung im Rohrlegergewerbe unmöglich sein sollte. Darauf war die Antwort der Arbeitgeber, daß sie eine bindende Erklärung über die Anerkennung des Tarifs verlangen müßten, weil partielle Streiks geplant seien. Zwar hätten sie im allgemeinen nichts zu befürchten, doch könnte bei einzelnen Arbeitgebern Beunruhigung hervorgerufen werden. Seitens der Arbeitnehmer wurde erwidert, daß sie nur auf eine einheitliche Organisation der Rohrleger und Helfer hinarbeiteten, um so mit der Zeit zu einem annehmbaren Tarifvertrag zu kommen. Sie wüßten auch ganz genau, daß den Arbeitgebern von dem Herrn Nasse der Vorschlag gemacht worden sei, irgend etwas zu unternehmen, vielleicht einen Revers vorzulegen, um die Mitglieder der drei Verbände von der Arbeit auszuschließen, doch sollten die Herren sich nicht darüber täuschen, daß man andererseits noch Mittel und Wege habe, um solche Maßnahmen zu vereiteln. Der Arbeitgebervertreter Zeitler meinte darauf, daß es in solchen Fällen vielleicht einer kleinen Zahl von Arbeitnehmern gelingen könnte, die Arbeitgeber über die Organisationszugehörigkeit zu täuschen, der Masse jedoch nicht. Uebrigens sei es ganz gleich, ob der Tarif mit dem Deutschen oder dem Allgemeinen Metallarbeiterverband abgeschlossen wäre, die Hauptsache sei, daß er allgemein anerkannt werde. Die Arbeitnehmervertreter konstatierten dann auf Grund des ganzen Verhaltens der Arbeitgeber, daß diese nun doch, besonders auch nach dem Ergebnis der Gewerbegerichtswahlen, zu der Einsicht gekommen seien, daß sie die drei Verbände brauchten, um zu einem geordneten Tarifverhältnis zu kommen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen suchten die Arbeitgebervertreter, und auch Herr Brand, der Kommission einzureden, daß der mit dem „Allgemeinen", den Hirschen und Gelben abgeschlossene Tarifvertrag keine Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse enthalte, und daß es den Arbeitnehmervertretern, wenn sie nur wollten, leicht wäre, ihn auch in ihren Mitgliederkreisen zur Anerkennung zu bringen. Die Arbeiter erklärten, daß sie solches unmöglich mit ihrer Ueberzeugung vereinbaren könnten und auch keinerlei Erfolg damit haben würden. Die Güte des Tarifvertrages suchten die Unternehmer mit der Behauptung zu beweisen, daß noch keine Beschwerde bei der Schlichtungskommission eingegangen sei, worauf die Arbeiter erwiderten, daß sie ganz gut wüßten, warum die Arbeitgeber die schlechten Bestimmungen noch nicht in vollem Maße anwendeten; sie wollten eben erst die allgemeine Anerkennung des Tarifs haben. Wollten die Arbeitgeber ein einheitliches Tarifverhältnis, so könnten sie ja einfach die gewünschten Aenderungen anerkennen, womit sicherlich auch die Hirsch-Dunckerschen usw. einverstanden wären. — Die Arbeitgeber äußerten schließlich den Wunsch, daß ihnen diese Abänderungsanträge schriftlich mitgeteilt würden. Auf die Frage der Kommission, ob die Arbeitgeber denn auch Vollmacht hätten, über die Anträge zu verhandeln, lautete die Antwort: Nein. Die Kommission erklärte dann, daß sie, sobald die Vertreter der Arbeitgeber Vollmacht hätten zu verhandeln, bereit sei, die Anträge einzureichen. Damit endeten die Verhandlungen, die also als gescheitert anzusehen sind, jedoch gezeigt haben, daß die drei außerhalb des Tarifes stehenden Organisationen die Achtung und Anerkennung der Unternehmer erzielt haben, was als ein Beweis dafür anzusehen ist, daß das Vorgehen der diesen Verbänden angehörenden Rohrleger und Helfer richtig und zweckmäßig war. — Der Referent erklärte zum Schluß, daß, wenn auch bei den Verhandlungen keinerlei Drohung seitens der Arbeitgeber ausgesprochen wurde, es doch nicht ausgeschlossen sei, daß sie irgendwelche Maßregeln gegen die Mitglieder der drei Verbände ergreifen werden. Wo dergleichen vorkommen sollte, müsse es sofort der zuständigen Organisation gemeldet werden. Im übrigen solle die Versammlung bekunden, ob sie mit dem Verhalten der Kommission einverstanden sei oder nicht. — An den Bericht schloß sich eine kurze Diskussion, die damit endete, daß die Versammlung das Verhalten der Kommission einstimmig gut hieß.

Sodann wurde über den Ausschluß der bei dem Rohrlegerstreik als Arbeitswillige tätig gewesenen Mitglieder gesprochen. Dazu wurde vom Bureau erklärt, daß die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen seien, auch teilweise die Namen der Streikbrecher nicht vollkommen vorliegen. Was den Ausschluß aus der Partei betreffe, so könne man ja, soweit die Streikbrecher auch noch politisch organisiert seien, in jedem Bezirk das Ausschlußverfahren beantragen.

Zu Beginn der Versammlung hatte Genosse Brucks einen Vortrag über die letzten großen Kämpfe in der Gewerkschaftsbewegung gehalten, der lebhaften Beifall fand.

Die Lohnbewegung der Militärsattler beendet.

Mit einem Erfolg hat der Streik der Militärsattler abgeschlossen. Die Forderungen, die schon zum Teil von einigen Fabrikanten bewilligt waren, sind nun von der gesamten Fabrikantenschaft anerkannt worden. Wachs und Faden wird auch in Zukunft nicht geliefert, doch erhalten die Arbeiter hierfür eine Vergütung von 3 Prozent. Die Einstellung der Streikenden erfolgt Dienstag bezw. Mittwoch dieser Woche.

Mißstände auf Spree- und Haveldampfern!

Die Strom- und Schiffahrts-Polizeiverordnung vom 15. Oktober 1899, gültig für die dem Polizeipräsidenten von Berlin unterstellten Schiffahrtsgebiete, bestimmt im § 59: Jedes Dampfschiff in Fahrt muß an Mannschaft mindestens einen Steuermann, der, falls kein besonderer Schiffsführer bestellt ist, zugleich als Schiffsführer gilt, ferner einen Mann zur Bedienung der Maschine, einen Heizer und einen Mann zur Bedienung der Schiffsglocke haben.

Hiergegen verstoßen, wie uns vom Verband der Maschinisten und Heizer mitgeteilt wird, die Besitzer resp. Schiffsführer folgender Dampfer, welche ohne Maschinisten, nur mit einem Heizer an Bord fahren. Zunächst sind uns folgende Dampfer namhaft gemacht worden: „Frieda", „Meta", „Flock", „Greif", „Dora", „Prinz Heinrich", „Viktoria", „Neptun", „Ehrenfried", „Gerta", „Herta", „Ida", „Lottchen", „Stralau", „Wilhelm", „Cecilie", „Eintracht", „Helene" und „Otto".

Die Besitzer obiger Dampfer haben mit Beginn des Winters ihre Maschinisten entlassen resp. beurlaubt. Von einem Stillegen der Dampfer, die die Voraussetzung für die Entlassung resp. Beurlaubung der Maschinisten ist, kann aber keine Rede sein. Im Gegenteil! Es wird nach wie vor gefahren und diese Fahrten bis nach Fürstenberg a. O. ausgedehnt.

Für den Kenner der Verhältnisse ein unerhörtes Vorgehen der Schiffseigner, welches entschieden verurteilt werden muß. Um so mehr muß man zur Verurteilung dieses Vorgehens kommen, wenn man in Betracht zieht, daß zu dem Posten als Heizer in den weitaus meisten Fällen Personen unter 18 Jahren verwendet werden. Personen in solch jugendlichem Alter sollten nicht als Heizer verwendet werden, geschweige mit der Bedienung und Führung einer Maschine beauftragt werden. Oder wird auch hier wieder der Brunnen zugedeckt, wenn das Kind ertrunken, d. h. das Unglück passiert ist? Es ist unerhört, daß solchen jungen Leuten die Sicherheit des Lebens der Schiffsbesatzung anvertraut wird. Besonders jetzt, wo jede Stunde plötzlicher Nebel mit allen seinen Gefahren, die hohe Anforderung an die Geistesgegenwart der Maschinisten stellen, eintreten können. Wir sind der Meinung, daß die Sicherheit des Stromgebietes, die Erhaltung von Menschenleben höher stehen als der Profit der Herren Schiffseigner. Man kennt ja den Profithunger der Herren Schiffseigner zur Genüge. Mußten wir uns doch vor einiger Zeit an dieser Stelle über das Ueberdruckfahren beschweren. Diesem Uebelstande ist von seiten der zuständigen Instanzen abgeholfen worden.

Wir unterbreiten deswegen den zuständigen Instanzen, dem Herrn Oberpräsidenten von Potsdam und dem Herrn Polizeipräsidenten von Berlin sowie der Oeffentlichkeit auch diese Mißstände in der Erwartung, daß Abhilfe geschaffen wird.

Den Maschinisten und Heizern aber empfehlen wir immer wieder die Notwendigkeit der Organisation. Nur durch eine einheitliche, geschlossene Berufsorganisation ist es uns möglich, diesen profithungrigen Gelüsten der Schiffseigner entgegenzutreten.

Deutsches Reich.

Noch eine neue Scharfmachergründung!

Diese neueste Gründung nennt sich: „Arbeitgeberschutzverband für den Wagenbau". Domizil: Königsberg. Geltungsbereich: Provinz Ostpreußen. In der Jubiläumshalle in Königsberg fanden dieser Tage die Verhandlungen statt, zu denen aus allen Teilen der Provinz Delegierte entsandt waren. Nasse-Berlin hielt das Referat. Der Verband richtet sich gegen alle im Wagenbau beschäftigten Arbeiter, Stellmacher, Schmiede, Schlosser, Lackierer, Sattler, Tapezierer, Riemer und Töschner. Nicht eine Kampfesorganisation — so führte Nasse aus — solle dieser Verband sein, sondern er sei lediglich als Abwehrorganisation dazu berufen, den sich immer stärker entwickelnden Arbeitnehmerorganisationen die Wage zu halten. Darum würden die Arbeitgeberverbände auch nicht gegen berechtigte Forderungen der Arbeitnehmer auftreten, wohl aber übertriebene Forderungen und leichtfertig vom Zaune gebrochene Streiks energisch zurückweisen. Der Arbeitgeber dürfe das Bestimmungsrecht in der Werkstube nicht preisgeben usw.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung

und der Unterstützung in Sterbefällen wird im Verband der Lagerhalter geplant. Der Vorstand dieses Verbandes hat eine Vorlage ausgearbeitet, in der bei Arbeitslosigkeit eine wöchentliche Unterstützung von 15 M. in Aussicht genommen ist. Das Sterbegeld soll je nach der Dauer der Mitgliedschaft 50 bis 100 M. betragen. Die Einführung dieser Unterstützungen würde eine Erhöhung der Beiträge notwendig machen; die Beiträge von 1,25 M. für den Monat sollen deshalb auf 50 Pf. für die Woche erhöht werden.

Schwarze Listen.

Wir waren erst vor kurzem in der Lage, eine vom Verein der Kupferschmiedereien Deutschlands ausgehende Verrufserklärung gegen einen eben ausgelernten Kupferschmiedegesellen, der sich solidarisch mit seinen streikenden Kollegen erklärt hatte, zu veröffentlichen. Jetzt ist uns eine Liste zugegangen, in der dieselbe Stelle gleich 13 Gehilfen von der Beschäftigung ausschließen will. Das Zirkular lautet:

Verein der Kupferschmiedereien Deutschlands.

An die Herren Mitglieder des Vereins!

Nach einer Mitteilung des Bezirksvereins Brandenburg sind nachstehend aufgeführte Kupferschmiedegesellen in Senftenberg i. d. Niederlausitz wegen unerfüllbarer Lohnforderungen in den Ausstand getreten: (folgen Namen, Geburtstag und Geburtsort von 13 Kupferschmiedegehilfen.) Dieselben sind daher gemäß § 13 der Satzungen so lange von der Einstellung auszuschließen, bis von uns die Liste widerrufen wird.

Der Vorstand.
Richard Henne.

Uns Koalitionsrecht.

Die Ortsgruppe Magdeburg des „Bundes der technisch-industriellen Beamten" richtete an den Magistrat und die Stadtverordneten von Magdeburg eine Eingabe, in der gebeten wird, städtische Arbeiten nur an solche Firmen zu vergeben, die volle Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten gewährleisten.

Ueber die Erfolge der Lohnbewegung der Arbeiter des Straßburger Elektrizitätswerks

geht uns noch ein ausführlicher Bericht zu, der unsere frühere Mitteilung in einigen Punkten ergänzt und berichtigt; danach lauten die Zusagen wie folgt:

Die Gesellschaft beabsichtige, mit dem 1. Januar 1909 eine Pensionskasse für die Arbeiter zu errichten. Die Beiträge zu dieser Kasse würden von der Gesellschaft selbst getragen. Ueber die Ausgestaltung der Kasse soll mit einem Arbeiterausschuß, der mit dem 1. Januar zu bilden ist, beraten werden. Was die Lohnerhöhung anbelangt, so erklärte Direktor Löwe eine sofortige zehnprozentige Steigerung für zu hoch gegenüber den in der Metallindustrie gezahlten Löhnen. Er sei jedoch bereit, die Erhöhung in zwei Raten und zwar 5 Proz. am 1. Januar 1909 und weitere 5 Proz. am 1. Januar 1910 für sämtliche Arbeiter des Elektrizitätswerkes eintreten zu lassen. Für Ueberstunden werden an sämtliche Arbeiter (ausschließlich des in Schichten arbeitenden Maschinenpersonals) 25 Proz., für Nacht- und Sonntagsarbeit, sowie für Arbeit an gesetzlichen Feiertagen 50 Proz. als Zuschlag gewährt. Eine Verkürzung der Schichtzeit des Maschinenpersonals und der Heizer war nicht zu erreichen. Wie der Direktor bemerkte, sei es aber nicht ausgeschlossen, daß später nochmals an die Frage herangetreten werde. Herr Direktor Löwe erkannte die schwere Arbeit der Heizer und Maschinisten an und fand deren Wunsch nach Verkürzung der Arbeitszeit erklärlich. Zur Regelung der Schichtarbeit des Maschinenpersonals erklärte sich die Direktion bereit, eine Aenderung des Dienstplanes, soweit die Interessen des Werkes damit vereinbart werden können, eintreten zu lassen; eine Kommission der Arbeiter soll Anträge in dieser Richtung der Direktion unterbreiten. Die dreiviertelstündige Pause wurde voll garantiert. Die bisher gezahlten Kohlengelder, ebenso die Gratifikationen werden auch fernerhin gezahlt. Die Organisation wurde von der Direktion voll und ganz anerkannt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

S. M.!

London, 14. Dez. (W. H.) Das „Journal Magazine" wird in seiner Januarnummer einen Artikel Whites über die Haltung des deutschen Kaisers während des südafrikanischen Krieges veröffentlichen. **Der Artikelschreiber dementiert entschieden die Behauptung des deutschen Reichskanzlers**, wonach es sich angeblich bei dem Feldzugsplan des deutschen Kaisers nur um einen Entwurf gehandelt habe. **White hält energisch aufrecht, daß es sich um einen formalen Feldzugsplan gehandelt habe, den er, White, selber im Schlosse von Potsdam gesehen hat.** Anwesend waren bei dieser Gelegenheit einige **hohe Persönlichkeiten der deutschen Regierung**, welchen gegenüber der Kaiser sich geäußert hat: **„Was würden sie wohl in Berlin sagen, wenn sie dieses wüßten?"** White habe geantwortet, **sie könnten wohl Majestät absetzen.** Der Kaiser sagte hierauf: **„Sie könnten es immerhin versuchen."**

Berggewerbegerichtswahl.

Bochum, 14. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Heute fand in 80 Wahlbezirken des Oberbergamts Dortmund Berggewerbegerichtswahl statt, bis 10 Uhr abends sind 60 Wahlresultate bekannt, **davon gewann der Bergarbeiterverband 43**, der christliche Gewerkverein 15, die Polen 2 Mandate.

Arbeitslosenzählung.

Meiningen, 14. Dezember. (W. H.) Der Herzog ordnete **eine Arbeitslosenzählung im Herzogtum Meiningen an.**

Eine Illusion.

Konstanz, 14. Dezember. (W. H.) In Thiengen fand gestern eine von 500 Männern besuchte öffentliche Volksversammlung statt, in der der Abgeordnete Venedey-Konstanz unter großem Beifall über die Lage im Reich sprach. In der Diskussion forderte der Jungliberale Rechtsanwalt Wielandt **die Gründung einer deutschen Volkspartei mit demokratischem Einschlag, in der sich alle Nationalliberalen finden sollen.**

Bergarbeiterschutz in England.

London, 14. Dezember. Unterhaus. (W. T. B.) Die dritte Lesung des Gesetzentwurfs betreffend den **achtstündigen Arbeitstag der Bergarbeiter ist mit 264 gegen 89 Stimmen angenommen worden.**

Rußland ein Vorkämpfer für den Parlamentarismus.

Teheran, 14. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die **englische** und die **russische Gesandtschaft** halten den neuen Staatsrat **für unbefriedigend.** Sie haben deshalb an den Minister des Aeußeren eine gemeinsame Mitteilung gerichtet des Inhalts, daß die Einsetzung des Staatsrats die vom Schah feierlich gegebenen Versprechungen, **eine Repräsentativversammlung einzuberufen, nicht erfüllt.** Nur eine solche könne dem Lande die Ruhe wiedergeben.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Radbod.

Die Verwaltung der Bergwerksgesellschaft „Trier", G. m. b. H., beehrt uns mit einer Zuschrift, die sich gegen den von uns aus der Zeitschrift „Oesterreichischer Volkswirt" übernommenen Artikel, betreffend das Unglück auf der Zeche Radbod, richtet. Einleitend gestattet die Verwaltung sich den Luxus einiger durchaus unsachlicher Ausfälle, auf deren Wiedergabe wir verzichten. Zur Sache schreibt die Verwaltung:

„Wenngleich die Zechenverwaltung bereits in der Oeffentlichkeit zu jenem Vorwurf Stellung genommen hat, so sieht sie sich gegenüber jenem von angeblich fachmännischer Seite stammenden Artikel einer ausländischen Zeitung nochmals zu folgenden Ausführungen genötigt:

Bemängelt werden in erster Linie die Maßnahmen zur Unschädlichmachung des Kohlenstaubes, der als von Fettkohle herrührend, besonders gefährlich gewesen sei.

Hierbei ist zunächst richtigzustellen, daß die Radbodkohle keine Fettkohle, sondern eine typische Gaskohle ist und einen kernigen Staub erzeugt, der im allgemeinen für nicht so gefährlich gehalten wird, wie der leichte, sich samtartig anfühlende Staub der Fettkohle. Nichtsdestoweniger ist aber das ganze unterirdische Grubengebäude der Zeche Radbod mit einer völlig ausreichenden Wasserleitung ausgerüstet, die das Berieseln des Kohlenstaubes an jedem Punkte der Grube ermöglicht. Falsch ist deshalb die Behauptung des Artikelschreibers: „Aber die Wasserleitungsanlage war an und für sich unzureichend, da sie nur bis zu den Querschlägen führte." Das Rohrnetz reicht bis vor Ort jedes Betriebspunktes und ermöglicht ferner auch eine vollkommene Berieselung der Strecken und Querschläge von einer großen Anzahl Hydranten aus.

Wenn der österreichische Ingenieur dieses seinerzeit nicht beobachtet haben will, so bleibt dafür nur die Erklärung, daß er auf die Berieselungsanlagen nicht geachtet hat. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß der Zustand der Berieselungsanlagen nach Sümpfung der Grube Radbod zu erkennen sein wird und daß bis dahin alle Erörterungen über etwaige Mangelhaftigkeit der Anlagen zweckmäßig unterlassen werden.

Der Artikelschreiber stellt aber ferner die Behauptung auf, durch Wassermangel sei die Explosion in ihrer Ausdehnung gefördert worden. Woher er diese Kenntnis schöpft, wird nicht gesagt. Tatsache ist, daß die Berieselungsleitung nach der Explosion am Füllorte der zweiten Sohle im Schachte selbst zerschlagen war und daß das Wasser aus dem oberen Rohrleitungsstück frei in den Schacht hinunterstürzte. Hieraus darf mit Sicherheit geschlossen werden, daß vor der Explosion dem Leitungsnetz Wasser zugeführt wurde. Zu der Annahme, daß die Menge nicht ausreichend gewesen sei, liegt kein Grund vor, denn die Leitung stand mit einem 500 Kubikmeter großen Behälter über Tage, der auch das Speisewasser für die Dampfkessel lieferte, ferner mit einem 20 Kubikmeter großen unterirdischen Bassin in solcher Verbindung, daß die Rohrleitung von 80 Millimeter lichtem Durchmesser beständig gespeist wurde.

Die Beobachtungen des österreichischen Ingenieurs über mangelhafte Wetterführung und über Schlagwetter- und Kohlenstaubansammlung an einem bestimmten Punkte können auf ihre Richtigkeit nur geprüft werden, wenn sein Name der Zechenverwaltung bekanntgegeben wird, damit sie alsdann vielleicht den Beamten, der ihn geleitet hat, und der die von dem Ingenieur bemerkten Gefahren gering geschätzt oder gar mit einer unhöflichen Bemerkung beantwortet haben soll, ermitteln und seine eidliche Vernehmung herbeiführen kann.

Die Wochenschrift „Der österreichische Volkswirt" ist deshalb um nähere Angaben gebeten worden."

Wir wollen die Antwort der genannten Zeitschrift abwarten. Das aber sei jetzt schon betont: Der Behauptung der Verwaltung, es sei genügend Wasser vorhanden gewesen, stehen die einwandfreien Bekundungen der Bergarbeiter gegenüber. Mit einem Federstrich kann man das Zeugnis der Leute nicht erschüttern und sicher nicht deren Urteil widerlegen.

* * *

Für die Feststellung der Schuldfrage an der Katastrophe sind die Behauptungen, schon vor derselben hätten auf Radbod wiederholt Brände in der Grube stattgefunden, von der größten Bedeutung. Die Zechenverwaltung gesteht nur einen Grubenbrand „geringen" Umfanges zu, der sich etwa 14 Tage vor der Katastrophe ereignete. Dieser Brand sei infolge eines mit Gallerte-Dynamit besetzten Schusses erfolgt, der eine Explosion verursacht habe. Nach dieser Explosion sei der Gebrauch von Gallerte-Dynamit verboten worden. — So „berichtigt" die Verwaltung.

Von allergrößter Bedeutung ist nun, zu ermitteln, ob es später und namentlich am Abend des 11. November infolge von Schüssen zu Bränden gekommen ist! Die Verwaltung von Radbod bestreitet es in „Berichtigungen" an die Arbeiterpresse. Dagegen hält die Dortmunder „Arbeiterzeitung" ihre Behauptungen in vollem Umfange aufrecht. In einer Zuschrift an die Dortmunder „Arbeiterzeitung" erbieten sich Bergleute, vor Gericht zu bezeugen, daß am Abend des 11. November, kurz vor Schluß der Mittagschicht, vor dem Betriebspunkt der Kohlennummer 22, nach dem Abtun von Sprengschüssen, die ganze Strebe brannte.

In der folgenden Nachtschicht hat sich die schreckliche Katastrophe ereignet!!!

Es ist nun höchst sonderbar, daß die Verwaltung diesen Brand leugnet und die Bergbehörde, die im öffentlichen Interesse Aufklärung geben sollte, sich in Schweigen hüllt.

Unbedingt notwendig erscheint es, die Vorgänge recht bald in den Parlamenten erneut zur Sprache zu bringen . . .

* * *

Soeben wird mitgeteilt, daß abermals 120 bis 130 Mann der Belegschaft von Radbod die Kündigung erhalten haben. Unter diesen zur Entlassung Bestimmten befinden sich alle diejenigen, die Aussagen gemacht haben!!! Die Vertreter der Sozialdemokratie in den Parlamenten waren mit den Praktiken der Grubenherren wohl vertraut, als sie die Befürchtung aussprachen, Zeugen, die gegen die Zechenverwaltung auszusagen sich erlaubten, würde man maßregeln. Minister v. Bethmann-Hollweg wird, seinem Versprechen gemäß, schon bald für Arbeitsgelegenheit sorgen müssen, um gemaßregelte Zeugen unterzubringen. . . .

Gegen das Recht verstoßende Wohlfahrtseinrichtungen.

Bekanntlich hatte das Landgericht Essen sehr verständige Entscheidungen des Gewerbegerichts Friemersheim aufgehoben, durch welche die Firma Krupp zur Rückzahlung der Beiträge verurteilt war, die Arbeiter an die Pensionskasse hatten zahlen müssen. In jenem Prozeß hatte sich das Landgericht, entgegen insbesondere den Ausführungen im Gutachten des Professors Lotmar, einigen von sozialer Erkenntnis und Kenntnis der Fundamentalgrundsätze des Lohnbeschlagnahmegesetzes, des Gewerberechts und Bürgerlichen Gesetzbuches gleich weit entfernten anderen Gutachten angeschlossen. Das seinerzeit von uns ausführlich besprochene Erkenntnis des Landgerichts hatte auch im Reichstage abfällige Beurteilung gefunden.

Am 24. November hat nunmehr, wie wir der „Frankf. Ztg." vom Sonntag entnehmen, die erste Zivilkammer des Stuttgarter Landgerichts in einer gleichliegenden Klage verschiedener Arbeiter gegen die Maschinenfabrik Eßlingen ein dem Recht entsprechendes Urteil zugunsten der Arbeiter gefällt. Zur Entscheidung stand die Frage, ob die Fabrik befugt ist, einen Teil des Lohnes ihrer Arbeiter für die bei ihr bestehende Arbeiter-Unterstützungskasse, eine Zwangskasse, der jeder Arbeiter beitreten muß, einzubehalten und an diese Kasse abzuführen. Jeder neu angestellte Arbeiter hat ein Eintrittsgeld von drei Mark zu zahlen, das bei der ersten Lohnzahlung in Abzug gebracht wird, der monatliche Beitrag beträgt außerdem für jeden Arbeiter 76 Pf., während die Fabrik zwei Drittel des Beitrages der Arbeiter zuschießt. Voraussetzung für die Zahlung einer Pension ist die ununterbrochene mindestens fünfzehnjährige Tätigkeit bei der Fabrik und festgestellte Invalidität. Mit dem Austritt oder der Entlassung des Arbeiters hört, gleichviel wie lange die Tätigkeit gedauert hat und welche Beträge bezahlt worden sind, und ohne Rücksicht darauf, ob der Austritt freiwillig oder unfreiwillig erfolgt, die Mitgliedschaft bei der Kasse auf und es erlischt jeder Anspruch; das Gleiche gilt bei einem mehr als einjährigen Urlaub. Nun hatten eine Anzahl von entlassenen Arbeitern die ihnen für die Kasse gemachten Abzüge bei dem Gewerbegericht mit Erfolg klageweise zurückverlangt; die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung der Fabrik hat das Landgericht rechtskräftig zurückgewiesen.

Das landgerichtliche Urteil führt aus, daß die Einbehaltung des Lohnes für Zwecke der Kasse gegen den § 134 des Bürgerlichen Gesetzbuches („Ein Rechtsgeschäft, daß gegen ein gesetzliches Verbot verstößt, ist nichtig.") und § 117 der Gewerbeordnung verstoße. Nach der letzteren Bestimmung dürfen Lohnabzüge zu keinem anderen Zweck erfolgen als zur Beteiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien. Als eine Wohlfahrtseinrichtung im Sinne dieser Bestimmung könne die Unterstützungskasse der Fabrik nun nicht angesehen werden, wenn auch nicht zu bezweifeln sei, daß die Absicht ihrer Gründer dahin ging, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Die Gewerbeordnung, die hier eine Ausnahmebestimmung geschaffen habe, müsse dahin ausgelegt werden, daß nur bei einer Einrichtung, die eine Verbesserung der sozialen oder ökonomischen Lage der Gesamtheit der Arbeiter mit sich bringe, Lohnabzüge gestattet seien. Das Vorliegen dieser Voraussetzung sei hier zu verneinen. Von den bei der Fabrik zum Beispiel vor fünfzehn Jahren eingetretenen 196 Arbeitern seien im ersten Jahr allein 83, in den nächsten vier Jahren 61, in den folgenden fünf Jahren weitere 25 und von da ab noch 6 ausgetreten, so daß von jenen ursprünglichen 196 Arbeitern nur 11 Prozent die zum Pensionsbezuge berechtigende Arbeitszeit erreicht haben. Im Jahre 1907 auf 1908 habe die Kasse 1893 Mitglieder gehabt. Von diesen seien 672 neu eingetreten und 652 noch im Laufe des Jahres ausgeschieden, also mehr als ein Drittel der Gesamtmitgliederzahl; es habe also im Laufe der Jahre tatsächlich nur ein ganz geringer Prozentsatz der Mitglieder eine wirkliche Anwartschaft auf Unterstützung, und der weitaus größte Teil der Arbeiter sei zur Zahlung der Beiträge ohne Aussicht auf Gegenleistung verpflichtet. Für den einzelnen handele es sich also nicht um eine feste Anwartschaft, sondern um Zufälligkeiten, die sich von den Chancen einer Lotterie kaum wesentlich unterscheiden; deshalb könne von einer Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien durch die Kasse nicht gesprochen werden.

Die Folge des Urteils ist, daß die Maschinenfabrik Eßlingen an alle ihre Arbeiter, die dies verlangen, die zugunsten der Kasse gemachten Abzüge, soweit nicht Verjährung eingetreten ist, zurückzahlen muß.

Hoffentlich wird auch das Landgericht Essen sich inzwischen zu einer richtigen Würdigung der Rechtslage gegenüber der Kruppschen Pensionskasse bekehren. Denn die Rechtslage spricht so klar wie denkbar zugunsten der Arbeiter. Nach § 2 des Lohnbeschlagnahmegesetzes ist jede Verfügung des Arbeiters über den noch nicht fälligen Lohn, solange dieser nicht den Jahresbetrag von 1500 M. erreicht hat, nichtig. Eine solche Verfügung liegt aber in dem Gestatten,

Kleines Feuilleton.

Die blamierten Kunstkenner. Aus München wird uns geschrieben: Das Urteil im Münchener Bilderfälscherprozeß bringt den Hauptkunstattentäter, den genialen Fälscher und Menschenkenner Thiege auf 3½ Jahre ins Zuchthaus, seine Helfer und Genasführten können den Saal nur deshalb frei verlassen, weil ihre Gefängnisstrafen durch die Untersuchungshaft getilgt sind. Der Prozeß Thiege hat endlich einmal Anlaß gegeben, die Art und Weise des Münchener Kunst- und Bilderhandels gerichtlich zur Sprache zu bringen. Der Prozeß hat weiter bewiesen, daß es geriebenen Bilderfälschern gelingen kann, Kunstkenner und Kunstrichter mit berühmtem Namen mit falschen Menzels und Lenbachs ordentlich einzuseifen. Herr Professor Muther in Breslau wird an der Blamage noch lange zu tragen haben. Thiege und der Münchener Bilderhändler und ehemalige Dienstmann Windhager, ein Sanguiniker, der im Gerichtssaal laut ausrief: „Ich erdulde alles, Christus hat noch viel mehr erduldet", behaupteten, sie hätten bei Trödlern und Althändler nach Belieben echte Carots, Diez', Lenbachs, Leibls und Kaulbachs für ein paar Batzen zusammenkaufen können. Dem gegenüber stellten die sachverständigen Autoritäten, die Elite der Münchener Galeriewissenschaft und die Crème des „vornehmen Kunsthandels", fest, daß es wohl ausnahmsweise vorkommen könne, daß man nach langem Suchen mit glücklicher Hand einen „berühmten Meister" als Gelegenheitskauf finde, daß die Behauptungen der Angeklagten aber ausgeschlossen seien. Die Naivität des Publikums ist längst verschwunden, jeder, der ein altes Gemälde besitzt, läßt es heutzutage von Fachleuten prüfen, weil er glaubt, es sei mindestens ein Rubens oder Rembrandt. — Die Nutzanwendung, die der Prozeß Thiege ergibt, liegt auf der Hand. Die kleinen Bilderhändler, die in der Regel ohne jedes Kunstverständnis zu Werke gehen und, wie der Fall Windhager beweist, für angebotene, falsch signierte Machwerke, die keine Mark wert sind, ganz respektable Summen zahlen, sind in der Regel selbst die von gewerbsmäßigen Bilderfälschern Betrogenen. Sie sind wirtschaftlich den vornehmen Kunsthändlern unterlegen und deshalb auf allerlei dunklen Zwischenhandel mit Bilderagenten, auf billiges Angebot unter der Hand angewiesen. Ihr Publikum sind die guten Bürger mit Besitz und ohne Bildung, die einen Ehrgeiz darin suchen, einen „Neuen" an ihre Zimmerwand zu hängen, den sie auf dem Wege des „seltenen Gelegenheitskaufes" bei den kleinen Bilderhändlern finden.

Theater.

Neues Schauspielhaus: Rabagas. Komödie von Sardou. Deutsche Bühnenbearbeitung von Halm. Es war ein interessantes Experiment, Sardous berühmte, nun bald vier Jahrzehnte alte, politische Komödie von neuem aufzuführen. Die Art romantischer Verschwörerpolitik und phantastisch-demagogischen Maulheldentums, die er mit tollen Karikaturen hier verulkt, liegt so völlig abseits von der Gegenwart, daß heut auch der verbohrteste Reaktionär beim besten Willen sich nicht einreden wird, hierin eine persiflierende Widerspiegelung aktueller Verhältnisse zu sehen. Gesinnungslumperei und heuchlerisches Phrasentum sind selbstverständlich zu keiner Zeit an Grenzen der Parteien gebunden und überall ein würdiges Ziel für die Satire. Aber eben darum kann diese, wenn sie mit sicherem Blick ins Schwarze schießt, nur Personen, nicht die Sache treffen. Die Sardous aber trifft heut' auch kaum mehr einzelne Personen, nicht weil jene allgemeinen menschlichen Defekte ausgestorben wären, sondern weil sie, wo vorhanden, sich in einer Weise äußern, die keine oder doch nur höchst entfernte Analogien zu dem Komödienbilde zeigen. Man muß das Stück — das erste politisch pointierte in der französischen Dramatik des neunzehnten Jahrhunderts, von dem zugleich mancherlei literarische Anregungen ausgegangen sind — als lustige Operette, ein Maskenspiel des Witzes nehmen, der, bei aller reaktionären Absicht, durch das bunte Feuerwerk seiner sich überschlagenden Einfälle wohl unterhalten kann. Und so nahm es auch das Publikum, das sich vorzüglich zu amüsieren schien.

Der Typus Rabagas hat mit dem Stensgard in Ibsens noch etwas französisch schillernden Intrigenstücke „Bund der Jugend" eine unverkennbare Verwandtschaft, die um so auffälliger wirkt, als eine Beeinflussung ganz ausgeschlossen ist. Beide Helden sind rhetorisch begabte Advokaten, die sich durch die gewohnheitsmäßige Betäubung mit tönenden Tiraden um ihr letztes bißchen gesunden Menschenverstand gebracht haben. Wenn man nur ihrer grotesk verstiegenen Eitelkeit gehörig schmeichelt, laufen sie blind in jede aufgestellte Falle. Windbeutel, die die Politik als Sprungbrett ihres Fortkommens nutzen wollen, sofort bereit, wenn sich die Möglichkeit eines Vorteils am Horizont zeigt, die Ueberzeugung wie ein Hemd zu wechseln, umjubelte Führer der Opposition, die eines Tages ihr konservatives Herz entdecken und aus dem neuen Karriereträum dann bald mit Hohnlachen vertrieben werden. Bei Ibsen hat dieser Typ eine vorzüglich psychologische Ausführung, mindestens in den Szenen des ersten Aktes, empfangen. Sardou hält sich bei derlei Feinheiten nicht auf. Sein Rabagas ist eine Gliederpuppe, die ohne eigenes Leben nur durch die komischen Verrenkungen, die er sie exekutieren läßt, auf den Zuschauer wirkt. Aber im Rahmen dieser ungebundenen Willkür entwirft Sardous Erfindungskraft dafür auch Situationen, so scharf in den Kontrasten zugespitzt, daß sie sich als unvergeßliche Epigramme einprägen. So wenn sein Held, der eben noch das ganze Fürstentümchen Roccabruna durch eine Revolution auseinandersprengen wollte, ins Schloß geladen, sich urplötzlich als Stütze des Thrones aufspielt und, mit dem Portefeuille alle Ministerinstinkte übernehmend, von dem Ballon herab dem schreienden Volke die Regierungsproklamation verkündet.

Harry Walden in der Rabagasrolle hatte den Haupterfolg des Abends. Christians repräsentierte mit elegantem Geschick den Fürsten, Tilly Waldegg die amerikanische Dollarprinzessin. In dem Verschwörerchor der Nachtschwalbe war Arndts Restaurateur die drolligste Erscheinung. dt.

Musik.

Ein Berliner Musikreferat könnte eine eigene Rubrik für russische Musik einrichten. Noch jüngst wurde uns in kurzen Folgen das mannigfachste dargeboten, von den großen Opern bis zu Volksliedern auf Nationalinstrumenten. Jetzt war wieder eine neue Gesellschaft im (Blüthner-) Konzertsaal: das Moskauer Streichquartett. In zwei Kammermusikabenden zeigte sie uns mehrere ihrer heimischen Komponisten von der intimen Seite der Quartette und dergleichen. Man denke dabei nicht an wilde exotische Volksmusik! Die berühmt gewordenen russischen Tondichter haben fein säuberlich in Deutschland oder Frankreich oder wenigstens bei ihren hier ausgebildeten Vorgängern unsere klassische Tonkunst gelernt und sie nur mehr oder weniger auf nationale Weisen angewendet; sind auch meist eifrige Lehrer der Setzkunst an den zahlreichen russischen Konservatorien und verfassen gerne Lehrbücher, die nun wieder auch der westlichen Jugend zugute kommen. Allmählich jedoch geht es von „Europa" immer mehr nach „Asien". Bei Rubinstein und Tschaikowsky und ähnlichen fühlen wir uns noch „zu Hause". Dann aber kommen die Jung- oder Neurussen mit ihrem Eifer, aus dem Volksschatze zu schöpfen. Da hörten wir z. B. ein Streichquartett op. 4 C-moll des 1856 geborenen, als Meister des Kontrapunktes anerkannten S. Tanejeff. So breit und leicht und dünnflüssig die Musik der Rubinsteine dahinströmt — so eng und gepreßt und zähflüssig stockt und bohrt sich die Kunst eines solchen Neurussen vorwärts. Ein abendländisch-gelehrtes Grübeln, das mit fremdartigen Weisen gleichsam Verstecken spielt, vorgetragen von Spielern, wie sie so zurückhaltend subtil am ehesten aus deutscher Kunstschule heraus zu begreifen sind — liegen da nicht Gedanken an das jüngste Rußland überhaupt nahe?

Doch empfehlen möchten wir vorerst für weitere Kreise kein Verweilen dabei. Um so lebhafter sei daran erinnert, was seit einigen Jahren wissenschaftlicher Eifer im Erforschen der ursprünglichen oder als ursprünglich erscheinenden Musik fremder Völker geleistet hat. Mit dem Phonographen zog man aus, und nun werden daheim die Platten gesammelt und verwertet. Davon Proben und Erklärungen zu geben, würde für unsere Volksbühnen und Volkschöre ein empfehlenswertes Programm sein. Nach dem Aufsatze von Max Chop „Orientalische Plattenmusik" in der „Neuen Musikalischen Rundschau" (I/17 und 18) zu urteilen, stehen wir da vor ganz neuen Kenntnissen. Ueberraschend vor allem die Herrschaft der „Zigeuner-Tonleiter" im westlichen und südlichen Asien (eilche übermäßige Sekunden und eine kleine Sekunde über der Oktave)! „Tongewordene Poesie", nicht Touformenspiel. Wesentlich anders, katzenmusikalisch sind die Produktionen der Chinesen! Wieder anders, mit Sinn für Maß, die der Japaner! An zahlreichen Stellen drollige Einflüsse des Abendlandes! Und überall eine unnatürlich verzerrte Gesangskunst! Sonst aber bleibt für uns genug des Lernens und der Hoffnung auf Erweiterung des Eigenen. sz.

Notizen.

— Alexander Girardi hat im Thalia-Theater wieder den Briefträger Flenz in Buchbinders Posse „Er und seine Schwester" aufgenommen und damit den gleichen Erfolg erzielt wie im vorigen Jahre. Man freute sich, Girardi zu sehen und zu hören selbst auf die Gefahr hin, den Schmarren von Posse mit in Kauf nehmen zu müssen. Daneben gaben freilich auch die übrigen Mitglieder, vorzüglich Arnold Rieck und Helene Ballot ihr Bestes.

Abzüge vom Lohn vorzunehmen. §§ 115—117 der Gewerbeordnung haben die für alle — auch die nichtgewerblichen — Arbeiter gültige Norm des Lohnbeschlagnahmegesetzes nicht einengen, sondern sicherstellen wollen. In § 115 ist klar zum Ausdruck gelangt, daß die Löhne ohne Rücksicht auf die Höhe des Lohnes bar auszuzahlen sind und darüber hinaus bestimmt, daß auch das Kreditieren von Waren, abgesehen von den leider dort befindlichen Ausnahmen verboten ist. § 117 der Gewerbeordnung schreibt, nicht um das Lohnbeschlagnahmegesetz oder den § 115 abzuschwächen, sondern um das Kreditverbot wirksamer zu machen:

„Verträge, welche dem § 115 zuwiderlaufen, sind nichtig.

Dasselbe gilt von Verabredungen zwischen den Gewerbetreibenden und den von ihnen beschäftigten Arbeitern über die Entnahme der Bedürfnisse der letzteren aus gewissen Verkaufsstellen sowie überhaupt über die Verwendung des Verdienstes derselben zu einem anderen Zwecke als zur Beteiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien."

Demnach sind Abzüge vom Lohn unzulässig, es sei denn, es handelt sich um Wohlfahrtseinrichtungen, die allen Arbeitern zugute kommen. Denn das Verbot im Lohnbeschlagnahmegesetz und das Gebot der Barzahlung ist mit Rücksicht „auf die unerträgliche Lage" erfolgt, wie die Motive zum Lohnbeschlagnahmegesetz darlegen, in die ohne solches Verbot der einzelne Arbeiter gerät. Er hat seine Arbeitskraft vorgeschossen, ihm dient der Arbeitsvertrag als „ökonomische Zufluchtsstätte", wie Lotmar so treffend sich ausdrückt. Ihm den Lohn vorzuenthalten, ist nicht nur nach der Bibel „eine Sünde, die zum Himmel schreit", sondern beschränkt auch den Arbeiter in der Möglichkeit, seine Arbeitskraft, sein höchstes Gut, brauchbar zu erhalten. Der Begriff „Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien" ist daher strikt zu interpretieren, darf nicht, wie es vom Essener Landgericht so ausgelegt worden, als ob da stände: Einrichtungen zur Verbesserung der Lage des Arbeiters oder seiner Familie oder der Lage von Kollegen des Arbeiters oder deren Familie.

Wollte man aber auch im Anschluß an für die Auslegung des Gesetzes durchaus unverbindliche Aeußerungen, die einige Abgeordnete und Regierungsvertreter zum § 117 im Jahre 1891 machten, annehmen, daß Pensionskassen an sich zu den Wohlfahrtseinrichtungen im Sinne des § 117 gehören können, so ist die Rückforderung der vom Lohn gemachten Abzüge dennoch zulässig, weil das Verbot des § 2 des Lohnbeschlagnahmegesetz verletzt ist und weil solche Verträge über Abzüge vom Lohn nichtig sind, weil § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ihnen entgegensteht, der vorschreibt: „Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig." Eine Pensionskassenvorschrift, die dem Arbeiter kaum die Chancen einer halbwegs anständigen Lotterie gibt und die den Arbeiter umso unbilliger trifft, je länger er im Dienst steht und seinen Anspruch unter allen Umständen von der Gnade des Arbeitgebers, von seinem Kündigungsrecht Gebrauch zu machen und von der Willensbeschränkung des Arbeiters abhängig macht, verstößt so scharf gegen die guten Sitten, daß sie als Schulbeispiel für solchen Verstoß gelten könnten. Bei der Emanation des Hilfskassengesetzes von 1876 waren hierüber übrigens auch die Regierungen und der Reichstag einig.

Aus Industrie und Handel.

Die Ernte in Preußen.

Die „Statistische Korrespondenz" veröffentlicht jetzt die Zahlen über die diesjährige Ernte. Danach ergibt die Roggenernte 8 174 687 Tonnen. Damit ist die bisher größte Ernte von 7 587 441 Tonnen im Jahre 1904 nur noch über 1/2 Million Tonnen übertroffen.

Die nachstehende Zusammenstellung gibt Auskunft über die Getreideernten seit 1899. (Menge in 1000 Tonnen.)

Jahr	Wintergetreide	Sommergetreide	Getreide überhaupt
1899 . .	8 637	6 278	14 915
1900 . .	8 579	6 485	15 064
1901 . .	6 765	7 168	13 933
1902 . .	9 318	6 800	16 118
1903 . .	9 017	7 480	16 497
1904 . .	9 812	6 408	16 220
1905 . .	9 225	6 430	15 655
1906 . .	9 482	7 810	17 292
1907 . .	8 640	8 872	17 512
1908 . .	10 198	7 214	17 412

Der Menge nach waren demnach die Getreideernten der letzten drei Jahre ziemlich gleichwertig und übertrafen, zum Teil sehr beträchtlich, die Erträge in den anderen zur Vergleichung kommenden Jahren. Das Mittel aus 1899—1907 bleibt um 9,4 Hundertteile hinter der diesjährigen Ernte zurück.

Die Ernte der außerpreußischen Länder von Deutschland an Winter- und Sommerroggen betrug im Jahre

1907:	2 528 218 Tonnen	1903:	2 500 828 Tonnen
1906:	2 334 698 „	1902:	2 390 709 „
1905:	2 473 978 „	1901:	2 349 462 „
1904:	2 473 821 „	1900:	2 079 670 „

Auch in diesen außerpreußischen Ländern, soweit sie in Mittel- und Norddeutschland liegen, ist die diesmalige Ernte enorm, dagegen scheint sie in Süddeutschland weniger große Zahlen ergeben zu haben. So beziffert Bayern seine diesjährige Roggenernte auf 908 000 Tonnen gegen 954 000 Tonnen im Vorjahre und 870 400 Tonnen im zehnjährigen Durchschnitt. Trotzdem wird das Mindestquantum, das wir für die außerpreußischen Länder zu erwarten haben, mit 2 1/2 Millionen Tonnen, wahrscheinlich aber mit mehr anzunehmen sein. Die deutsche Ernte an Roggen ist somit auf rund 10 3/4 Millionen Tonnen anzunehmen gegenüber der höchsten bisher je dagewesenen von 10 060 762 Tonnen.

Die diesjährige Kartoffelernte wird auf 32 188 Tausend Tonnen geschätzt. Sie übertrifft das Mittel aus den neun Vorjahren (29 610) um 8,7 Hundertteile; in den einzelnen Jahren brachten nur 1905 und 1901 mit 34 020 und 33 998 5,7 bezw. 5,6 Hundertteile mehr, 1907 mit 31 086 3,5 Hundertteile weniger. Die Erkrankungsziffer ist 1908 noch nicht halb so hoch wie 1907, nämlich 3,5 Proz. gegen 7,5, und bleibt auch unter dem Mittel aus 1899—1907 (4,7).

Die durchschnittlichen Hektarerträge in Kilogramm berechnen sich für den ganzen Staat wie folgt:

Jahr	Winter- Weizen	Sommer- Weizen	Winterspelz	Winter- Roggen	Sommer- Roggen	Sommergerste	Hafer	Kartoffeln	Klee- und Luzernehen	Wiesenheu
1898	1932	1718	1295	1480	906	1831	1652	12335	4943	3755
1899	1997	1800	1507	1451	937	1867	1724	12149	4235	3497
1900	1988	1884	1361	1407	948	1855	1712	12481	3255	3379
1901	1554	1918	1321	1337	909	1838	1611	14831	3255	3192
1902	2180	1986	1491	1520	989	1905	1801	13185	4883	3833
1903	2022	2304	1385	1697	1023	1988	1837	13016	5250	4056
1904	2171	1972	1280	1640	974	1887	1652	10983	3472	2809
1905	2021	1995	1433	1528	1035	1884	1658	14960	4948	4211
1906	2168	2153	1184	1573	1112	2025	2061	13704	5726	4495
1907	1891	2571	1456	1576	1137	2152	2157	13870	4294	3732
1908	2125	2117	1464	1762	1120	1933	1828	14411	5604	4232

Die Agrarier können mit der diesjährigen Ernte zufrieden sein. Das reiche Erträgnis und die Garantie hoher Preise sollte sie eigentlich zufrieden machen; aber die glänzenden Einnahmen halten die Junker nicht ab, mit Aufgabe ihrer nationalen und religiösen Gefühle zu drohen, wenn sie Erbschaftssteuern zahlen sollen.

Tief verstimmt.

Am Donnerstag meldete der Londoner „Standard", die deutsche Admiralität suche in Cardiff 3/4 Millionen Tonnen der besten walisischen Dampferkohle anzukaufen. Diese „Standard"-Meldung hat in gewissen Kreisen Englands neuen Anlaß zur Unruhe gegeben. Nun teilt eine Korrespondenz aus Kiel mit, daß die Marineverwaltung sich lediglich von kaufmännischen Erwägungen leiten lasse. Sie kaufe dort, wo sie den Bedarf am billigsten decken könne. Dieser Standpunkt ist durchaus korrekt, und erscheint es wirklich etwas sehr übertrieben, wenn man in dem Versuch der Marineverwaltung, aus England billige Kohlen zu beziehen, politische Hintergedanken glaubt suchen zu dürfen. Gefährliche Aktionen unternimmt man übrigens nicht im Lichte der vollen Oeffentlichkeit. Die Behörden haben allen Anlaß, sich gegen die Syndikatsrücksichtslosigkeiten zu wehren. Die Eisenbahnverwaltung muß die Kohlen-Ueberpreise bezahlen, zu welchen sie sich aus irgend welchen, für jeden Kaufmann unerforschlichen Erwägungen, vertraglich auf drei Jahre gebunden hat. Die hohen Inlandspreise und die Vorteile des Rohstofftarifes benutzt das Syndikat, um Kohlen zu Preisen in das Ausland zu bringen, die weit unter jene hinabgehen. Da ist es wirklich nicht illoyal, wenn eine Behörde, anstatt die teuere Syndikatskohle zu kaufen, billiges Brennmaterial aus dem Auslande sich beschafft. Das ist sie den Steuerzahlern schuldig. Die Syndikatsherren denken natürlich anders. Die Meldung von der Absicht, für die Marine Kohlen in England zu kaufen, hat sie schon auf den Plan gerufen mit der Forderung, in tariflicher Hinsicht noch günstiger gestellt zu werden. Ueber die Haltung der Regierung sind die Herrschaften angeblich „tief verstimmt".

An Bescheidenheit gehen die Kohlenkönige nicht zugrunde. Wenn sie bei Streiks selbst Kohlen aus dem Auslande holen, dann haben sie nichts einzuwenden gegen billige Fracht der importierten Ware; wenn das Mittel den inländischen Konsumenten jedoch dazu dient, sich der größten Rücksichtslosigkeiten des Syndikats zu erwehren, dann, ja dann empfindet man es als Kuriosum, daß Tarife für die Ausfuhr deutscher Kohlen nicht günstiger sind als für die Einfuhr ausländischer Brennmaterialien.

Die Syndikatsleute wollen eben anders nichts, als auf Staatskosten ihre Politik der hohen Inlandspreise und Verschleuderung der Ware ins Ausland unterstützen lassen.

Soziales.

Drohender Aerztestreik in Görlitz.

Der Aerzteverein in Görlitz hat an sämtliche Krankenkassen das Ersuchen gerichtet, das Honorar für Konsultationen in den Wohnungen der Aerzte von 0,50 M. auf 0,75 M. zu erhöhen. Die Krankenkassen bezeichnen diese Forderung als undurchführbar und werden demnächst dazu Stellung nehmen.

Gewerbegerichtswahlen in München.

Die Arbeitnehmerbeisitzerwahlen, die am Sonntag stattfanden, endigten mit dem Siege der freien Gewerkschaften. Schon vor acht Tagen gewannen unsere Genossen bereits neun Arbeitgeberbeisitzer. Hierzu kommen nun noch 50 Arbeitnehmerbeisitzer. Die Liste der freien Gewerkschaften vereinigte 14 781 (1905: 11,004) Stimmen auf sich. Die Christlichen, Hirsch-Dunckerschen usw., die wieder unter der gemeinsamen Firma „Verein für soziale Wahlen" kämpften, brachten nur 2877 (1905: 2415) Stimmen auf, so daß sie sich mit 10 Sitzen (früher 11) begnügen müssen.

Achtuhrladenschluß, Achtstundentag und Ruhezeit für das Kontorpersonal.

Das Kaufmannsgericht München beschäftigte sich dieser Tage in einer Ausschußsitzung mit den Anträgen auf reichsgesetzliche Festlegung des Achtuhrladenschlusses, und der achtstündigen Arbeitszeit in Kontoren. Zu diesen Anträgen, die vom Beisitzer Genossen Zoeltsch in der letzten Sitzung gestellt und begründet wurden, hatten die Vertreter vom Leipziger Verband Eventualanträge auf Siebenuhrladenschluß, dreizehnstündige Ruhepause und zweistündige Mittagszeit gestellt. Von den Mittelständlern im Ausschuß wurden aber diese Anträge aufs heftigste bekämpft und der Ruin des Mittelstandes und der Detaillisten ob solcher Forderungen wieder mal prophezeit. Auch ein Vermittelungsantrag des Vorsitzenden Dr. Prenner, wenigstens für die Kontorangestellten die Mittagspause auf zwei Stunden festzusetzen, wurde abgelehnt. Der Antrag Zoeltsch auf reichsgesetzliche Festlegung des Achtuhrladenschlusses wurde mit allen gegen zwei Prinzipalsstimmen angenommen. Abgelehnt wurde der Antrag Zoeltsch, auf Einführung einer achtstündigen Arbeitszeit in Kontoren, mit Stimmengleichheit, ebenso ein deutschnationaler Eventualantrag auf Festsetzung einer 8stündigen Arbeitszeit in Kontoren. Auch der Antrag auf zweistündige Mittagspause fand keine Annahme. Hingegen fand eine Anregung, in § 139c der Gewerbeordnung die Ruhezeit auf zwölf Stunden festzulegen, gegen die Stimmen der Mittelständler Annahme.

Die Mugdanesen in Nürnberg.

Beim Stadtmagistrat Nürnberg wurde, veranlaßt durch die Mißstände bei der Gemeindekrankenkasse, vor einigen Monaten zum dutzendsten Male der Antrag auf Errichtung einer allgemeinen Ortskrankenkasse gestellt. Der Magistrat lehnte dies ab, wobei er zur Abwechselung wieder einmal eine neue Ausrede erfand. Er berief sich nämlich darauf, daß eine reichsgesetzliche Umwandlung des Arbeiterversicherungswesens geplant sei. Den wahren Grund plauderten aber die freisinnigen Agitatoren, die auch in der Gemeindeverwaltung sitzen, in der jüngsten Gemeindewahlbewegung aus. Nach ihnen würde die Ortskasse Gelegenheit geben, „60 bis 70 sozialdemokratische Agitatoren in gutbezahlte Stellen zu bringen". Weil die Arbeiter nicht die freisinnigen Agitatoren zu ihren Vertrauensleuten erwählen wollen, soll ihnen das Recht der Selbstverwaltung in ihren Versicherungsangelegenheiten vorenthalten werden. Auf erhobene Beschwerde hin, fragte die Regierung beim Magistrat an, ob er freiwillig eine Ortskrankenkasse errichten wolle. Das wurde verneint. Darauf ordnete die Regierung an, daß der Magistrat die Sache zu instruieren habe. Er beschloß dann, eine Abstimmung der Versicherungspflichtigen zu veranstalten. Nunmehr ist das dahingehende Ausschreiben erschienen. Aus diesem geht hervor, daß wieder das alberne Abstimmungssystem zur Anwendung gebracht werden soll, das schon bei früheren Gelegenheiten angeordnet wurde. Es wird nämlich festgestellt, wie viele Versicherungspflichtige, einschließlich der Lehrlinge, Dienstmädchen, jugendlichen Arbeiter usw. vorhanden sind und, wenn von diesen nicht mehr als die Hälfte für die Ortskasse stimmt, so gilt diese als abgelehnt! Auch sonst ist vorgesorgt, um die Ausübung des Wahlrechts nach Möglichkeit zu erschweren. Der Abstimmende hat sich nicht allein durch Legitimationspapiere auszuweisen, sondern auch auf dem Stimmzettel selbst eine Bescheinigung seines Arbeitgebers beizubringen, daß er bei diesem beschäftigt ist. Bei diesem Modus kommt natürlich niemals eine Mehrheit zustande. Das ist ja auch der Zweck. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten werden im Gemeindekollegium die Sache zur Sprache bringen. Wird der Modus nicht geändert, so wird wahrscheinlich die Parole ausgegeben, sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen, wie es schon vor einigen Jahren einmal geschah. Damals wurden während der ganzen, acht Tage währenden Wahlhandlung nur 42 Stimmen abgegeben.

Aus der Frauenbewegung.

Proletarierin und Bildungsfrage.

Die Bildungsfrage ist eine soziale Frage. Das Problem der Massenbildung kann nicht auf rein philosophischem Wege, nur mit den Mitteln der formalen Pädagogik gelöst werden. Allerdings kann man auch keine starren Normen aufstellen über die Grenzen der Bildungsmöglichkeiten. Individuelle Veranlagung läßt einzelne oder auch eine Mehrheit von Personen derselben sozialen Schicht über das Milieu dieser hinauswachsen. Auch in sachlicher Beziehung sind Bildungsmittel und -möglichkeiten in ihrer Anwendbarkeit und ihren Erfolgen sehr verschieden. Alles ist da relativ. Oft gehört mehr Energie und Arbeit sowohl der Lehrenden als der Lernenden dazu, ehemaligen Volksschülern die Grundelemente des Wissens beizubringen, als Angehörigen der Besitzenden, die einer guten formalen Bildung sich erfreuen, ein reiches Maß von wissenschaftlicher Erkenntnis zuzuführen.

Die Arbeiterin kann im allgemeinen mit abstrakten Wissenschaften sich nicht beschäftigen; für sie ist die Aneignung praktischen Wissens das Bedürfnis dringendsten Gebots. Und es fehlt noch so unendlich viel in dieser Beziehung. Die Forderungen der modernen Hygiene sollte eigentlich eine jede Mutter kennen. Ferner sollte sie sich mit den Fragen der Pädagogik beschäftigen und ihr Wissen ausdehnen auf die großen gesellschaftlichen Zusammenhänge.

Den Frauen des Bürgertums wird allenthalben Gelegenheit geboten, in Lehranstalten, in privaten und öffentlichen Vortragskursen, theoretisch und praktisch ihr Wissen zu bereichern. Schon die Schule hat ihnen einen festeren Bildungsuntergrund gegeben, als die Volksschule der Proletarierin.

Aus dieser mangelhaften Bildungsanstalt tritt die Proletarierin ins Leben. In ein Leben, das oft weder für wissenschaftliche Fortbildung, noch für geistige Anregung irgendwie Raum läßt, — in ein Leben, das stumpfsinnige Arbeit bedeutet. Die Parole heißt: „Hinein in die Tretmühle, auf daß du nicht hungerst!" — Hausarbeit, Fabrikarbeit oder andere gewerbliche und physische Arbeit stumpft den Geist und die geistige Aufnahmefähigkeit ab.

Am ehesten noch hat die Fabrikarbeiterin Gelegenheit, bei der gemeinsamen Arbeit und verbunden durch gemeinsame Interessen, Anregung für größere Lebensfragen durch die männlichen Kollegen zu erhalten.

Die hausgewerbliche Arbeiterin, die in ihren Betrieben meist nur mit weiblichen Kollegen assoziiert ist, findet weniger geistige Anregung als die Fabrikarbeiterin. Sie hat weniger solidarisches Empfinden als diese und ist schwerfälliger im Denken. Wenngleich, trotz acht- bis zehnstündiger mechanisch geleisteter Arbeit, wohl hier und da bei der ledigen Arbeiterin noch Interesse für Bildungsvertiefung vorhanden ist, fehlt es ihr zumeist an der nötigen Anregung und an Bildungsgelegenheiten.

Für die in die Hauswirtschaft eingezogenen Proletarierinnen, die Dienstboten, stehen die Möglichkeiten zu einer Vervollkommnung ihres meist kümmerlichen Wissens am ungünstigsten. Sie sind Haussklavinnen, ohne Anrecht auf freie Zeit, und aus diesem Grunde jeglicher Fortbildung benommen.

In den „erstklassigen" Haushaltungen haben sie wohl Gelegenheit zu lernen: „Mit vielem hält man Haus", — jedoch ein um so schwierigeres Problem ist es für sie, einen eigenen proletarischen Haushalt nach dem Nachsatz zu führen: „Mit wenigem kommt man aus". Dort hat die Proletarierin wohl gelernt, daß Säuglinge mit bester Milch genährt, daß Kinder spazieren geführt, gebadet, rein gehalten und regelmäßig mit den für sie zuträglichen Speisen versorgt werden müssen. Diese Wissenschaft hat sie vielleicht vor der gewerblichen Fabrikarbeiterin voraus. — Wie nun, wenn sie dieses Wissen in die Praxis ihres eigenen proletarischen Haushaltes umzusetzen versucht? Wenn sie vielleicht selbst noch mitarbeiten muß, in oder außer dem Hause? Wenn es knapp an Zeit und knapp an Mitteln ist, so kann sie den eigenen Kindern weder die nötige Ernährung noch die nötige Körperpflege zukommen lassen, die bei denen, die sich die bequemen Wohnungen „mit allem Komfort" leisten können, viel weniger Zeit, Unbequemlichkeiten und Umstände erfordert, als in der unkomfortabeln beschränkten Proletarierwohnung.

Die Proletarierin als Dienstbotin wird „Haussklavin" bleiben, solange sie noch als „ungebildete Person" in ein Hauswesen eintritt. Wie aber soll sie gebildet werden, wie und wo wollen die proletarischen Frauen ihr Wissen bereichern? Es gibt für sie nur einen Weg der Selbsthilfe: der Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung, Eintritt in die gewerkschaftliche und politische Organisation.

Viel von dem, was Staat und Gesellschaft, als Inhaber der Bildungsmittel und -Anstalten, an dem Proletariat gesündigt haben, kann überhaupt nicht wieder gut gemacht werden. Aber die Erkenntnis dessen spornt an, Besseres für unsere Nachkommen zu schaffen.

Daß die Männer oft der Hemmschuh sind, der sich dem Bildungsdrang der Frauen in den Weg stellt, ist leider in proletarischen Kreisen ein noch nicht ganz ausgerottetes Uebel. Daß die Genossen ihre Zusammenkünfte haben, ihre Versammlungen, Vortragsabende und dergleichen mehr, ist für sie selbstverständlich. Für viele Frauen bleibt es jedoch noch immer ein häuslicher Kampf, sich nur ein- oder vielleicht zweimal im Monat einen Abend für die Befriedigung ihres eigenen Bildungsbedürfnisses abzuringen. Mancher Mann glaubt, seiner Hausvater- oder Manneswürde tue es Abbruch, wenn er ab und zu einmal die Hausfrau in ihren Arbeiten vertritt und auch einmal Vaterpflichten übernimmt. Für die Frau ist es gerade als Frau und Mutter nützlich, wenn sie ihr Wissen vervollkommnet, und es sollten, wo immer das Bedürfnis danach vorhanden ist, neben politischer Schulung ihr auch Belehrung auf den erwähnten Gebieten zu teil werden.

Von der Bildung der Frau profitiert auch der Mann, und vor allem: die Frau ist die Erzieherin der Kinder, und deshalb ist es ihr Recht und ihre Pflicht, Bildungsgelegenheiten wahrzunehmen.

Gerichts-Zeitung.

Oberst a. D. Gaedke wider „Deutsche Tageszeitung".

Eine Privatklage, die der frühere Oberst Gaedke gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Tageszeitung", Wilhelm Scheuermann, angestrengt hat, kam gestern vor der 145. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Wollner zur Verhandlung. Der Angeklagte erklärte, daß, als er den Artikel schrieb, er den Artikel des Privatklägers nicht mehr genau im Gedächtnis hatte. Sonst hätte er den Ausdruck „Lobpreiser des Königsmordes" als zuweitgehend erkannt und ihn vielleicht durch „Verteidiger des Königsmordes" ersetzt. Er habe auch lediglich auf den konkreten Fall in Serbien Bezug genommen und nicht etwa den Privatkläger im allgemeinen als Lobpreiser des Königsmordes hinstellen wollen. Die Absicht einer persönlichen Ehrenkränkung habe ihm ferngelegen, er habe sich durch den Artikel des Herrn Gaedke in seinen monarchischen und patriotischen Gefühlen verletzt gefühlt, und es sei sein gutes Recht als Redakteur, gegen einen Mann, den er für einen Schädling halte, vorzugehen. Der Privatkläger suchte darzulegen, daß es sich um eine beabsichtigte verleumderische Beleidigung, durch die er in der Achtung seiner Mitbürger herabgesetzt werden sollte, handele. Im übrigen sei die „Deutsche Tageszeitung" am wenigsten legitimiert, ihm solchen Vorwurf zu machen, denn dieselbe Zeitung habe in der Sonntagsbeilage vom 26. Mai 1907 einen Artikel unter der Ueberschrift „Volksrecht und Fürstenrecht" veröffentlicht, in welchem ausgeführt wurde, daß die Interessen des Volkes höher stehen als alle Interessen der Dynastie. — Der Angeklagte trat dem Privatkläger scharf entgegen. Er bleibe dabei, daß der Privatkläger als Verteidiger des Königsmordes in Serbien sich gezeigt und in seinem Artikel es offen gelassen habe, daß, wenn dieselben Verhältnisse, die in Serbien den Offizieren die sittliche Pflicht nahegelegt haben sollen, die Monarchie wegzuräumen, sich zeigten, auch anderswo dieselben Gewaltakte berechtigt wären. — Das Gericht kam zu der Ueberzeugung.

daß der Privatkläger in dem inkriminierten Artikel als ein Mann hingestellt werden sollte, der allgemein und prinzipiell ein Lobpreiser des Königsmordes sei. Der Artikel des Privatklägers, auf den sich diese Aeußerung beziehe, enthalte aber nimmermehr eine Verteidigung des Königsmordes, im Gegenteil betone darin der Kläger, daß er eine solche Tat an sich mißbillige. Ob es opportun war, daß Kläger als früherer Offizier die qu. Betrachtungen in seinem Artikel anstellte, mag dahingestellt bleiben. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Schwere der Beleidigung und die Tatsache, daß dem Angeklagten geglaubt wurde, daß er sich in seinen königstreuen Empfindungen verletzt fühlte und es sich um eine Beleidigung im politischen Kampfe handelt, verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten zu 660 M. Geldstrafe event. 60 Tage Gefängnis und sprach dem Kläger die Publikationsbefugnis zu.

Preisrichter und Künstler.

Vor der Strafkammer in **Köln** stand am Sonnabend der Maler Hans **Schwartz** aus Köln-Lindenthal wegen Beleidigung des Stadtverordneten **B. Berghausen**, des Oberbaurats **Halmhuber**, des Stadtbaurats **Heimann**, des Geheimrats **Romberg** und des Museumsdirektors Dr. **Creutz**, die zusammen ein **Preisgericht** gebildet hatten, als der Kölner Gewerbeverein ein **Plakat** im Wettbewerb ausschrieb, das auf die ständige Ausstellung in der Gewerbehalle der **Gewerbeförderungsanstalt für die Rheinprovinz** aufmerksam machen sollte. Auf dem Plakat mußte ein Text von nicht weniger als 756 Buchstaben untergebracht werden. Als erster Preis waren ganze 100, als zwei zweite Preise je 50 M. ausgesetzt. Das Ausschreiben rief wegen seiner **Schäbigkeit** einen Sturm unter den Kölner Architekten und sonstigen Künstlern hervor. Man kam überein, sich an dem Wettbewerb durch spöttische Entwürfe zu beteiligen, um den Preisrichtern zu Gemüte zu führen, daß ihre Beteiligung an dem Handel unwürdig sei und ihre Unfähigkeit dartue. Es liefen 41 Spottentwürfe ein, die **von den besten Kölner Künstlern** stammten, aber anonym eingesandt wurden. Die Preisrichter fühlten sich beleidigt und liefen zum Staatsanwalt. Dr. Creutz trat nachträglich vom Strafantrag zurück.

Die Vernehmung der **Sachverständigen** war vernichtend für die „Preisrichter" und Ausschreiber des Plakats. Freiherr **v. Persall** bezeichnete die Bilder als lustige Scherze und Ironien auf den Vorgang des Preisausschreibens, zwei seien etwas weitgehende Derbheiten. Direktor Otto **Schulze** von der Kunst- und Handwerkerschule in Elberfeld erblickt in den Bildern nur einen **scharfen Protest gegen die materielle Ausbeutung der Künstlerschaft**, einen Akt der Selbsthilfe; künstlerisch seien die Plakate so hochstehend, daß sie keine Beleidigung enthielten. Direktor Dr. **Poppelreuter** von der Kölner Gemäldegalerie (Wallraf-Richartz-Museum) erklärte ebenfalls, daß die Bilder auf den Grundton gestimmt seien: „Wir Künstler werden **ausgebeutet.**" Im ganzen Lande heiße es: Köln ist in der bildenden Kunst rückständig. Maler **Weißgerber**-München: Die Kölner Künstler hätten gegen die Absicht protestiert, **die Kunst zu prostituieren**; die gesamte Künstlerwelt Deutschlands stehe hinter ihnen.

Auf Grund dieser Gutachten kam das Gericht entgegen dem Antrage der **Staatsanwaltschaft**, die „im öffentlichen Interesse" gegen „Schwartz und Unbekannt" die Anklage erhoben hat, zur **Freisprechung**.

Wegen Sittlichkeitsvergehen

verurteilte die Strafkammer des Landgerichts III. gestern den Photographen Hermann Gottschalk zu 9 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte in einem Vororte eine Photographenbude und soll, wie von mehreren kleinen Mädchen bekundet wurde, diese in die Dunkelkammer gelockt und sie unsittlich berührt haben.

Die liebe Unschuld vom Lande.

Vor der Strafkammer in **Duisburg** gelangte am Sonnabend einer der zahlreichen Milchpantscherprozesse zur Verhandlung, die wohl überall an den Strafgerichten eine stehende Rubrik bilden, der aber in diesem Falle sowohl durch die Höhe der Strafe von den üblichen Nahrungsmittelfälscherprozessen absticht, als auch besonderes Interesse erweckt durch das Eingeständnis der Pantscher selbst und dadurch eine Schlußfolgerung zuläßt auf die Bewertung der städtischen Bevölkerung durch gewisse landwirtschaftliche Kreise. Angeklagt war eine ganze Familie, der **Landwirt Kaienberg**, dessen Ehefrau und deren 17jähriger Sohn. Die Familie Kaienberg liefert seit langen Jahren Milch nach Duisburg, namentlich auch sogenannte **Kindermilch**. Alle drei stehen nun unter der Anklage der **Pantscherei**, und zwar die Ehefrau als Hauptschuldige. Sie hat die Verwässerung besorgt, während der Ehemann und der erwachsene Sohn dies Gemisch als vollwertige Milch in den Handel gebracht haben, obwohl sie um die Pantscherei wußten. Während der Verhandlung gestand nun die ehrbare Landwirtin ein, daß sie die Wasserzusetzungen bereits seit etwa vier Jahren vorgenommen habe und es nicht anders kenne, da sie das so **von der Mutter und der Schwiegermutter gelernt habe!** — Demenisprechend fiel nun auch der Denkzettel aus. Die ländliche Naive erhielt **ein Monat Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe**, der Ehemann **zwei Wochen Gefängnis und 500 M. Geldstrafe** und der 17jährige Sohn, von dem das Gericht annahm, daß er unter dem Einflusse der Eltern gestanden habe, wurde mit **50 M. Geldstrafe** bedacht.

Zum Gesindeunrecht.

Vor dem Schöffengericht in Spandau stand am Freitag der Schankwirt Johann **Beyer** aus Neu-Seegefeld auf der Anklagebank, weil er im September d. J. sein Dienstmädchen Helene **Jurgeleit** geschlagen hatte. Gleichzeitig mit ihm mußte aber auch die Jurgeleit die Anklagebank betreten. Sie hatte vom Amtsvorsteher zu Falkenhagen ein **Strafmandat in Höhe von 15 M.** wegen unberechtigten **Verlassens** ihres Dienstes erhalten und hiergegen Einspruch erhoben. Die Sachen standen beide an einem Tage an und wurden vom Gericht zwecks gleichzeitiger Verhandlung verbunden. Der Angeklagte hatte das Mädchen auf ein Jahr gemietet. Dieser wurde aber die Arbeit zu schwer, auch bekam sie, wie sie sagte, nicht satt zu essen. Außerdem war sie im September d. J. schon im 5. Monat schwanger. Dies hatte sie dem Dienstherrn auch mitgeteilt. Eines Abends im Dezember d. J. verlangte Beyer und seine Frau von dem Mädchen, sie sollte um 8½ Uhr noch Küchenarbeit machen. Das Mädchen weigerte sich und es entstand ein Streit, in dessen Verlauf Beyer dem Mädchen mehrmals **mit der Hand ins Gesicht schlug und sie würgte. Er schloß dann die Küchentür zu.** Das Mädchen machte, um nur Ruhe zu haben, die Arbeit fertig. Anderen Tags ging sie zum Amtsvorsteher und teilte ihm mit, daß sie den Dienst verlasse, weil sie ihr Dienstherr geschlagen. Dieser gesetzeskundige Herr erwiderte dem Mädchen, daß sie den Dienst nicht verlassen dürfe, denn die Herrschaft habe das Recht, dem Dienstpersonal, wenn es die Herrschaft reizt, eine leichte Züchtigung zuteil werden zu lassen. (Die Jurgeleit teilte dem Gericht wenigstens mit, daß ihr der Amtsvorsteher diesen falschen Bescheid gegeben.) Das Mädchen ging aber nicht wieder zu dem humanen Dienstherrn zurück, stellte vielmehr gegen denselben Strafantrag. Vor Gericht **gab Beyer zu**, das Mädchen geschlagen zu haben, er meinte, er habe nach der Gesindeordnung hierzu ein **Recht!** Der **Vorsitzende** belehrte ihn allerdings dahin, daß nach Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Dienstherr kein Recht zum schlagen mehr habe. Das Gericht **verurteilte** den **Restaurateur Beyer**, der sich nicht scheute, ein Mädchen, welches im 5. Monat schwanger war, so zu schlagen, daß, wie das ärztliche Attest besagte, die Augen und Backe blau verfärbt waren, zu ganzen — **5 Mark** Geldstrafe. Das mißhandelte schwangere Mädchen aber wurde wegen Uebertretung gegen das Gesetz betreffend Verletzung der Dienstpflicht des Gesetzes vom 24. April 1854 zu — **10 Mark** Geldstrafe verurteilt. Von Rechts wegen.

Das Urteil widerspricht nicht nur dem Rechtsgefühl. Der schlagfertige Restaurateur hatte nach dem Gesetz eine weit höhere Strafe verwirkt. Das Dienstmädchen aber war freizusprechen, weil es das Bewußtsein nicht haben konnte, daß solch rohe Tat sie nicht zum Verlassen des Dienstes berechtige. Hoffentlich ruft das Mädchen die höheren Instanzen an.

Vermischtes.

Großfeuer in Köln.

Sonntag nachmittag brach einer Meldung aus Köln zufolge auf bisher unaufgeklärte Weise in der Modelltischlerei der Gasmotorenfabrik Deutz Feuer aus, das schnell um sich griff und das ganze Modellhaus einäscherte. Der andere Betrieb ist ungestört.

Seine Ehefrau erwürgt. Ueber die Tat eines Geisteskranken wird aus Ahrensdorf bei Fürstenwalde berichtet. Auf seinem Bauerngut erwürgte der 42 Jahre alte Landwirt Karl Lubisch seine gleichaltrige Frau. Er nahm sich dann selbst durch Erhängen das Leben. L. war vor acht Tagen aus der Irrenanstalt Herzberge, in der er längere Zeit interniert gewesen, als geheilt entlassen worden. Sobald er sein Gehöft betreten, kam der Irrsinn wieder bei ihm zum Ausbruch und es wurde infolgedessen die erneute Ueberführung nach der Anstalt angeordnet. Dies verzögerte sich jedoch von Tag zu Tag. L. hatte in Erfahrung gebracht, daß er wieder nach der Anstalt zurück sollte und er lebte in dem Wahne, daß ihn seine Frau nur los sein wolle. Es tauchte schließlich in dem Kranken der teuflische Plan auf, seine Frau ums Leben zu bringen. Am Sonnabendabend schlich er ihr auf den Trockenboden nach und während Frau L. Wäsche abhing, fiel der Ehemann über sie her und schlug sie zu Boden. Der Wahnsinnige erwürgte dann sein unglückliches Opfer. Neben der Leiche erhängte sich hierauf der Mörder an einem Wäschehaken.

Der entflogene Ballon. Aus Wiesbaden wird gemeldet: Bei einer am 12. d. M. von hier aus unternommenen Nachtfahrt wurde der Ballon „Mainz-Wiesbaden" im Nebel durch eine Bö auf die Erde geworfen, wobei beide Insassen, Hauptmann Eberhard und Herr Krautze aus Wiesbaden herausgeschleudert wurden. Beide Herren blieben unverletzt, der Ballon entflog jedoch in nordöstlicher Richtung; er wurde später bei Merkenfritz (Oberhessen) aufgefunden.

Unfall des Berlin-Kölner D-Zuges. Aus Bielefeld wird amtlich gemeldet: Am 13. d. M., morgens 4 Uhr 5 Minuten, entgleiste die vordere Laufachse der Lokomotive des D-Zuges 10 Berlin—Köln in Kilometer 134,0 zwischen Gütersloh und Rheda. Personen wurden nicht verletzt, Materialschaden ist nicht entstanden. Gleis Gütersloh—Rheda war etwa 2 Stunden gesperrt. Der Betrieb wurde eingleisig aufrecht erhalten. Die Reisenden des D-Zuges 10 wurden mit D-Zug 6, der auf der Unfallstelle hielt, weiter befördert. D-Zug 10 fuhr 180 Minuten Verspätung weiter. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht festgestellt.

Schiffszusammenstoß auf der Elbe. Wie eine Meldung aus Hamburg besagt, stieß der ausgehende deutsche Kohlendampfer „Shamrock" in der vergangenen Nacht auf der Elbe mit dem einkommenden englischen Kohlendampfer „St. Vincent" zusammen. Letzterer wurde schwer beschädigt auf den Strand gesetzt, während „Shamrock" sank.

Wie später gemeldet wird, ist der Dampfer „St. Vincent" gestern vormittag in den Hamburger Hafen eingelaufen.

Dynamitexplosion. Eine schwere Katastrophe wird aus Colon gemeldet: Durch eine Explosion von 40 Tonnen Dynamit wurden in Unter-Obiipo 10 Personen getötet und 50 verletzt. Die meisten der Opfer sind Spanier. Die Explosion wird auf eine zufällige Entzündung von Dynamit vor Beginn beabsichtigter Sprengarbeiten zurückgeführt. Infolge der Erschütterung explodierten noch weitere Ladungen, im ganzen 27 Tonnen Dynamit.

Einen rätselhaften Tod gefunden. Aus Grimsby wird vom gestrigen Tage berichtet: Der Dampfer „Ashton" meldete gestern abend bei seiner Ankunft, daß an Bord fünf russische Juden auf der Reise von Antwerpen in rätselhafter Weise gestorben seien. Die Todesfälle hätten sich sämtlich innerhalb eines Zeitraumes von 10 Minuten ereignet. Der Mageninhalt der Toten ist zur bakteriologischen Untersuchung nach London gesandt worden. Das Schiff verbleibt unter Quarantäne, bis das Ergebnis der Untersuchung feststeht.

Eingegangene Druckschriften.

In feierlich-greller Beleuchtung zeichnet ein tiefes Schwarz auf der Titelseite der Nummer 26 des **„Süddeutschen Postillon"** Chat noir im Donaueschinger Fürstenschlosse: Einer ist gefallen, der andere verschwindet eilig rechts um die Ecke, verhöhnt vom Freunde Hain. Bansalow gibt eine Satire auf den preußischen Landtag: „Unter Landratten" Diavolo eine solche auf unsere Gesellschaft: Sie hat recht. Das Schlußbild „Die Unverantwortlichen" kennzeichnet das grimme Unglück deutscher Diplomatie in vollem Umfange. — Aus dem Texte heben wir hervor: Proletarier-Weihnacht Gedicht von E. Kl. — Brief aus Sachsen. — Hurra! Hurra! Hurra! (Ged.) — Oesterreichs Jubel (Ged.) — Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben. Auch der bekannte Abderit läßt sich wieder einmal hören. Die Nummer kostet 10 Pfennig, sie bildet den Schluß des Jahrganges 1908.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Wiedererkennungszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen frage man in der Sprechstunde vor.

Wielandstr. 48. Schwerlich würde, wenn nicht besondere Umstände vorliegen, in dem von Ihnen mitgeteilten Fall Verurteilung wegen Beleidigung erfolgen. — **O. B. 3.** 1. Tauf- oder Konfirmationsschein. 2. Ja. 3. Nein. — **O. M. 36.** Schriftliche Form genügt. Beihilfe eines Anwalts ist nicht erforderlich, aber zweckmäßig. — **J. A. 100.** 1. Nein. 2. Weisen Sie auf das vom Gericht bewilligte Armenrecht hin. 3. Nein. — **D. 13.** Die Vereinbarung der 14tägigen Kündigungsfrist ist rechtsgültig. Wegen grober Beleidigungen kann ohne Einhaltung der Frist die Arbeit verlassen und Lohn für die 14 Tage eingeklagt werden. — **A. 204.** Der Wirt ist nicht verpflichtet, auf vorzeitige Aufhebung des Vertrages einzugehen. — **B. J. 17.** War in der Tat Feierabend geboten, so ist eine Freisprechung unwahrscheinlich. — **Rixdorf H.** 1. Nein. 2. Zunächst müssen Sie Sühnetermin beim Amtsgericht stellen. Fällt dieser fruchtlos aus, so müßten Sie durch einen Anwalt beim Landgericht Scheidungsklage erheben. 3. Etwa ein Jahr. 4. Ungefähr 100 M. — **F. P. 48.** Ja, aber es ist besser sich als freiwilliges Mitglied zu melden, weil sonst nach 3 Wochen die Leistungen aufhören. — **K. S. 32.** Der Kassenbeamte hat recht. — **H. N. 1000.** 1. Offenbacher Krankenkasse für Frauen, Prinzenstr. 66 bei Hinz, ist empfehlenswert. 2. Städtische Sparkasse. — **H. St. 22.** Sie können Ausstellung des Zeugnisses verlangen und falls der Restaurateur dasselbe verweigern sollte, auf Ausstellung beim Gewerbegericht klagen. — **W. B. 19.** Die Klage wäre nicht aussichtslos. Der Klage vorausgehen müßte aber die Aufforderung durch die Polizei, das Mädchen wieder in Dienst zu nehmen beziehungsweise ein Zeugnis der Polizei, daß ein dahin gerichteter Sühneversuch erfolglos war. Für die Klage ist das Amtsgericht zuständig. — **K. N. 47.** 1. Ja. 2. Die Klage dürfte kaum Aussicht auf Erfolg haben. 3. Die Utensilien würde R. dem B. soweit zur Verfügung zu stellen haben, als dieser derselben zur Verwendung in der Praxis bedarf. 4. Abwarten, der Vertrag ist so unklar und geschickt wie denkbar gemacht. Würde R. ausdrücklich zurücktreten, so könnten Schadensersatzansprüche gegen ihn erwachsen. — **M. M. 1.** Ja.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 13.12. cm	seit 12.12. cm¹)	Wasserstand	am 13.12. cm	seit 12.12. cm¹)
Memel, Tilsit	304⁴)	—19	Saale, Grochlitz	77	+4
Pregel, Insterburg	-22⁴)	+15	Havel, Spandau⁷)	59	—2
Weichsel, Thorn	44⁴)	+4	„ Rathenow⁸)	50	+9
Oder, Ratibor	78	+1	Spree, Spremberg⁹)	72	0
„ Krossen	75	+2	„ Beeskow	74	0
„ Frankfurt	84⁴)	+2	Weser, Münden	—44	+43
Warthe, Schrimm	10	+6	„ Minden	—14	+8
„ Landsberg	16⁴)	—2	Rhein, Maximiliansau	331	+18
Netze, Vordamm	0	—16	„ Kaub	112	+7
Elbe, Leitmeritz	—78	—19	„ Köln	95	+14
„ Dresden	—191	—4	Neckar, Heilbronn	41	+6
„ Barby	35	—1	Main, Wertheim	121	+8
„ Magdeburg	50	—8	Mosel, Trier	144	+23

¹) + bedeutet Wachs. — Fall. — ⁴) Unterpegel. — ⁷) Eisstand. — ⁸) Grundeistreiben. — ⁹) Eistreiben in ein bis zwei Drittel Strombreite. — ⁴) schwaches Grundeis.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 15. Dezember.
Anfang 7½ Uhr.

Königliches Opernhaus. Der Barbier von Bagdad. Versiegelt.
Königliches Schauspielhaus. Zopf und Schwert.

Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Das Wintermärchen.
Kammerspiele. Elektra.
Hebbel. Thummelumsen.
Lessing. Gespenster.
Berliner. Der Veilchenfresser.
Neues Schauspielhaus. Rabagas.
Komische Oper. Zaza.
Neues. Israel.
Kleines. Moral.
Residenz. Kümmere dich um Amelie.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Richter von Zalamea.
Schiller Charlottenburg. Vater und Sohn.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Madame Bonivard.
Westen. Der fidele Bauer.
Thalia. Immer oben auf.
Luisen. Die Kinder des Kapitän Grant.
Bernhard Rose. Wilhelm Tell.
Wilhelm-Theater. Die Schöpfung.
Lustspielhaus. Madame Flirt.
Trianon. Die Liebe wacht.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Havana. Anfang 8½ Uhr.
Gastspiel-Theater. Demimonde. Anfang 8½ Uhr.
Bürgert. Schauspielhaus. Die Jüdin von Toledo. Anf. 8½ Uhr.
Gebrüder Herrnfeld. Die beiden Bindebands. Vorher: Intern. Künstler-Teil.
Apollo. Mizi Gizi. Siegwart Gentes.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Kasino. Die Diamabäder. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Servus Pischetsrieder. Lustige Ehemann.
Gustav Behrens. Der Obersteiger. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Parodie. 2×3=7. Die Zauberflöte. Anfang 8½ Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Israel. Morgen und folgende Tage: Israel.

Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Moral.

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater.) Dienstag, abends 8 Uhr: Der Richter von Zalamea. Schauisp. in 3 Aufzügen von Calderon de la Barca. Deutsch v. Wilbrandt. Mittwoch, abends 8 Uhr: Der schwarze Kavalier. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Graf von Charolais.
Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr: Vater und Sohn. Komödie in 3 Akten von Gustav Esmann. Mittwoch, abends 8 Uhr: Vater und Sohn. Donnerstag, abends 8 Uhr: Vater und Sohn.

Theater des Westens. Allabendlich 8 Uhr: Der fidele Bauer. Mittw., Sonnab. 4 Uhr: Dornröschen.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Dienstag, 15. Dez., Anfang 8 Uhr: Madame Bonivard. Mittwoch: Seine Hoheit. Donnerstag: Irmingard. Freitag: Madame Bonivard.

Hebbel-Theater Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Thummelumsen.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Madame Flirt.

Gastspiel-Theater Köpenicker Straße 68. 8½ Uhr: Gastspiel Hedwig Lange. Demimonde.

Residenz-Theater. — Direktion: Richard Alexander. — Täglich abends 8 Uhr: „Kümmere Dich um Amelie". Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.

Apollo Theater. Abends 8 Uhr: Eine lustige Spreefahrt. Musik von Paul Lincke. 9.¹⁰ Mizi Gizi. 10 Uhr: Brothers Schenk. 10.¹⁵ Siegw. Gentes u. die übrigen Dezember-Attraktionen. Mittwoch 3½ Uhr: Frau Holle.

Berliner Eis-Palast. Ständige Eisbahn. Bis 1 Uhr nachts geöffnet. Großes Konzert. Auftreten des Schlittschuhkönig im Kunstlaufen Karl Aaman.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.

Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Der Veilchenfresser. Morgen: Der Veilchenfresser.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Die Kinder des Kapitän Grant. Mittwoch, Donnerstag, Freitag: Die Kinder des Kapitän Grant. Sonnabend 4 Uhr Premiere: Der Rattenfänger von Hameln. Abends: Die Kinder des Kapitän Grant. Sonntag nachm. 3 Uhr: Ausgewiesen. Abends: Die Kinder des Kapitän Grant. Montag: Die Kinder des Kapitän Grant.

Bernhard Rose Theater. Gr. Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: Wilhelm Tell. Wochentagspreise. Mittwoch nachm. 3 Uhr Schülervorst.: Wilhelm Tell. Abends: Die Entgleisten.

XIV. Saison! **Zirkus Busch.** Dienstag, den 15. Dezember, abends präz. 7½ Uhr: Gala-Abend. Debut! Debut! Debut! ? Das Moto Baby! ? Um ca. 9 Uhr: Ziel Bambonla, das vielumstrittene Naturwunder aus Paris. Inas Truppe! John Higgins! Ferner: Frl. Martha Mohnke, Schulreiterin. Hr. Ernst Schumann m. d. neuesten Dressuren. Gerard u. Fontana Fourreaux u. Manetti, Reitkünstler. — Um 9¼ Uhr: Barbarossa!!

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Dienstag, den 15. Dezember: Frieden auf Erden. Lebensbild mit Gesang in 8 Akten von Hugo Scholz. Musik von Albert Kersten.

Zirkus Schumann.

Heute Dienstag, den 15. d. Mts.:
Um 9¼ Uhr: **Das Beste vom Besten**

Golo, der Seeräuber und Mädchenhändler,

die gegenwärtig größte u. beste **Pracht-Ausstattungs-pantomime.** Besonders hervorzuheben:

Der Riesen-Wasserfall

zum Füllen der Gräben, welche die Burg Golos umgeben, und **Salomes Opfertanz.** Vorher: **Das Sensations-Programm.**

Brauerei Friedrichshain.

Am 1., 2. u. 3. Weihnachts-Feiertage:

Große Matinee-Konzerte

von

Johann Strauß aus **Wien**

mit der gesamten Kapelle **(50 Künstler).**
Billetts zu ermäßigten Preisen (40 u. 60 Pf.) im Vorverkauf bei der Expedition des „Vorwärts", Herrn Zucht, Immanuelkirchstr. 12.

Grand-Hotel-Festsäle

Am Alexanderplatz. — **B. Johmlich.**
Jeden Sonntag und Dienstag: [2161b*

Hamburger Sänger.

Anfang Sonntags 6½ Uhr, wochentags 8 Uhr. Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

WINTERGARTEN

Otto Reutter

Der lachende Politiker

und das

neue interessante Programm.

ENTREE M.1 RESERV. PLATZ M2 einschliessl. Garderobe u. Programm

---

Passage-Theater.

Jeden Abend
8 Uhr:

Bozena Bradsky

und das großartige Dezember-Programm.

Passage-Panoptikum.

Die gr. Weihnachtsvorstellungen:
Ein Stündchen im Himmelreich
mit den großen Tableaus:
Petrus am Himmelstore
Lasset die Kindlein zu mir kommen
etc.
Die phänom. Illusions-Feerie:
Die singenden Engelsköpfchen.
Alles ohne Extra-Entree!
Lebend! Lebend!
Das Bärenweib,
halb Weib — halb Bär.
Ohne Extra-Entree!

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Otto. Brunnenstr. 16.

Die Schule der Liebe

oder: **Familie Friedlich.**
Weihnachts-Volksstück mit Gesang.
Anfang 8½ Uhr. Entree **30** Pf.
Sonnabend, 19. Dez. große Extra-Vorstellung! Einmalige Aufführung: **Die Rose von Avignon.**

Bürgerliches Schauspielhaus

Kastanien-Allee 7—9.
Im Abonnement.

Die Jüdin von Toledo.

Trauerspiel in 5 Akten v. Grillparzer.
Anfang 8¼ Uhr.
Morgen: **Die Herren Söhne.**
Sonnabend 4 Uhr: **Aschenbrödel.**

Folies Caprice

Anfang 8¼ Uhr.

Servus Pschesina!

Bunter Teil.

Ein lediger Ehemann.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72.
Gänzlich neues Programm!!!!
Franz Sobanski.
Les Mandros, Gebr. Weiß, E. Charton, Grete Reimann, Mstr. Rex, Mstr. Giron.
Leute von heute.
Berl. Lebensbild mit Gesang in 3 Akt. Mittw., Sonnab., Sonnt. u. d. 1. Tag. 16. Dezemb. bis z. Weihnachtsvorstellg.

Metropol-Theater

Unter persönl. Leitung d. Komponisten Paul Lincke.
Zum **100.** Male:

Donnerwetter—tadellos!

Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20. Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr:
Dezember-Spezialitäten.
Im Tunnel Regimentskapellen rc.
Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Zum Schluß **neu:**
Der Kompagnie-Ball
Militärische Humoreske von **Meysel.**
Anfang wochentags **8** Uhr, Sonnt. 7 U.

Gustav Behrens-Theater, Goltzstr. 9.

Der Obersteiger

oder:

Bergmanns Freud und Leid.

Charakterbild aus der Neuzeit.
Fried. I, Obersteiger: Dir. G. Behrens.
Mr. **Henry: Das Wunder der Hunde-Dressur.**
Außerdem das
Elite-Dezember-Programm.
Anfang 8½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Gebrüder

Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Herrnfelds größter Schlager:

Die beiden Bindelbands.

Vorher:
Der neue Künnstler-Teil.

An allen 3 Weihnachtstagen

abends **8** Uhr:

Die beiden Bindelbands.

Nachm. 4 Uhr, bei halben Preisen:
1. Feiertag (Freitag):
Endlich allein!
2. Feiertag (Sonnabend):
Hausierer Jockele.
3. Feiertag (Sonntag):
Die letzte Ehre.
Hierzu nachmittags u. abends
Der neue **Künstler-Teil.**
Billetts für die Weihnachtstage und

Silvester-Vorstellung und Feier

sind ab heute schon zu haben.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
8 Uhr: **Corradini** usw. usw.
Das weltberühmte **Bergère-Quartett.**
9½ Uhr: Jubelnder Lacherfolg!
„Die Dianabäder".
Donnerstag, 17. Dez.: **Wohltätigkeits-Vorstellung.**

Sanssouci,

Kottbuser Straße 6.
Direktion **Wilhelm Reimer.**
Nächsten Donnerstag:
Letzte Vorstellung vor Weihnachten.

Hoffmanns Norddeutsch. Sänger
und **Tanzkränzchen.**
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Täglich 8 Uhr:
Das sensationelle Progr.
u. a.:
Lona Revél, plastische Posen.
Dolorita, span. Tänzerin.
Clerson u. Georgi,
akrobatischer Akt.
Werthers Leiden, Burleske.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—1 Uhr. Familienkarten, wochentags halbe Preise, überall gratis!

Stolas,

Kolliers, Krawatten, Muffen, Herren- u. Kinder-Garnituren, Pelzjacken, Pelze, garnierte Pelzhüte, Barette, Pelzdecken, nur eigenes Fabrikat, in größter Auswahl, **aus bestem Material.** Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.

Kein Laden!
Sonntags geöffnet.

F. Kalman, Kürschnermstr.
Kommandantenstr. 15, Tel.: I, 3917, gegenüber Beuthstr., vorn 1 Tr.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

Calmons Hansa

nach neuem Verfahrer aus feinstem Gummi hergestellte

Gummischuhe

Einheitspreis
für Damen M. 3.50
für Herren M. 4.50

sind leicht und schmiegsam und besonders **widerstandsfähig**
Fordern Sie **neues** Musterbuch

SALAMANDER

Schuhges. m. b. H. Berlin

Zentrale: W. 8. Friedrichstr. 182
C. Königstr. 47
SW. Friedrichstr 221
C. Rosenthalerstr. 1
W Potsdamerstr. 5
NW. Wilsnackerstr. Ecke Turmstr. 9
W. Tauentzienstr. 15

In einigen Tagen erscheint

Ein Kleines Heldengedicht

von Herman Gorter

mit 4 Reproductionen nach Wandgemälden von Richard Roland Holst aus dem Gewerkschaftshause der Diamantarbeiter in Amsterdam.
Brochiert Mrk 1.25. Gebunden in rotem Leder Mrk 2.—.

Das proletarische Epos des holländischen social-demokratischen Dichters wird in deutscher Uebersetzung den Genossen gerade so willkommen sein wie das ursprüngliche Gedicht den Holländischen.

Ein schöneres Weihnachtsgeschenk lässt sich kaum denken

Maas & Van Suchtelen — Leipzig.

5253L*

Erprobt und bewährt!

Spiritus-Glühlicht-

Lampen u. Brenner

Spiritus-Zentrale G. m. b. H.

Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Kein Kaufzwang! — Preisliste kostenlos!

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Berlin. Bezirk 16.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied

Wilhelm Knopf

am 12. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 15. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, aus statt.
253/12 **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die Beweise der innigen Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sagen wir allen Verwandten und Freunden, besonders dem Gesangverein „Vereinte Sangesbrüder Moabit", den Kollegen vom Werkzeugbau, Turbinenfabrik der Firma Bartsch u. Weber, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und der Zentral-Krankenunterstützungskasse der Schmiede unsern herzlichsten Dank. 164b

Witwe Nagel und Söhne.

Pelzwaren!!!

119 **Eile zu Weile** **119**
Dresdener Straße
Eckhaus Oranienplatz.
Hochbahn Kottbuser Tor.
Eigene Kürschnerei.

Sonntags geöffnet.

Echt Skunksstola
von 25.— M. an
Ohne Konkurrenz

Echt Nerz-Stola
von 40.— M. an
Neueste Moden!

Echt Nerzmurmel-Stola
von 18.— M. an
Schlager d. Sais.

Echt Tibet-Stola
von 7.50 M. an
Riesenhafte Auswahl!

Prima Felle
in all. Fellarten stets auf Lager.

Reparaturen
und
Umarbeitungen
schnell, gut, billig

Hervorragend billige Preise.

Schutzmarke

Unsere echten Biere sind überall zu haben.
In Flaschen à 10 Pf.
In Kannen u. Syphons Ltr. 35 Pf.
Wo nicht, dann direkt durch uns
NO. 18. Tel. VII, 1070, 2088, 8128.

BÖHMISCHES BRAUHAUS

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige 15838

Herren-Garderoben

Ersatz für Maß.
Anfertigung nach Maass.
Schnelle Ausführung.

Julius Fabian,
Schneidermeister.
Gr. Frankfurterstr. 37, II
Eingang Gärtnerstraße Platz.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Nachruf.

Am 7. Dezember verstarb unser Mitglied, der Kellner

Joseph Rother

und wurde am 10. d. M. beerdigt.
Ehre seinem Andenken!
213/20 **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Köpenicker Viertel. Bezirk 190.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maurer

Wilhelm Schulz

(Manteuffelstr. 27)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittag **2** Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Britz aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
223/7 **Der Vorstand.**

Am Sonnabend, den 12. d. M., nachmittags 2½ Uhr, verstarb nach kurzem, schwerem Krankenlager unser langjähriger Beamter Herr

Paul Meyer

im 59. Lebensjahre.
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen pünktlichen und gewissenhaften Beamten, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Prinzen-Allee, aus statt.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Maschinenbauarbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin.
Franz Schuldt. 165b

Am Sonnabend, den 12. Dezember, verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit unser langjähriger Kollege 166b

Paul Meyer

im 59. Lebensjahre.
Der Verstorbene war immer ein aufrichtiger und entgegenkommender Kollege, und werden wir sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Beamten der Ortskrankenkasse der Maschinenbauarbeiter u. verwandten Gewerbe zu Berlin.

Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindrucker u. Lithographen.

Die Beerdigung des am 11. Dezember verstorbenen Mitgliedes, Herrn

Paul Gronwaldt

findet statt am Dienstag, den 15. Dezember, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten St. Georgen-Kirchhofes am Königstor.
167b **Das Komitee.**

Zentral-Verband der Steinsetzer (Pflasterer)
und Berufsgenossen Deutschlands.
Groß-Berlin
(Unterbezirk Norden).

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Ehrenmitglied, der Steinsetzer

Julius Dräger

verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 15. Dezember, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle der Friedens-Gemeinde in Nieder-Schönhausen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
170/3 **Der Vorstand.**

Gesang-Verein Vereinte Sangesbrüder Moabit.
M. d. A.-S.-B.

Nachruf.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied

Hermann Nagel

nach fünftägigem Krankenlager am 9. Dezember verstorben und am 13. beerdigt ist.
Ehre seinem Andenken!
68/20 **Der Vorstand.**

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

2. Wahlkreis. In dieser Woche findet im unteren Saale von Rabe, Fichtestr. 29, eine Bücherausstellung, bestehend in Jugendschriften, sozialistischer Literatur, Klassiker, Spiele usw. statt. Der Eintritt ist für jedermann frei. Die Ausstellung ist geöffnet von 2—9 Uhr. Genossen, Freunde und deren Angehörige werden gebeten, diese Ausstellung in Augenschein zu nehmen. Die Frauen werden ganz besonders darauf aufmerksam gemacht.

Der Vorstand.

Charlottenburg. Heute abend 8½ Uhr findet im großen Saale des Volkshauses die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Ein Vortrag des Genossen Fritz Kunert-Berlin: „Zwei Lebensfragen der deutschen Politik in der Gegenwart“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Wilmersdorf. In denjenigen Bezirken, wo das allgemeine Flugblatt am Sonntag noch nicht verteilt worden ist, erfolgt die Verbreitung Donnerstagabend 8 Uhr.

Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, finden zwei Volksversammlungen statt, und zwar in Paul Schwarzes Konzertgarten, Dorfstraße, und für Lichtenberg-Ost im „Prälaten“, Eitelstraße 72. Auf der Tagesordnung stehen die Fragen der Kommunalpolitik des Ortes.

Stralau. Heute abend 8 Uhr findet in den Markgrafensälen, Markgrafendamm 34, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: „Kirche, Schule, Staat“. Referent: Genosse Paul Göhre. Die Geistlichkeit und Lehrerschaft sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

Britz—Buckow. Heute abend ½9 Uhr findet bei Weniger die Vereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen M. Grunwald über: „Die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Friedenau. Heute abend 8 Uhr findet im „Rheinschloß“, Rheinstraße 60 die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Genossen Ahrens über unsere Sozialgesetzgebung. Auch ersuchen wir zwecks Jahresabschlusses die aus der Bibliothek entliehenen Bücher zurückzuerstatten.

Der Vorstand.

Friedrichshagen. Morgen Mittwoch, den 16. Dezember, abends 8½ Uhr, im Saale der Witwe Lerche, Rundteil: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. (An Stelle des verhinderten Direktors Pauli) Vortrag des Genossen Störmer über: „Kirche und Staat“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten (unter anderem Bericht des Bildungsausschusses). 4. Verschiedenes und Fragekästen. Der Vorstand.

Tegel. Die Mitglieder werden auf die heute abend pünktlich 8½ Uhr in Jul. Klippensteins Lokal, Spandauerstraße 4 stattfindende Mitgliederversammlung hingewiesen. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Adolf Ritter über „Die Arbeiter und das Genossenschaftswesen.“

Die Broschüre: „Das persönliche Regiment vor dem Reichstage“ gelangt an die Mitglieder zur Verteilung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der silberne Sonntag

soll nach den Bekundungen der meisten Geschäftsleute nicht den schon so wie so ziemlich niedrig geschraubten Erwartungen der Geschäftswelt entsprochen haben. Die ganze Weihnachtskonjunktur leidet sichtlich unter dem unheilvollen Druck der Krise. Auf den Plätzen Berlins mit den aufgeschlagenen Verkaufsbuden bewegte sich zwar eine buntgewürfelte Menge Schaulustiger, die aber meist den Daumen fest auf den Geldbeutel drückten, sofern dies überhaupt notwendig war.

Der Belleallianceplatz ist förmlich in ein großes Warenlager umgewandelt. Scharen von Kindern umlagern die Warenstände und auch die Erwachsenen wandern von einem Zelt zum andern. „Warme Wiener“ mit Schrippen, und das ganze von einem gewaltigen Klecks Mostrich gekrönt, werden feilgeboten. Mundharmonikabläser entlocken den kleinen Instrumenten schmachtende Weisen und wuchtige Märsche, um für ihre Waren Reklame zu machen. Geht man über die Brücke, so fühlt man sich beinahe in die Siegesallee versetzt. Rechts haben jugendliche Italianos ihre Gipsfiguren aufgestellt und sprechen jeden Vorübergehenden an: O Madame, o mein Herr! Schöne Figurri, kaufe Sie berühmte „Venus von Milo“. Sie setzen immerhin einige ihrer Erzeugnisse ab, während der Mann nebenan mit seinen abziehbaren Bildern vergeblich mit müder Stimme das Publikum für seine Sachen zu interessieren sucht. Mehr Glück hat die Frau, die nach Art der kämpfenden Hähne zwei Franzosen fechten läßt, und es sieht ulkig aus, wenn die beiden mit gezückten Schwertern und fürchterlichem Kampfesmut aufeinander losstürzen.

Abseits liegen die Tannenbäume noch fest zusammengepackt. Bald werden sie, mit brennenden Lichtern und allerlei glitzerndem und buntem Schmuck ausgeputzt, in manchem Familienkreise auf kurze Zeit Glück und Freude verbreiten. In vielen ärmlichen Stuben aber wird die Weihnachtstanne, wenn sie Eingang findet, Mühe haben, ein schwaches Lächeln auf die sorgenvollen, vergrämten Gesichter der Bewohner zu zaubern. Die schönste Weihnachtsstimmung kann das graue Gespenst der Sorge nicht von der Schwelle bannen.

Erhöhte städtische Subventionen.

Der Berliner Magistrat hat bei den Etatsberatungen beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, die Beiträge für eine größere Zahl von Vereinen mit Rücksicht auf ihren gemeinnützigen Zweck zu erhöhen. Unter anderem soll der Berliner Hauptverein für Knabenhandarbeit im nächsten Jahre statt 3000 M. nunmehr 5000 M. erhalten, der Verein für das Wohl der aus der Schule entlassenen Jugend statt 6000 M. nunmehr 10 000 M., der Verein zur Förderung der Blumenpflege in den Schulen 200 M., die Lessing-Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft zu gunsten der Lessing-Hochschule 1000 M., die Literatur-Archivgesellschaft zu Berlin 100 M., das Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz 500 M., der Verein zur Beförderung der Kleinkinderbewahranstalten 10 000 M. (bisher 8000 M.), der Verein der Goßnerschen Kleinkinderbewahranstalten 1500 M. statt bisher 1000 M., der Oberlin Ortsverein für die Stadt Berlin zugunsten seiner Kleinkinderschulen und Krippen 1000 M., der Berliner Krippen-Verein 3000 M. statt bisher 2500 M., der Hauptverein Kinderhort 12 000 M. statt bisher 10 000 M., der Verein Mädchenhort 7000 M. (bisher 6000 M.), das Luisenstift zu Berlin 1000 M., der Verein zur Speisung armer Kinder und Notleidender 5000 M., bisher 4000 M., der Verein zur Unterkunft für hilfsbedürftige Wöchnerinnen und deren Säuglinge 1500 M. (bisher 1000 M.), der Verein Wöchnerinnenheim 8000 M. bisher 5000 M.), der Verein für Verpflegung und Unterstützung armer Wöchnerinnen 1500 M. (bisher 1000 M.), der Evangelisch-kirchliche Hilfsverein (Zweigverein Berlin zugunsten seiner Stationen für häusliche Krankenpflege 8000 M. (bisher 7000 M.), die Diakonissenanstalt in Borsigwalde 100 M., der Verein Säuglingskrankenhaus Berin 1500 (statt bisher 1000 M.), der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten 200 M., die Zentrale für private Fürsorge 2000 M., der Verein der Berliner Arbeiterkolonie 1500 M. (statt bisher 1000 M.), der Verein zur Besserung der Strafgefangenen 5000 M. (statt bisher 4000 M.), der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger 200 M., der gemeinnützige Verein für Rechtsauskunft in Groß-Berlin 5000 M., der Verein Arbeiterinnenwohl 5000 M., der Berliner Waldschutzverein 3000 M., der Deutsche Verein für Wohnungsreform 60 M., der Königin-Augusta-Stiftung für die Berliner Feuerwehr (außerordentlich) 3840 M., der Berliner Tonkünstler-Verein zugunsten der Musikalischen Volksbibliothek 500 M., der Zentralvorstand des Oberlin-Vereins: 3000 M. und der Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholgenusses 300 M.

Es fällt unliebsam auf, daß unter den Vereinen und Instituten, denen erhöhte Subventionen zugewendet werden, der Asylverein für Obdachlose fehlt, dem sicher eine erhöhte Zuwendung sehr not tut. Der Magistrat könnte das gemeinnützige Wirken des Instituts gar nicht besser anerkennen, wenn er anläßlich des 40jährigen Jubiläums in der angeregten Weise verführe.

Aus der städtischen Krankenhausverwaltung.

Ein Schmerzenskind der städtischen Verwaltung sind die Krankenhäuser. Trotz alles vorgeblich vorhandenen Wohlwollens kann man es niemandem recht machen. Unzufriedenheit herrscht überall. Wunderbarerweise „hetzt“ aber nicht nur die sozialdemokratische Presse, sondern auch bürgerlichen Organen wird das nachgesagt. Kaum hat sich der Sturm anläßlich der Fleischvergiftungen im Rudolf-Virchow-Krankenhause gelegt, bringt die „Tägliche Rundschau“ in Nr. 565 vom 2. Dezember einen gepfefferten Artikel über die städtischen Krankenschwestern. Nach diesem Artikel sollen die Schwestern äußerst lange arbeiten müssen, mit untergeordneten Arbeiten, als Scheuern, Putzen und dergleichen gewöhnlichen Arbeiten übermäßig belastet werden. Dienstzeiten von 6 Uhr früh mit 1½stündiger Pause bis abends ½8 Uhr sollen bestehen; es gäbe nur zweimal in der Woche Urlaub von 8—10 Uhr und außerdem einen freien Nachmittag, welcher aber auch um 10 Uhr abends beendet sein müsse. Einen freien Sonntag gäbe es überhaupt nicht. Der Nachtdienst dauere von 8 Uhr abends bis 9 Uhr früh ohne Ruhetag in 14 Tagen usw. Außerdem hätten die Schwestern im ersten Jahre noch Kurse mitzumachen, welche schriftliche Arbeiten erforderten. Diese letzteren nähmen noch die etwa vorhandene freie Zeit in Anspruch. Darob zunächst große Entrüstung in der Deputation über die „Uebertreibungen“. Schließlich ging aber doch aus den Berichten der ärztlichen Direktoren hervor, daß tatsächlich schwere Mißstände vorhanden sind. Die ungerechte Ausdehnung des Nachtdienstes mußte zugegeben werden, sie wurde mit dem üblichen Mangel an Personal entschuldigt. Größere Freiheiten könnten aber den Schwestern nicht eingeräumt werden, weil die Kranken darunter leiden müßten. So wurde von autoritativer ärztlicher Seite die Freigabe eines Sonntags im Monat für unmöglich erklärt, da sonst die Schwestern nicht frisch genug zum Dienst kommen würden. Der Arzt müsse ja auch Sonntags arbeiten. Von sozialdemokratischer und auch von bürgerlicher Seite wurde diesen Ausführungen entgegengetreten. Der freie Sonntag und die damit verbundene Erholung würde gerade für die Schwestern Erfrischung bedeuten und sie für ihren schweren Dienst kräftigen. Die Deputation beschloß, beim Magistrat dahin zu wirken, daß der Nachtdienst auf die Stunden von 8 bis 6 Uhr beschränkt bleiben und die Schülerinnen zu demselben nicht herangezogen werden sollen. Auch die Freigabe eines Sonntags im Monat soll erwirkt werden. Der Etat der Krankenhäuser war bereits in früheren Sitzungen beraten worden. Von einer größeren Reform der Löhne des Personals ist natürlich keine Rede. Von dem berühmten warmen Herzen für die Arbeiter und Angestellten hat man nicht viel gemerkt. Die diesmaligen Vorschläge der Deputation bleiben weit hinter denjenigen von 1907 zurück. Von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Deputation wurden die Anträge wieder eingebracht, welche schon im Laufe des Jahres die Stadtverordnetenversammlung beschäftigten. Man bereitete ihnen ein schnelles Begräbnis. Die Anträge, das Personal außerhalb der Anstalt wohnen zu lassen, wurde für unannehmbar erklärt. Ebenso wurde eine allgemeine Erhöhung der Löhne im Hinblick auf die Haltung des Magistrats in der Frage abgelehnt. Nach den Deputationsbeschlüssen sollen nur die Anfangslöhne der Wärterinnen um 5 M., die der Wirtschafterinnen, Oberköchinnen usw. um 10 M. erhöht werden, ebenso die der Köchinnen um 5 M. Auch die ständigen Handwerker sollen um 10 M. im Anfangsgehalt steigen. Die Löhne des Maschinen- und Heizerpersonals sollen sogar beim Anfangsgehalt um 5 M. herabgesetzt werden. Der Skala der Oberwärter sollen noch zwei Stufen hinzugefügt werden. Das Endgehalt erhöht sich dadurch um 10 M. Oberwärterinnen sollen das Endgehalt von 56 M. künftig schon nach 4 Jahren erhalten, bisher 55 M. nach 9 Jahren. Pförtner sollen in 8 Jahren auf 145 M. kommen statt wie bisher in 9 Jahren auf 120 M. Wirtschafterinnen in 7 Jahren auf 110 M., bisher in 12 Jahren auf 95 M. Hausdiener in 10 Jahren auf 70 M., bisher in 9 Jahren auf 65 M. Köchinnen in 5 Jahren auf 70 M., bisher in 6 Jahren auf 60 M. Auch das Endgehalt der Stationsmädchen soll 44 M. statt wie bisher 35 M. betragen. Küchen- und Hausmädchen sollen nach 7 Jahren 44 M. statt wie bisher nach 4 Jahren 30 M. erhalten. Maschinisten usw. nach 10 Jahren ein Endgehalt von 180 M. statt wie bisher nach 12 Jahren 155 M. Den ständigen Handwerkern soll das Endgehalt nach 12 Jahren auf 165 M., bisher nach 9 Jahren 132,50 M., erhöht werden. Ebenso soll beim Maschinen- und Heizpersonal das Endgehalt in 12 Jahren 165 M. statt wie bisher in 9 Jahren 127,50 M. betragen. Geringe Verbesserungen, welche die damit Bedachten nicht zufrieden stellen können und von denen man noch nicht einmal weiß, ob sie vor dem Magistrat Gnade finden.

Vervollkommnung des Berliner Feuerlöschwesens. Nachdem sich herausgestellt hat, daß die in der Schönlanker Straße befindliche Feuerwache, die nur mit elektrischen Automobilen versehen ist, einen wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiete des Feuerlöschwesens darstellt, sollen demnächst mit dem Umbau von zwei alten Wachen Automobillöschzüge eingeführt werden. In Betracht kommen hierbei die Wachen in der Oderberger und Memeler Straße. Es sollen nach und nach sämtliche Wachen umgebaut werden. Des weiteren will der Branddirektor bei den städtischen Behörden die Errichtung von drei neuen Wachen beantragen, und zwar eine an der Brenzlauer Allee, Ecke Carmen-Sylvastraße, die zweite an der Sylter Straße nahe der Seestraße, die dritte an der Christiania Straße, zwischen der Stockholmer Straße und Prinzen-Allee. Hier stehen überall städtische Gelände zur Verfügung. Die Verwaltung des Feuerlöschwesens hat, da die Gelände zum Teil unbebaut sind, bei der Auswahl Vorsicht walten lassen. Auch der Berliner Schulverwaltung wäre eine solche Vorsicht anzuempfehlen; sie kommt bekanntlich erst immer, wenn die Terrains bereits aufgeteilt sind, um dann die Schulen in die äußersten Winkel zu verlegen.

Mehr Sonntagsruhe für den Kleinhandel in Berlin!

Die Forderung, dem Kleinhandel noch mehr Sonntagsruhe als bisher zu schaffen, ist allmählich auch in den Kreisen der Ladeninhaber immer mehr als eine vernünftige anerkannt worden. Das Geschrei über die Beschränkung der Verkaufszeit an Sonntagen ist längst verstummt, und viele Ladeninhaber sind bereits zu der Einsicht gelangt, daß nicht nur ihre Angestellten, sondern auch sie selber ganz gut mehr Sonntagsruhe vertragen könnten. Für Berlin wird jetzt die Frage aufs neue in Fluß gebracht. Soeben hat der Magistrat den Stadtverordneten eine Vorlage zugehen lassen, betreffend die Bewilligung von Mitteln zur Veranstaltung einer Umfrage darüber, ob und wieweit die Kleinhändler selber nach einer erneuten Beschränkung der Verkaufszeit an Sonntagen verlangen. Organisationen von Handlungsgehilfen sowie der beim Kaufmannsgericht bestehende Ausschuß für Gutachten und Anträge hatten es für wünschenswert erklärt, auch im Kleinhandel eine weitere Verkürzung der Sonntagsarbeit eintreten zu lassen. Die Gewerbedeputation beantragte dann, bei den beteiligten Kleinhändlern Erhebungen darüber vorzunehmen, ob auch sie hiermit einverstanden seien und eventuell für welche Zeit. Der Magistrat beschloß Veranstaltung der beantragten Umfrage, doch hob er hinterher seinen Beschluß wieder auf, weil sich inzwischen Gelegenheit gefunden hatte, die Ungeduldigen damit zu vertrösten, daß ja eine gesetzliche Neuregelung der Sonntagsarbeit in Aussicht stehe. Als sich bald genug zeigte, daß es mit der erwarteten Neuregelung vorläufig nichts sei, kam eine erneut mahnende Eingabe des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, und nun beschloß der Magistrat, die Angelegenheit gemäß jenem Antrage der Gewerbedeputation wieder aufzunehmen. Die Umfrage soll in der Weise ausgeführt werden, daß den beteiligten Kleinhändlern, deren Zahl vom Statistischen Amt auf ungefähr 42 000 geschätzt wird, Fragekarten nebst den notwendigen Erläuterungen zugestellt und die Fragekarten ausgefüllt später wieder abgeholt werden. Zustellung und Abholung sollen, da andere Organe nicht zur Verfügung stehen, möglichst durch die Steuererheber und zwar gegen besondere Entschädigung bewirkt werden. „Um die Abstimmung“, sagt der Magistrat in seiner Vorlage, „möglichst unbefangen und möglichst unbeeinflußt zu gestalten, sollen mit den Fragekarten verschließbare Kuverts ausgegeben werden, in denen die ausgefüllten Fragekarten zurückzureichen sind. Den Abstimmenden soll mitgeteilt werden, daß ihre Namen nicht bekanntgegeben werden.“ Die Stadtverordnetenversammlung, die vom Magistrat um Bewilligung der auf 5000 M. veranschlagten Kosten ersucht wird, wird am nächsten Donnerstag hierüber zu beschließen haben.

Raubmordversuch im Zentrum Berlins. Das älteste Berliner Teegeschäft von G. L. Pietzcker in der Breitestr. 3 war am Sonntagvormittag der Schauplatz einer aufregenden Szene. Gegen 10 Uhr unternahm dort der 28jährige Schleifer Richard Weitlandt, der bei seinen Eltern am Elisabethufer 56 wohnt, einen Raubmordanfall auf zwei Damen und ergriff dann die Flucht. In der Brüderstraße konnte aber der Attentäter ergriffen und der Polizei übergeben werden. Ueber den Vorgang werden uns die folgenden Einzelheiten gemeldet:

Die Pietzckersche Teehandlung besitzt jetzt ein Fräulein Braun. Sonntag vormittag kurz vor 10 Uhr erschien in dem Laden der 28jährige Schleifer Weitlandt und machte einige Einkäufe. Als die Inhaberin mit dem Verpacken der Waren beschäftigt war, betrat auch die Wirtschafterin Ida Heimann, die im Nebenhause Nr. 1-2 bei dem Agenten Kreibig in Stellung ist, das Geschäft, um ebenfalls noch Besorgungen zu machen. Da es inzwischen 10 Uhr geworden war, schloß Fräulein Braun die äußere Holztür des Ladens. In diesem Augenblick ergriff der junge Mann blitzschnell einen in der Nähe liegenden Holzklöppel und schlug auf die Wirtschafterin Ida Heimann ein. Die ersten Hiebe trafen den steifen Hut der Ueberfallenen und wurden dadurch abgeschwächt. Ein weiterer Schlag traf die Wirtschafterin über dem Auge, so daß das Blut spritzte. Ehe die Geschäftsinhaberin flüchten konnte, erhielt auch sie einen Schlag über den Kopf. Auf die Hilferufe der beiden Frauen eilte das Personal der im selben Hause befindlichen Weinstube von Nitze u. Co. auf die Straße. Im gleichen Moment stürzte auch der Attentäter aus der Ladentür der Teehandlung und stürmte die Breitestraße entlang. Mehrere Personen nahmen sofort die Verfolgung des Fliehenden auf. Schon in der Brüderstraße gelang es, den Burschen zu fassen und der Polizei zu übergeben. Er wurde zunächst nach der Revierwache und von dort nach dem Präsidium geschafft. Die Wirtschafterin Ida Heimann fand auf der Unfallstation in der Brüderstraße die erste Hilfe. Lebensgefahr scheint trotz der schweren Kopfwunden nicht zu bestehen. Fräulein Braun kam mit leichteren Verletzungen davon.

Von den Rädern eines Straßenbahnwagens getötet wurde Sonntagabend um 9 Uhr der 43 Jahre alte Möbelpolierer Karl Martzallek aus der Reichenberger Straße 100. Der Mann hatte einen Ausflug mit dem Zweirad gemacht und kehrte durch die Jordanstraße zurück. Als er von dieser in die Lohmühlenstraße einbog, stieß er mit dem Motorwagen Nr. 27 der Straßenbahnlinie Treptow-Behrenstraße zusammen und geriet unter die Räder. Personal und Fahrgäste befreiten ihn und betteten ihn im Wagen, um ihn auf dem nächsten Wege nach der Rettungswache am Görlitzer Bahnhof mitzunehmen. Als man aber dort ankam, war der Verunglückte an den Folgen eines Schädelbruches schon gestorben. Er hinterläßt seine Frau mit fünf unversorgten Kindern.

Das Berliner Adreßbuch für 1909 ist erschienen und gelangt von heute ab in der Hauptexpedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“, Zimmerstr. 36—41, von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags zur Ausgabe. Von den Vorbestellern kann das Adreßbuch gegen Aushändigung der ihnen zugegangenen Legitimationskarte und Zahlung von 12 Mark in Empfang genommen werden. Von Freitag, den 18. d. Mts. ab, erfolgt gegen eine Zustellungsgebühr von 20 Pfennig die Lieferung der nicht abgeholten Exemplare in die Wohnung der Besteller. Der Verkauf nicht vorbestellter Bücher zum Ladenpreise, der um 2 M. höher ist als der Vorbestellpreis, findet nur in der vorgenannten Hauptexpedition statt. — Schon der Jahrgang 1908 hat eine wesentliche und zahlreichen Personen sehr erwünschte Bereicherung dadurch erfahren, daß in den III. Teil „Straßen und Häuser“ eine Angabe der Grundbuchbezeichnungen sämtlicher zum Amtgericht Berlin-Mitte gehörigen Grundstücke aufgenommen worden ist. Diese Angaben sind nun in dem vorliegenden Jahrgange bedeutend erweitert worden. Mit Ausnahme der zum Amtsgerichtsbezirk Berlin-Wedding gehörigen Grundstücke, bei denen die Bezeichnungen jetzt völlig geändert werden, sind nunmehr alle zum Postbezirk Berlin gehörigen Grundstücke in dieser Uebersicht, alphabetisch nach Straßen und historischen Stadtteilen geordnet, aufgeführt und mit den Angaben der Gerichtsbezirke, der Band- und Blattnummern der Grundbuchbezeichnung versehen. — Wiederholt ausgesprochenen Wünschen und Anregungen folgend, hat der Verlag die Adressen der Tierärzte im Anschluß an das Aerzteverzeichnis aufgenommen.

Ein sonderbarer Unglücksfall, den uns ein Leser zur allgemeinen Warnung mitteilt, ereignete sich gestern früh 8 Uhr auf der Hochbahn. Auf der Station Warschauer Straße kam im letzten Wagen aus dem Zugführerstand ein Beamter der Hochbahn und schlug die Tür zu. Hierbei geriet ein Fahrgast mit dem Daumen der linken Hand zwischen die Tür und Leiste und wurde eingeklemmt. In demselben Moment setzte sich der Zug in Bewegung. Da nun der Beamte nicht im Besitze eines Schlüssels war um die Tür öffnen und den Fahrgast aus seiner entsetzlichen Lage befreien zu können, so mußte der Bedauernswerte bis zur nächsten Haltestelle — Stralauer Tor — unter großen Schmerzen verharren. Erst auf dem Bahnhof konnte die Tür von außen geöffnet werden. Der Verunglückte hatte eine erhebliche Quetschung erlitten.

Allgemeine Heiterkeit erregte am Sonntag im Treptower Park, am Eingang zum städtischen Steinplatz, ein an einem Baume angebrachtes Plakat folgenden Inhalts: „Zum städtischen Dornburgschen Diamanten-Lagerplatz. Verkauf von leeren

Dattelkisten. „Großmann", deutsch-nationaler Firmenschildermaler."

Ein Brandunglück ist vom Sonntage aus dem Nordosten Berlins zu melden. In der Strausberger Straße 40 kam in der zweiten Morgenstunde durch Umfallen einer Petroleumlampe in der Wohnung des Tischlermeisters Christoph Kämmerer, die im Keller des Vorderhauses liegt, Feuer aus. Straßenpassanten bemerkten den Brand und drangen in den Keller ein. In dem brennenden Zimmer befand sich der 78jährige Wohnungsinhaber. Stichflammen hatten bereits die Kleider des alten Mannes in Brand gesetzt. Trotzdem ihm sofort Decken übergeworfen wurden, hatte Kämmerer doch schon so schwere Brandwunden am Oberkörper davongetragen, daß er von der inzwischen eingetroffenen Feuerwehr mit einem Tender nach dem Krankenhause Am Friedrichshain geschafft werden mußte.

In ernste Lebensgefahr geriet ein vierjähriges Mädchen bei einem Küchenbrande, der am Sonntagabend in der Luxemburger Straße 30 zum Ausbruch kam. Im Erdgeschoß des Quergebäudes bewohnt der Arbeiter Brose mit seiner Familie eine Stube und Küche. Gegen abend hatte sich nun das Ehepaar auf kurze Zeit aus der Wohnung entfernt und die vierjährige Tochter Käthe allein zurückgelassen. Das Kind schlief in der Küche. Kurz vor ½9 Uhr drang aus der Broseschen Wohnung dichter Rauch. Hausbewohner verschafften sich sofort gewaltsam Eintritt in die Küche, die schon vollständig verqualmt war. Noch ehe die alarmierte Feuerwehr eintraf, hatten beherzte Männer das gefährdete Kind aus der Küche geschafft. Die Feuerwehr behandelte das Mädchen längere Zeit mit Sauerstoff, worauf es sich wieder erholte. Das Feuer konnte dann bald gelöscht werden. Wie sich herausstellte, hatten sich Kleidungsstücke vor der Kochmaschine entzündet.

Verschwunden ist seit Donnerstag voriger Woche das 16jährige Mädchen Gertrud Klein, auch Vetters genannt. Das Mädchen verließ an genanntem Tage, abends 9 Uhr, die elterliche Wohnung in Rixdorf, Warthestraße 63, um zu Verwandten zu gehen, und ist seitdem nicht wieder zurückgekehrt. Bekleidet war die Verschwundene mit hellgrauem Rock, dunkelgrüner Bluse, hellkariertem Jackett. Das Mädchen ist von frischer Gesichtsfarbe, großer, schlanker Figur, hat blaue Augen und blondes Haar. Personen, die Angaben über die Verschwundene machen können, wollen dies auf dem Polizeibureau oder bei Vetter, Rixdorf, Warthestraße, melden.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 13. d. M. abends 10 Uhr, wurde vor dem Hause Brunnenstr. 54 beim Ueberschreiten des Fahrdamms ein anscheinend dem Arbeiterstande angehörender unbekannter Mann von der Straßenbahn umgestoßen und erlitt dabei einen Schädelbruch. Der Verletzte wurde in bewußtlosem Zustande nach dem Virchow-Krankenhause geschafft. Beschreibung: zirka 26 bis 28 Jahre alt, 1,68 bis 1,70 Meter groß, langes, schwarzes Haar, blonder Schnurrbart. Kleidung: braunkarrierter Rockanzug, schwarze Strümpfe und Schnürstiefel, weißes Taschentuch gez. B. B. Etwaige Mitteilungen werden in jedem Polizeirevier oder im Polizeipräsidium, Zimmer 382, entgegengenommen eventuell wird um Nachricht zur Tagebuchnummer 5944 IV 5908 ersucht.

Wer sind die Toten? Am 6. Dezember d. J. wurde in den Gewässern des Tiergartens, unfern dem Großen Stern, die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts gefunden. Die Leiche wurde an unbekannter Stelle, wahrscheinlich von einer Frau mit dunkelblondem, welligem Haar ausgesetzt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Kind auf verbrecherische Weise durch Ersticken oder sonstwie den Tod gefunden hat. Mitteilungen, die zur Aufklärung führen könnten, werden von der Kriminalpolizei zu Nr. 5885 IV 59. 08. erbeten oder auch von jedem Polizeirevier entgegengenommen. Besonders wären Mitteilungen über solche Personen erwünscht, die seit dem 6. d. M. wegen Nacherkrankungen nach erfolgter Geburt in Krankenhäusern pp. Aufnahme gefunden haben.

Am 11. Dezember, vormittags gegen 7 Uhr, wurde in den Anlagen an der Bartholomäuskirche am Königstor die Leiche eines etwa 30 Jahre alten, dem Arbeiterstande gehörenden unbekannten Mannes an einem Baum erhängt aufgefunden. Er ist 1,65 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und dunkelblonden Schnurrbart, rundes Gesicht; am rechten Zeigefinger fehlt ihm das erste Glied. Bekleidet war er mit dunklem Winterüberzieher, blauem Jackettanzug, wollenem Militärhemd mit I gezeichnet, rotbraunen Strümpfen, Lederschuhe mit Holzsohlen, graue Schirmmütze. Er hatte silberne Remontoiruhr Nr. 1557 bei sich. Personen, die über die Persönlichkeit des Toten Auskunft geben können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich zu den Akten 5935 IV. 59. 08. mitzuteilen.

Straßensperrung. Die Neue Friedrichstraße von der Rochstraße bis zur Spandauer Brücke wird behufs Ausführung eines Notauslaßkanals vom 15. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf.

Stadtverordneten-Stichwahl.

Heute, Dienstag, von 11 bis 1 Uhr und von 4 bis 8 Uhr findet die Stichwahl zur Stadtverordnetenversammlung statt. Wir erwarten von unseren Parteigenossen, daß sie ihre ganze Kraft einsetzen, um dem Kandidaten der Sozialdemokratie

Gewerkschaftsangestellten Riedel

im Kampf gegen die Reaktion zum Siege zu verhelfen.

Die Parteigenossen, die heute tätig sein wollen, werden ersucht, sich vormittags 10 Uhr im Zentralwahlbureau Luisenpark, Wilhelmsaue 112, einzufinden.

Hilfskräfte, die erst im weiteren Verlauf des Vormittags oder Nachmittags Wahlhilfe leisten können, wollen sich in folgenden Schlepplokalen melden: Okon, Uhlandstr. 106; Selke, Brandenburgische Straße 100; Natusch, Uhlandstr. 71; Hoffmann, Prager Straße 12; Arndt, Berliner Straße 160; Fischer, Durlacher Straße 8; Fiebelkow, Hildegardstr. 17a; Reiche, Binger Straße.

Da die Gegner alle Kräfte anstrengen, damit die Stadtverordnetenversammlung auch ferner ungestört in alter Weise fortwirtschaften könne, so hat ein jeder Parteigenosse die Pflicht, sich am heutigen Wahltage in den Dienst unserer Sache zu stellen.

Das Wahlresultat wird heute abend 9 Uhr im „Luisenpark", Wilhelmsaue 112, verkündet.

Der demokratische Verein Wilmersdorf-Berlin fordert in einem Flugblatt seine Anhänger auf, für den Kandidaten der Sozialdemokratie, den Genossen Riedel zu stimmen. In dem Flugblatt wird betont, daß der sich unpolitisch nennende bürgerliche Kandidat Herr Kletke der gemeinsame Kandidat aller rückschrittlich gesinnten Elemente Wilmersdorfs ist. Alle Anhänger der Demokratie, überhaupt alle wirklich liberalen Männer müssen daher ihre Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie geben, der allein die demokratischen Forderungen in der Kommunalpolitik, wie z. B. die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts bei den Kommunalwahlen, die Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs, die Trennung von Schule und Kirche, die Koalitionsfreiheit der städtischen Arbeiter, die Wertzuwachssteuer, die Verstadtlichung der Verkehrseinrichtungen usw. vertrete.

Zum Schluß heißt es:

„Alle diese Forderungen aber kann Herr Kletke niemals vertreten, selbst wenn er persönlich von ihrer Richtigkeit überzeugt wäre, da er dadurch die Interessen seiner vielseitigen Wählerschaft schädigen würde.

Aber noch eins!

Jeden gerecht und anständig denkenden Mann muß es doch mit Empörung erfüllen, wenn er hört, daß die Sozialdemokratie bis heute auch nicht einen einzigen Vertreter im Stadtparlament besitzt. Trotz der großen Stimmenzahl der Sozialdemokratie verhindert es das niederträchtige System der Listenwahl, daß auch die Arbeiter zu ihrem Rechte gelangen.

An den ehrlichen Mann, an den aufrechten Bürger richtet sich unser Aufruf.

Nicht schwächliche Rücksichten privater Art, sondern politisches Verständnis und klares Erkennen der Verhältnisse gibt hier den Ausschlag!

Wählen Sie am Dienstag, den 15. Dezember, den Gewerkschaftsangestellten Herrn

Oskar Riedel."

Charlottenburg.

Mit der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit für städtische Arbeiter wird sich die Stadtverordnetenversammlung in ihrer nächsten Sitzung wieder einmal befassen. Fast sechs Jahre schwebt diese Angelegenheit, ohne daß ein Ende abzusehen ist. Am 11. Februar 1903 (!) hatte die sozialdemokratische Fraktion eine Reihe von sozialpolitischen Anträgen eingebracht, deren einer die Dauer der täglichen Arbeitszeit für städtische Arbeiter auf höchstens neun Stunden bemessen wissen wollte. Die Anträge wurden dem Magistrat überwiesen, der erwägen sollte, ob und wieweit die darin gemachten Vorschläge zu berücksichtigen seien, um dann eventuell eine Vorlage einzubringen. Ein Jahr später, am 13. Mai 1904, lief die Antwort des Magistrats ein, sie lautete abschlägig, der Magistrat erklärte, daß er keine Veranlassung gefunden habe, an der bisherigen Festsetzung eines zehnstündigen Arbeitstages irgend eine Aenderung zu treffen. Diese Mitteilung des Magistrats ging an einen Ausschuß, der sich mit der Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden einverstanden erklärte. Das Plenum war anderer Meinung, es wies die Angelegenheit am 21. Dezember 1904 an den Ausschuß zurück. Gleichzeitig wurde der Ausschuß durch Neuwahlen so gestaltet, daß er nun zu dem entgegengesetzten Resultat kam und sich mit 7 gegen 5 Stimmen für die Beibehaltung des zehnstündigen Arbeitstages aussprach. Am 1. Februar 1905 beschloß das Plenum in gleichem Sinne, gleichzeitig aber ersuchte es, um den Schein zu wahren, den Magistrat, Erhebungen darüber anzustellen, welchen Betrag die Löhne für täglich zehnstündige Arbeitszeit im Tages- beziehungsweise Wochen- oder Monatslohn in den gesamten städtischen Betrieben erreichen. Wieder vergingen zwei Jahre, bis der Magistrat endlich am 5. Februar 1907 die gewünschte Auskunft geben konnte; er rechnete bei Einführung der neunstündigen Arbeitszeit ein Mehr von 155 bis 160 000 M. an Arbeitslöhnen pro Jahr heraus.

Der Ausschuß, dem diese Magistratsmitteilung überwiesen wurde, hat sich in drei Sitzungen, am 23. April 1907, 23. Oktober und 7. Dezember 1908 damit befaßt. Allzu anstrengend ist seine Tätigkeit also nicht gewesen. Leider ist auch das Ergebnis ein wenig erfreuliches. In der ersten Sitzung des Ausschusses teilte der Bürgermeister mit, daß der Magistrat beschlossen habe, über die Frage der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit mit den Gemeinden Groß-Berlins in Verbindung zu treten und daß von Berlin bereits eine grundsätzlich zustimmende Antwort eingegangen sei. Eine materielle Einigung über diese wichtige Frage war mit Berlin freilich nicht erzielt, die Berliner Stadtverwaltung hatte sich lediglich grundsätzlich bereit erklärt, die gewünschte Besprechung herbeizuführen, vorweg aber hatte sie die Bezeichnung der einzelnen Fragen verlangt, die erörtert werden sollen, sowie die Angabe derjenigen Gemeinden von Groß-Berlin, die an der Besprechung zu beteiligen sein möchten. Die Angelegenheit war auch gelegentlich anderer Verhandlungen mit den Vertretern mehrerer Vorortgemeinden erwähnt und eine Besprechung für den Herbst 1908 in Aussicht genommen worden. Gehört hat man davon bisher nichts.

Im weiteren Verlauf seiner Verhandlungen lehnte der Ausschuß die generelle Einführung des Neunstundentages ab und sprach die Meinung aus, es müsse die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit im einzelnen und unter Berücksichtigung der verschiedenen Arbeiterkategorien und Arbeitsarten behandelt werden. Später ersuchte er, unter Ablehnung dieses Beschlusses, den Magistrat um genauere Angaben vor allem darüber, ob und welche besonderen technischen Schwierigkeiten einer Verkürzung der Arbeitszeit bei einzelnen Arbeiterkategorien entgegenstehen. Aus der vom Magistrat veranstalteten Umfrage geht nun zweierlei hervor: erstens daß die Summe der Mehraufwendungen bei Einführung des Neunstundentages nicht 155 bis 160 000, sondern nur 185 000 M. beträgt und zweitens, daß technische Schwierigkeiten gegen die Verkürzung der Arbeitszeit nur von der Hochbauverwaltung, der Verwaltung des Krankenhauses und des Bürgerhauses geltend gemacht sind, während die allgemeine Verwaltung, die Schulverwaltung, die Verwaltungen der Straßenreinigung und Feuerwehr, der Gaswerke, des Tiefbaues und der Kanalisation solche Schwierigkeiten ausdrücklich verneint haben. Trotzdem faßte der Ausschuß keinen Beschluß auf Einführung des Neunstundentages, er begnügte sich damit, seine Sympathie für eine Verkürzung der Arbeitszeit für die ständig beschäftigten Arbeiter auf neun Stunden auszusprechen, und richtete im übrigen an den Magistrat das Ersuchen, bei der bevorstehenden Etatsberatung die Frage zu erwägen, in welchen Betrieben sich eine Verkürzung der Arbeitszeit ermöglichen läßt, und der Stadtverordnetenversammlung entsprechende Vorschläge zu machen.

Am Sonntag war der Andrang in der Jugendschriften-Ausstellung im Volkshause, Rosinenstr. 3, zeitweilig so stark, daß vielen Genossen und Genossinnen die Möglichkeit genommen wurde, ihre Einkäufe in Ruhe zu erledigen.

Die Kommission, die den Auftrag hat, die Ausstellung zu leiten, beschloß aus diesem Grunde und auf Wunsch vieler Genossinnen und Genossen, die noch keine Gelegenheit zum Einkauf hatten, die Ausstellung bis inkl. Sonntag, den 20. d. Mts. stattfinden zu lassen. Da die Ausstellung wieder vollständig komplettiert worden ist, dürfte sich ein Besuch sehr lohnen.

Ausstellungszeit ist täglich von 5—10 Uhr abends.

Ein eignes Erholungsheim für ihre Mitglieder will sich die Charlottenburger Ortskrankenkasse bauen. Nach der bisher bekannt gewordenen Absicht des Vorstandes sollen in dieses Heim, das voraussichtlich für 40 Betten eingerichtet werden soll, in erster Linie die Rekonvaleszenten aufgenommen werden, die weder bettlägerig sind noch eine ansteckende Krankheit überstanden haben. Für diese Anstalt ist bereits ein Grundstück bei Klosterheide bei Lindow in der Mark für 14 000 Mark erstanden worden. Der vor einiger Zeit einberufenen Generalversammlung wurde von dem Kauf Kenntnis gegeben. Die Generalversammlung übertrug dem Vorstand die weiteren Vorarbeiten für die Ausführung des Projektes. Wenn jedoch die Pläne vorliegen, wird die Generalversammlung sich nochmals mit der Angelegenheit beschäftigen.

Die positive Mitarbeit der Sozialdemokraten in der Gemeinde mußte auch in der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung vor einiger Zeit von einem unserer eifrigsten Gegner, dem Stadtverordneten Dr. Stadthagen, ausdrücklich anerkannt werden. Einen weiteren Beweis dafür lieferte unter anderem auch die in der letzten Stadtverordneten-Sitzung beratene Vorlage inbetreff der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden. Diese Vorlage ist, wie wir schon mitteilten, einem von den sozialdemokratischen Stadtverordneten gestellten Antrag zu danken. Während Berlin und eine ganze Reihe anderer Städte diese Versicherung durch Ortsstatute für die selbständigen Hausgewerbetreibenden seit Jahren eingeführt hatten, blieb in der „Musterstadt für sozialen Fortschritt" alles ruhig, bis die Sozialdemokraten zur Regelung dieser Frage den Anstoß gaben. — Doch trotz manchen Vorzugs, den der Entwurf des Magistrats aufwies, haftete ihm ein wesentlicher Mangel an.

Der Zweck der Krankenversicherung der selbständigen Hausgewerbetreibenden soll der sein, die sozial dem Arbeiter gleich stehenden „selbständigen" Hausgewerbetreibenden auch unter die Vorteile des Krankenversicherungsgesetzes zu stellen. Zweitens soll damit der Unternehmer getroffen werden, dem die Beschäftigung „selbständiger" Hausgewerbetreibender schon aus dem Grunde angenehmer ist wie das Arbeitsverhältnis des Betriebsarbeiters, weil der Arbeitgeber für den „selbständigen" Hausgewerbetreibenden Beiträge für Krankenversicherung bisher nicht zu entrichten hatte. Aber keineswegs sollte dadurch dem Hausgewerbetreibenden eine neue Last auferlegt werden.

Ist aber der „selbständige" Hausgewerbetreibende versicherungspflichtiger Arbeitnehmer, dann kann er — wenn er selbst wieder Hilfspersonen beschäftigt — nicht auch zugleich versichernder Arbeitgeber sein. Wenn auch das Krankengesetz diese Möglichkeit zuläßt, bei den Hausgewerbetreibenden bedeutet sie ein Unrecht. Als versichernder Arbeitgeber hat der selbst versicherungspflichtige Hausgewerbetreibende ein Drittel der Beiträge für seine Hilfspersonen zu zahlen. Nun aber sind die Hilfspersonen des Hausgewerbetreibenden eigentlich auch nur Arbeiter des Unternehmers, der den Hausgewerbetreibenden beschäftigt. Damit nun der Hausgewerbetreibende nicht eine soziale Pflicht des wirklichen Arbeitgebers zu übernehmen hat, haben die sozialdemokratischen Vertreter darauf gedrungen, daß in den Entwurf des Magistrats noch eine Bestimmung aufgenommen wurde, nach welcher der Arbeitgeber des selbständigen Hausgewerbetreibenden auch für die von letzteren beschäftigten versicherungspflichtigen Hilfspersonen ein Drittel der Krankenkassenbeiträge zu zahlen hat.

Es darf erwartet werden, daß sich auch die Stadtverordnetenversammlung mit dieser Aenderung, welche die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden erst vollständig macht, einverstanden erklärt. Ebenso mit dem Vorschlag des Ausschusses, den Magistrat zu ersuchen, bei den Reichsbehörden dahin zu wirken, daß bei der Revision des Krankenversicherungsgesetzes die Versicherungspflicht auf alle Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter ausgedehnt wird.

Durch Absturz vom Dache tödlich verunglückt ist am Sonnabend vormittag der Dachdecker Franz Hildebrandt, Osnabrücker Straße 1 wohnhaft. Derselbe war auf dem Neubau des Reformgymnasiums in Westend, am Reichskanzlerplatz, mit Dacharbeiten beschäftigt, wobei der Absturz erfolgte. Der Tod trat auf der Stelle ein. Hildebrandt hinterläßt seine Frau und zwei unmündige Kinder.

Rixdorf.

Bei der Stadtverordneten-Nachwahl wurde im 4. Bezirk der Bäckermeister Wilhelm Hagen mit 581 gegen 2 gequerische Stimmen gewählt, im 17. Bezirk der Eigentümer Adolf Hoffmann mit 497 gegen 8 Stimmen.

Groß-Lichterfelde.

Heute, Dienstag, den 15., finden die Wahlen der Beisitzer zum Gewerbegericht statt, und zwar für die Arbeitgeber von 4—6 Uhr nachmittags, für die Arbeitnehmer von 6—8 Uhr nachmittags.

Wir ersuchen die Genossen, welche sich in der Wählerliste haben eintragen lassen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Das Gewerkschaftskartell Gr.-Lichterfelde.

Lichtenberg.

Der Achtuhr-Ladenschluß ist, wie man uns mitteilt, noch immer nicht gesichert. Bei der Nachprüfung der abgegebenen Unterschriften haben sich Doppelunterschriften herausgestellt, so daß die erforderliche Zahl zu einer Zweidrittelmajorität noch immer nicht vorhanden ist. Es wäre doch dringend erwünscht, daß die Ladeninhaber, die bisher ihre Erklärung noch nicht abgegeben haben, dies noch nachholen und den Ladeninhabern Eugen Lewald oder Littauer — beide in der Frankfurter Allee — zu übermitteln. Zu unserer früheren Mitteilung, daß sich der Apotheker und Stadtverordnete Hagendeck weigerte, die Unterschrift für den Achtuhr-Ladenschluß zu leisten, wird uns mitgeteilt, daß sich Herr H. jetzt bereit erklärt hat, seine Unterschrift zu geben.

Adlershof.

„Ueber das persönliche Regiment" referierte Genosse Hoffmann-Kotwaves in der letzten, sehr gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Der 1½stündige Vortrag fand allseitigen Beifall. Eine äußerst erregte Debatte rief eine Notiz im „Freien Gastwirt" vom 7. November hervor. In derselben wird Bezug genommen auf eine Versammlung der freien Gastwirte. Es heißt dort:

„Unter Verschiedenes wird vom Kollegen Witte-Eichwalde die Handlungsweise des Adlershofer Wahlvereinsvorstandes als Schmach und Schande bezeichnet. Derselbe spricht den freien Gast- und Schankwirten das Recht ab, zu verlangen, daß die Zahlabende des Wahlvereins den sogenannten blauen Gastwirten entzogen werden."

Zur Aufklärung wurde betont, daß nicht der Vorstand des Wahlvereins, sondern die beschließende Mitgliederversammlung vom 29. September 1908 den Antrag der freien Gast- und Schankwirte abgelehnt hat, da derselbe gerade für Adlershof agitatorisch hindernd wirken würde. Da der Genosse und freie Gastwirt Witte-Eichwalde, der in dieser Versammlung zugegen war, die beleidigenden Aeußerungen nicht zurücknahm, so wurde folgender Antrag gegen die Stimmen der freien Gast- und Schankwirte angenommen: „Die heutige Wahlvereinsversammlung steht auch heute noch betreffs des Antrages des freien Gast- und Schankwirteverbandes auf den im September eingenommenen Standpunkt. Sie verurteilt entschieden das Vorgehen einzelner Mitglieder des betreffenden Verbandes gegenüber dem Wahlvereinsvorstand, wie dies im „Freien Gastwirt" zum Ausdruck kommt." — Die Versammlung wurde infolge vorgeschrittener Zeit vertagt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Wudecke in der üblichen Weise.

Alt-Glienicke.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde beschlossen, den alten Kirchhof zu schließen, derselbe soll später als Volkspark benutzt werden. Beim Punkt: „Weihnachtsunterstützung für die Witwen von Kriegern" betonten unsere Genossen, daß der Staat die moralische Pflicht habe, für die Hinterbliebenen der gefallenen Opfer zu sorgen; es sei ein Hohn, daß für arme Witwen noch gebettelt werden müßte. Der Ort hätte bereits Arme genug zu unterstützen. Der Antrag wurde dann auch abgelehnt und für die Ortsarmen 200 M. Weihnachtsunterstützung bewilligt. Ein Antrag des Gemeindevorstehers, den Angestellten im Gemeindebureau Weihnachtsgeschenke zu bewilligen, wurde abgelehnt, dafür aber den Hinterbliebenen der Katastrophe von Radbod 50 M. bewilligt. Nach einem Beschluß sollen jetzt in allen Lokalen Plakate ausgehängt werden, auf denen den Zugereisten bekannt gegeben wird, wo sie ein Nachtunterkommen finden. Dieser Beschluß wurde durch unsere Genossen veranlaßt, weil es vorgekommen ist, daß Fremde von einem Lokal zum andern gewiesen wurden, ohne ein Unterkommen zu finden.

Germendorf bei Oranienburg.

Völlig niedergebrannt ist am Sonntagabend das alte Kolonistenhaus, in welchem acht Familien wohnten. Die Aermsten haben hierbei ihr nicht versichertes Hab und Gut verloren und sind obdachlos.

Spandau.

Den Partei- und Gewerkschaftsgenossen zur Nachricht, daß mit dem heutigen Tage im Lokale von Böhle, Havelstr. 20, eine Jugendschriften-Ausstellung eröffnet worden ist. Die Besuchszeit ist an den Wochentagen nachmittags von 6—9 Uhr und Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags und von 3—8 Uhr nachmittags. Die Arbeiterschaft wird ersucht, ihren etwaigen Bedarf dort zu decken.

Der Bildungsausschuß.

Jugendschriften

Die in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ vom 5. Dezember a. c. durch den Bildungs-Ausschuß empfohlenen Jugendschriften sind in unserer Sortimentsbuchhandlung, Lindenstr. 69 (im Laden) zu haben

Expedition des „Vorwärts“ Lindenstr. 69

Husten

Heiserkeit, Katarrh, Krampfhusten beseitigen die ärztlich erprobten

Kaiser's Brust-Karamellen

5500 not. begl. Zeugn. bew. den sich. Erfolg. Paket 30 Pf.

Kaiser's Brust-Extrakt, Flasche 90 Pf.

Zu haben in Apotheken u. Drogerien.

Gelegenheitskauf!

Schlafdecken

in Wolle, extra schwer

3.50 4.50 5.00 – 20.00 M.

Pferdedecken

2.50 3.50 4.50 – 7.00 M.

Reisedecken

Tiger-Muster 4.85 6.00 8.00 – 18.00 M.

Versand per Nachnahme.

Emil Lefèvre

Berlin S. 193, Seit 1882

Oranienstr. 158

Fehlerhafte Decken

spottbillig.

Leihhaus

Gelegenheitskäufe verfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc. Seit 25 Jahren Ecke Ritterstr. **Prinzenstr. 28**

---

14 Tage auf Probe

versende a. meine Gefahrüberallhin **ff. Harzer** Kanarien-Vögel sowie Vogelfutter u. Einsatz-Bauer. Verlangen Sie Preisliste kostenfrei von

L. G. Müller, Vogelzüchterei, Nordhausen 10 a. Hz.

Dresdner Bank

Aktien-Kapital	**Mk. 180 000 000**
Reservefonds	**„ 51 500 000**
	Insgesamt Mk. 231 500 000

Berlin, Dresden, London EC., Frankfurt a. M.,
Hamburg, Bremen, Cassel, Chemnitz, Hannover, Mannheim, Nürnberg, München,
Altona, Augsburg, Bautzen, Bückeburg, Detmold, Emden, Fürth i. B., Freiburg i. B., Greiz, Heidelberg, Leer, Lübeck, Meißen, Plauen i. V., Wiesbaden, Zwickau i. S.

Wechselstuben und Depositenkassen in Berlin:

A. **Französischestr. 35–36,** a. d. Hedwigskirche, **Stahlkammer.**
B. **Potsdamer Str. 126,** nahe Eichhornstraße, **Stahlkammer.**
C. **Königstr. 33,** am Bahnhof Alexanderplatz, **Stahlkammer.**
D. **Oranienstr. 145–146,** am Moritzplatz, **Stahlkammer.**
E. **Kurfürstendamm 238,** an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, **Stahlkammer.**
F. **Spittelmarkt 4–7,** Kaufhaus Spittelmarkt,
G. **Lindenstr. 7,** Ecke der Neuenburger Straße, **Stahlkammer.**
H. **Gr. Frankfurter Str. 32,** Ecke Fürstenwalder Straße, **Stahlkammer.**
I. **Charlottenburg, Berliner Straße 58,** nahe Hauptpost. **Stahlkammer.**
K. **Potsdamer Str. 103a,** Ecke Kurfürstenstraße, **Stahlkammer.**
L. **Chausseestr. 130,** am Oranienburger Tor.
M. **An der Jannowitzbrücke 1,**
N. **Schöneberg, Hauptstr. 18,** gegenüber dem Rathaus, **Stahlkammer.**
O. **Turmstr. 27,** Ecke der Stromstraße, **Stahlkammer.**
P. **Motzstr. 66,** Ecke Martin Lutherstraße,
Q. **Brunnenstr. 2,** am Rosenthaler Tor,
R. **Badstr. 35–36,** Gesundbrunnen, **Stahlkammer.**
S. **Müllerstr. 6,** am Wedding, **Stahlkammer.**
T. **Landsberger Str. 100,** am Büschingplatz,
U. **Kurfürstendamm 181,** Ecke Konstanzer Straße, **Stahlkammer.**
V. **Steglitz, Schloßstr. 85,** gegenüber dem Rathaus, **Stahlkammer.**
W. **Groß-Lichterfelde-Ost, Jungfernstieg 3,** Ecke Bahnhofstraße, **Stahlkammer.**
X. **Schönhauser Allee 144,** Ecke Eberswalder Straße, **Stahlkammer.**
Y. **Friedenau, Rheinstr. 1/2,** Ecke Schmargendorfer Straße, **Stahlkammer.**
Z. **Greifswalder Str. 205,** Ecke Marienburger Straße, **Stahlkammer.**
A. II. **Groß-Lichterfelde-West, Carlstr. 114** am Wannseebahnhof,
B. II. **Neue Roßstr. 1,** Ecke Neue Jakobstraße,
C. II. **Pankow, Schönholzer Str. 1,** nahe dem Rathaus, **Stahlkammer.**
D. II. **Frankfurter Allee 1/2,** Am Ringbahnhof, **Stahlkammer.**
E. II. **Tempelhof, Berliner Str. 8,** **Stahlkammer.**
F. II. **Rixdorf, Kottbuser Damm 79,** **Stahlkammer.**
G. II. **Schöneberg, Barbarossastr. 45,** Ecke Berchtesgadenerstraße, **Stahlkammer.**
H. II. **Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 196,** Ecke Uhlandstraße, **Stahlkammer.**
J. II. **Charlottenburg, Kaiser-Damm 118,** Ecke Suarezstraße, **Stahlkammer.**
K. II. **Friedenau, Südwest-Korso 77,** Ecke Kaiser-Allee, **Stahlkammer.**
L. II. **Köpenicker Str. 1,** am Schlesischen Tor.

Die Wechselstuben und Depositenkassen befassen sich vornehmlich mit: **Annahme von Depositengeldern zur Verzinsung, An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Geldsorten, Devisen usw., Einlösung von Koupons und Dividendenscheinen, Ausstellung von Schecks und Kreditbriefen, Diskontieren und Einziehen von Wechseln und Schecks, Beleihung börsengängiger Wertpapiere und deren Versicherung gegen Kursverlust im Falle der Auslosung** sowie insbesondere mit **Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.**

Außerdem besorgen die Depositenkassen die **Beschaffung und Unterbringung von Hypothekengeldern** sowie die **Ablösung von Hypotheken,** die das Berliner Pfandbriefamt erwirbt.

Stahlkammern.

Die Stahlkammern der Wechselstuben und Depositenkassen bieten Gelegenheit zur sicheren Aufbewahrung von Wertpapieren, Dokumenten, Schmucksachen etc. in eisernen Schrankfächern unter eigenem Verschluß des Mieters oder zur Hinterlegung von Paketen, Kisten u. dergl. als verschlossene Depots unter gesetzmäßiger Haftung der Bank.

Die Bedingungen für den Geschäftsverkehr mit den Wechselstuben und Depositenkassen sowie für die Benutzung der Stahlkammern werden an allen Kassen der Bank unentgeltlich ausgegeben.

Größte Puppenfabrik Berlins

P. R. Zierow,

Berlin N. 37, Schönhauser Allee 179.

Eigene Fabrikation.

Größtes Lager von Kugelgelenk-Puppen, Bälgen, Köpfen, Perücken, gekleideten Puppen und Puppenartikeln. Sämtliche Reparaturen und alle Ersatzteile.

Engros und Einzelverkauf. Kein Laden.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. 45032*

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10–2. 5–7. Sonnt. 10–12 Uhr.

Arbeiter finden für den **Winter** gute und billige **Unterkleider** in großer Auswahl **Brunnenstr. 158, Gelber Laden.**

180.000 Pfd.

KUNEROL feinstes Cocos-Speisefett

täglichen Gesamtversand haben die

KUNEROLWERKE in BREMEN

Weihnachtsbackwerk mit Kunerol schmeckt wundervoll, hat schönes Aroma und hält sich lange.

WIEN-DUX
ODESSA
VERONA
CHRISTIANIA

Koch- und Backrezepte sowie Adressen der Verkaufsstellen gibt Generaldepot: Berlin SW. 48, Friedrichstr. 231, Telephon: Amt 6, 3718. 282/6*

MAL-KAH-Zigaretten

vorzüglich.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,

10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 3–4

Beste Bettenfüllung

sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt chinesischen

Monopoldaunen

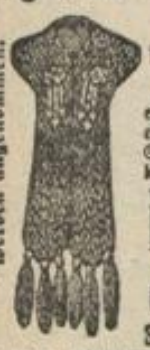
(gesetzl. geschützt) Pfund Mk. 2,85. 3—4 Pfund genügen z. gr. Oberbett. Versd. geg. Nachnahme. Verpackung frei.

Gustav Lustig

Berlin S. 390 Prinzenstr. 46

Größtes Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Pelz-Stolas



Reparaturen und Veränderungen werden angenommen.

Muffen

sowie alle sonstigen

Pelzwaren

empfiehlt nach beendeter Engros-Saison Einzelverkauf zu außergewöhnl. bill. Preis.

R. Michaelis,

Kürschnermstr.,

Gr. Frankfurterstraße 99, I u. II,

Filiale: Neanderstr. 38 (Laden).

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferf. f. Orts- u. Hülfs-Krankenkassen

Berlin N., 2488L*

jetzt Lothringer Straße 60.

Alle Bruchbänder mit elastischen Pelloten, angenehm u. weich am Körper.

Größte und beste Bezugsquelle!!

Auf Teilzahlung!!

Wöchentlich nur **1 Mark!**

Herren- und Damen-Uhren, Freischwinger, Broschen, Ringe, Ketten und alle Arten Goldwaren, echte Menzenhauer Zithern, Konzertzithern, Phonographen, Platten-Sprechmaschinen, Polyphons, Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc.

Juhre & König, Berlin O., Warschauer Straße 68, I. Etage; Berlin N., Reinickendorfer Str. 101, I. Etage; Berlin W., Göbenstr. 19, I. Etage.

Zum

Weihnachtsverkauf

für den halben Preis.

Kostüme mit langen Paletots

Directoire, aus prima Tuch und modernen englischen Stoffen

12, 18, 24, 36 Mk., früher 24—80 Mk.

Plüsch-Jackeits u. Paletots

aus prima Velours du Nord und echt engl. Seal, glatt u. mit reicher Stickerei u. Borteingarnierung

15, 20, 30, 40, 50 Mk., früher 30—150 Mk.

1500 Paletots

aus gediegenen englischen und glatten Stoffen

5, 8, 10, 12, 15, 18 Mk., früher 10—40 Mk.

Elegante Frauen-Mäntel

Plüsch-Tuch-Eskimo, schwarz und farbig, auch für stärkste Damen,

15, 20, 30, 40, 50 Mk., früher 30—100 Mk.

Theater- und Abendmäntel und Capes

aus feinem Tuch, warm gefüttert, auf Gloria und Seide, und dicken weichen Stoffen mit karierter Absetze

8, 12, 18, 24, 30 Mk., früher 15—60 Mk.

Backfisch-Mäntel

ohne Aenderung, gut sitzend.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.

2 Häuser vom Oönhoffplatz.

12 Schaufenster. Sonntags geöffnet.

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich im Hause

Schönleinstr. 34 ein **Zigarrengeschäft**

eröffnet habe. Um gütigen Zuspruch bittet **Fritz Schwemke.**

MANOLI

Cigarettes

Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 15. Dezember 1908, abends 8½ Uhr:

Versammlung

für die weiblichen Mitglieder

bei Wilke, Brunnenstraße 188.

Tages-Ordnung:

1. **Der Kampf der Frauen um Staatsbürgerrechte.** Referentin: Genossin Luise Zietz.
2. Diskussion. — Die Parteigenossen sind zu dieser Versammlung eingeladen.

231/17* **Der Vorstand.**

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28. **Filiale Berlin.** Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.

Donnerstag, den 17. Dezember, abends 8 Uhr:

Mitgliederversammlung

in den **Armin-Hallen,** Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung: 1. Statutenberatung. 2. Verbandsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

130/19* Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche.

Gruppe: Rabitzputzer und Träger.

Mittwoch, den 16. Dezember 1908, abends 8 Uhr, im Lokal von **Jannaschk,** Inselstraße 10:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Berichterstattung vom zehnten Verbandstage.** 2. Diskussion. 3. Bericht über die Lohnbewegung. 4. Gewerkschaftliches.

140/15*

Um zahlreiches Erscheinen aller Putzer und Träger ersucht

Der Gruppenvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 16. Dezember, abends 8½ Uhr, bei **Freyer,** Koppenstraße 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Beratung der Vorlage, die Zusammensetzung der zukünftigen Generalversammlungen betreffend. 2. Ersatzwahl eines Bureauhilfsarbeiters.

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Vertrauensmänner! Achtung!

Die Kollegen, deren Bücher am Jahresschluß vollgeklebt sind, werden ersucht, bei der Ablieferung der Bücher auch ihre früheren Bücher abzugeben.

Jalousien-Arbeiter!

Donnerstag, 17. Dezember, abends 8½ Uhr, bei **Anton Boeker,** Weberstr. 17: 95/5

Außerordentl. Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. „Die Beschlüsse der Berliner Jalousienfabrikanten und die Kündigung des Jalousienarbeiter-Tarifes". Referent: Kollege **R. Leopold.** 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Ein Triumph der Zigarettenfabrikation

Selowsky's CARUSO Zigaretten nur 3 Pfg.

per Stück!

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 4507L*

Amt 4, 3014.

ZONOPHON

Dezember-Neuaufnahmen

Zonophon-Orchester

X 2-20704 Des Königs Grenadiers, Marsch
X 2-20705 Graf Zeppelin-Siegesmarsch
X 2-20706 Unter dem Siegesbanner, Marsch
X 2-20707 Einzug der Gladiatoren, Marsch
X 2-20708 Automobil-Marsch aus „Die Dollarprinzessin"
X 2-20709 Bauern-Marsch a. „Der fidele Bauer"
X 2-20720 Liebe und Lenz, Walzer
X 2-20721 Le Verre en Main, Polka v. Fahrbach

Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regt. Berlin

Kgl. Kapellm. Ad. Becker

X 20475 Grillenbanner-Marsch v. Komzak
X 20476 Der kreuzfidele Kupferschmied, Marsch m. Schlagen auf dem Amboss, Singen u. Pfeifen der Gesellen

Max Kuttner Berlin

X 22923 Lebe, wohl mein flandrisch Mädchen, aus „Czar u. Zimmermann"
X 22924 Siciliana a. „Cavalleria rusticana" mit Klavierbegl.
X 22925 Abschied von der Heidekoe von Baslyr
X 22926 Ein Märchen vom Glück

Adolf Lieban Berlin

X 22927 Im tiefen Keller
X 22928 O Isis u. Osiris, a. „Zauberflöte" mit Chor der Königl. Hofoper

Emmy Wehlen Berlin

Der letzte Frou-Frou, a. „Donnerwetter tadellos" v. Paul Lincke
X 22815 Laufmädel-Lied aus „Donnerwetter tadellos" v. Lincke

Loni v. Dfreggen (Ellmann), Scharnitz in Tirol

X 22817 Geh' ia her über d' Schneid
X 22818 Die lustige Loni

Max Kuttner, Susanne Pickelmann, Margar. Leux, Theodor Hieber u. Adalbert Lieban

X 24435 Garten-Quartett a. „Die lustig. Weiber"
X 24436 Quartett aus „Fidelio"

Guido Gialdini

Kunstpfeifer **Berlin**

X 22935 Dollarwalzer aus „Die Dollarprinzessin"
X 22936 Wir tanzen Ringelreih'n aus „Die Dollarprinzessin"

Verlangen Sie Verzeichnis über Weihnachtsaufnahmen

3 Mark kostet die doppelseitige Zonophon-Platte.

International Zonophone Company m.b.H.

Berlin S. 42, Ritterstr. 36.

Ausführliche Kataloge und Prospekte bei jedem Sprechmaschinenhändler Deutschlands erhältlich, ev. werden Bezugsquellen auf Wunsch überall nachgewiesen.

Man achte beim Einkauf auf nebenstehendes Platten-Etikett.

Berlin:

Emil Bauer, Hagelberger Str. 26.
E. Beckershoff, Planufer 24.
Karl Chriske, Friedrichstr. 37, SW. 48.
„Grammophon" H. Weiß & Co., Friedrichstr. 180.
Grammophon-Zentrale, Alexanderplatz und Kleiststraße 27.
A. Ferra, Kottbuser Damm 23.
Karl Hensel, Chausseestr. 129, II. Geschäft: Badstraße 60.
Hermann Hoppe, Lothringer Str. 40.
Max Juhre, Britzer Str. 10.
M. Juhre, Brunnenstr. 117.
Juhre & König, Hauptgeschäft: Warschauer Straße 68, Filialen: N. Reinickendorfer Straße 101 und W. Göbenstr. 19.
Franz Kerber, O. 34, Richthofenstr. 7.
Georg Nöther, vis-à-vis Bahnhof Börse.
Passage-Kaufhaus, Friedrichstraße.
Hugo Pietsch, Müllerstr. 165.
Reinhold Prinz, Brunnenstr. 22.
Artur Nelson, Brunnenstr. 170 u. Elsasser Str. 36.
Hermann Regenstein, Brunnenstr. 136.
Paul Reimann, Hackescher Markt 4.
Wilhelm Reuschel, Kottbuser Damm 22.
Karl Röper, Potsdamer Str. 2.
Max Schönhueb, Reinickendorfer Straße, Eingang Weddingstr. 5.
Paul Scholz, Frankfurter Allee 73b, Ecke Thaerstr.

Charlottenburg: **W. Becker,** Wilmersdorfer Straße 127, I, Ecke Schillerstraße. **C. Grosse,** Wilmersdorfer Str. 138.
Köpenick: **Otto Hanelt,** Grünstr. 20.
Groß-Lichterfelde: **Paul Kuhnert & Co.,** Chausseestr. 111 und **Hermann Scharke,** Chausseestr. 54.
Nauen: **Michael Zwickel,** Ketziner Straße.
Pankow: **Theodor Lange,** Wollankstr. 117.
Potsdam: **F. Görz,** Charlottenstr. 38.
Reinickendorf: **H. Buchwald,** Herbststr. 10.
Schöneberg: **Artur Kühn,** Kolonnenstr. 7.
Steglitz: **Otto Baron,** Albrechtstr. 10.
Spandau: **A. Schröter,** Potsdamer Str. 50 und Breitestraße.

Carmen Sylva

Cigaretten

Beste Qualitäten

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Protest gegen die Gesellschaftssteuer.

Unter den Steuerplänen, welche die preußische Regierung dem Landtage vorgelegt, befindet sich bekanntlich auch der Entwurf eines Gesellschaftssteuergesetzes. Wesen und Zweck desselben haben wir wiederholt beleuchtet. Es handelt sich um die Absicht einer Besteuerung der Aktiengesellschaften und anderer dem Erwerb dienender Gesellschaften. Diese Steuer soll aber auch die Konsumvereine treffen, obgleich sie keine Erwerbsgesellschaften sind, keinen Gewinn erzielen, sondern nur den Zweck verfolgen, ihren Mitgliedern gewisse Vorteile beim Wareneinkauf zu verschaffen. Zwar hat die Kommission des Abgeordnetenhauses die Gesellschaftssteuer abgelehnt, nicht aus Liebe zu den Konsumvereinen, sondern im Interesse der Aktien- und sonstigen Erwerbsgesellschaften. Aber damit ist das Schicksal der Vorlage keineswegs besiegelt. Man muß immer noch mit der Möglichkeit rechnen, daß das Plenum des Landtags eine andere Stellung einnehmen kann wie die Kommission. Die Konsumvereine haben deshalb allen Grund, Protest zu erheben gegen diese Steuer, welche eine schreiende Ungerechtigkeit gegen die Konsumvereine und eine neue, drückende Last für die arbeitende Bevölkerung darstellt. — Aus diesem Grunde sind am Dienstag sieben Volksversammlungen einberufen worden mit der Tagesordnung: „Die von der preußischen Regierung geplante Gesellschaftssteuer, ein Attentat auf die arbeitende Bevölkerung".

In allen Versammlungen wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die öffentliche Protestversammlung sieht in der von der Regierung dem preußischen Abgeordnetenhause vorgeschlagenen Heranziehung der Konsumvereine zur Gesellschaftssteuer eine weitere indirekte Erhöhung der Lebensmittelpreise und somit ein erneutes Attentat auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung.

Die neuerdings vorgeschlagene unerhörte Belastung der Ersparnisse ärmster Leute ist in sich widersinnig und bar aller Gerechtigkeit.

Die Konsumvereine dürfen nur an ihre Mitglieder verkaufen, erzielen weder Gewinn noch üben sie ein Gewerbe aus. Die Konsumvereine beschränken sich lediglich darauf, ihren meist unbemittelten Mitgliedern die Lebensbedürfnisse auf möglichst billige Weise zu beschaffen, um so Ersparnisse zu machen, die den einzelnen Mitgliedern je nach Höhe ihrer Einkäufe am Jahresschluß wieder zurückerstattet werden. Obwohl also die Konsumvereine weder Gewinn noch Einkommen im steuerlichen Sinne erzielen, zahlten im Jahre 1907 die 963 preußischen Konsumvereine, welche dem Zentralverband deutscher Konsumvereine berichteten, bei rund 5½ Millionen Mark Ersparnissen nahezu ½ Million Mark, das ist mehr als 8½ Proz., an Steuern aller Art.

Die Versammelten protestieren daher ganz entschieden gegen jede neue Besteuerung der Konsumvereine und mithin auch gegen die beabsichtigte Anwendung der Gesellschaftssteuer auf die Konsumvereine; sie kennzeichnen diese Besteuerung um so mehr als eine ausnahmegesetzliche, absichtliche Schädigung der Konsumvereine, als die landwirtschaftlichen Genossenschaften steuerfrei sind und auch nicht unter die Gesellschaftssteuer fallen sollen.

Die angewandte Steuerpolitik hat im letzten Grunde die Unterdrückung der für die arbeitenden Volksklassen wirtschaftlich bedeutsamen Konsumgenossenschaften zum Ziele. Die Versammelten erklären es deshalb als Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, die Konsumgenossenschaften auch in Berlin zur kraftvollsten Entwickelung zu bringen.

Die Versammelten fordern grundsätzlich die Befreiung der Konsumvereine von jeder Einkommen-, Warenhaus-, Umsatz- und ähnlichen Steuern."

Obwohl die Zeit kurz vor Weihnachten zur Abhaltung von Massenversammlungen nicht besonders geeignet ist, hatte der Plan der preußischen Regierung, die Konsumgenossenschaften gleich den kapitalistischen Erwerbsgesellschaften mit einer neuen Steuer zu belasten, auch im Norden und Nordwesten Berlins die Proletarier und Proletarierinnen in Massen zusammengeführt.

Bei Ballschmieder in der Badstraße waren sie so zahlreich erschienen, daß die Sitzplätze des großen Saales nicht ausreichten. Die Ausführungen des Referenten K. Giebel fanden lebhaften Beifall und einstimmig wurde die vorgeschlagene Resolution angenommen.

In den Germania-Prachtsälen folgte die Menge, die den größten, auf 1500 Personen berechneten Saal füllte, mit lebhaftem Interesse dem Vortrage Adolf Ritters, der, ausgehend von der ungeheuren und nach Meinung der Reichsregierung noch immer nicht zureichenden Belastung des Volkes durch indirekte Reichssteuern, den Gesellschaftssteuervorschlag der preußischen Regierung hinsichtlich der Konsumvereine scharf verurteilte und demgegenüber den großen wirtschaftlichen Wert der Genossenschaften für die Arbeiterklasse schilderte. Allgemeiner Beifall und einstimmige Annahme der Resolution zeugten dafür, daß auch die hier Versammelten das Wirken der Konsumgenossenschaften zu schätzen wußten und einmütig das auf ihre Schädigung berechnete Vorgehen der Regierung verurteilten.

Der geräumige Saal des Artushofes in der Perleberger Straße war bereits bald nach 8 Uhr voll besetzt, so daß die Versammlung gleich darauf beginnen und, da nach dem trefflichen Referat des Landtagsabgeordneten Hirsch Gegner sich nicht zum Wort meldeten, schon vor 10 Uhr geschlossen werden konnte. Die Ausführungen des Referenten, seine ebenso sachverständige wie scharfe Kritik des Regierungsvorschlages zu weiterer Besteuerung der sowieso schon mit ungerechten Steuern schwer belasteten Konsumvereine, riefen unmittelbar lebhafte Beifallsäußerungen hervor. Auch hier wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses hatte sich eine sehr zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden. Sie folgte mit lebhaftem Interesse den sachkundigen Ausführungen des Referenten Stühmer, der die Gesetzesvorlage an der Hand eines reichhaltigen Materials kritisierte. Er beleuchtete die Ungerechtigkeit dieser Vorlage und zeigte, daß sie die Mitglieder der Konsumvereine auf das schwerste belastet, indem sie die Waren, die schon durch Zölle über Gebühr belastet sind, nochmals mit einer indirekten Steuer belegt. Ein Appell zur regen Beteiligung an dem Konsumverein für Berlin schloß den mit Beifall aufgenommenen Vortrag, dem eine zustimmende Diskussion folgte.

In Bökers Saal, Weberstraße 17, referierte Eugen Brückner vor einer zahlreichen Teilnehmerschaft, die den Saal vollständig füllte. Von einer allgemeinen Kennzeichnung der preußischen und deutschen Steuerpolitik kam der Redner auf den eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung zu sprechen. Er übte unter allgemeiner Zustimmung eine ebenso scharfe wie sachliche Kritik an der beabsichtigten Besteuerung der Konsumvereine und der dadurch den Arbeitern auferlegten neuen drückenden Last. Sowohl der Protest gegen die Steuer als auch die Aufforderung zum Eintritt in den Konsumverein fanden bei den Versammelten lebhaften Anklang.

In Habels Brauerei war der Saal gut besetzt. Auch hier waren viele Frauen erschienen, die mit lebhaftem Interesse den Ausführungen des Referenten Genossen Wurm folgten. Der Redner besprach die Vorzüge der Konsumvereine in einer sehr eingehenden Weise. Diese Vereine zu unterstützen, sollten die Genossen und Genossinnen sich besonders angelegen sein lassen, so empfahl er. Die Steuerpolitik der Regierung unterzog der Redner einer scharfen Kritik und forderte die Arbeiter auf, nicht untätig zuzuschauen, sondern die Konsumvereine als ein Mittel der Selbsthilfe zu betrachten, um dem Drucke der indirekten Steuern auf die Nahrungsmittel entgegenzuwirken. — In der Diskussion trat ein Redner auf, der sich Gegner der Sozialdemokratie und der Konsumvereine nannte, der aber zeigte, daß er von diesen Dingen nichts verstand; er erhielt den guten Rat, sich erst darüber zu unterrichten, ehe er sich eine öffentliche Kritik erlauben dürfte. Die Resolution gegen die Gesellschaftssteuer und für den Anschluß an die Konsumvereine wurde angenommen.

In Charlottenburg hatten die Genossen für einen guten Besuch ihrer Versammlung fleißig agitiert. Der große Saal im Volkshause war um 9 Uhr vollständig besetzt. Zahlreich waren die Frauen erschienen. Rechtsanwalt Steinschneider referierte. Der Protest gegen die Gesellschaftssteuer mag überflüssig erscheinen, so meinte der Vortragende, da die Vorlage in der Kommission schon gefallen sei. Die Besprechung der Angelegenheit sei aber dringend notwendig, weil die drohende Besteuerung der Konsumvereine nur ein Glied in der Kette von Maßregeln gegen diese Vereine bilde. Die Wichtigkeit der genossenschaftlichen Vereinigung der Konsumenten werde von der Arbeiterschaft noch nicht genügend gewürdigt; jede Gelegenheit zur Agitation in dieser Richtung sei zu begrüßen. Der Redner erläuterte die Einrichtung der Konsumvereine und forderte unter dem Beifall der Versammelten zur Unterstützung der Vereine durch massenhaften Anschluß auf, denn nur durch eine zahlreiche Mitgliedschaft können sie eine erfolgreiche Tätigkeit entfalten.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr reichlich, Geschäft ziemlich rege, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise gut, in Gänsen gedrückt. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 14. Dezember 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	759	S	3	bedeckt	2	Haparanda	751	S	2	bedeckt	−5
Hamburg	757	SSW	4	bedeckt	8	Petersburg	762	SSW	2	bedeckt	2
Berlin	761	SSW	2	bedeckt	4	Scilly	747	SSW	4	bedeckt	11
Frankf. a. M.	761	SW	3	Regen	7	Aberdeen	748	S	2	heiter	8
München	766	SO	2	halb bd.	−0	Paris	756	S	3	bedeckt	10
Wien	768	Still		Nebel	−6						

Wetterprognose für Dienstag, den 15. Dezember 1908.

Mild und vielfach heiter, aber veränderlich bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Adreßbuch

für

Berlin und seine Vororte

1909

ist erschienen

und wird in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeigers", SW. Zimmerstraße 36—41, zu den bekanntgemachten Preisen ausgegeben.

August Scherl.

Für das Weihnachtsfest

empfehlen wir als geeignete Geschenke folgende **Prämien** für die Leser des „Vorwärts":

F. W. Hackländers Werke
Neue illustrierte Ausgabe, 2 Bände, 3,50 M.

Goethes Werke
2 Bände, illustriert, 3,50 M.

Freiligraths sämtliche Werke
3 Bände, gebunden, 3,— M.

Schillers Werke
2 Bände, illustriert, 3,50 M.

Grillparzers sämtliche Werke
2 Bände illustriert, 3,— M.

Heines Werke
2 Bände, illustriert, 3,50 M.

Reuters sämtl. Werke
2 Bände, illustriert, 3,— M.

Gerstäckers Werke
2 Bände, illustriert, 3,50 M. 217/9*

Ferner empfehlen wir unser reichhaltes Lager in

Jugendschriften

zusammengestellt nach dem vom Bildungs-Ausschuß der Partei herausgegebenen Jugendschriften-Verzeichnis, das in unserem Geschäftslokale **gratis** zu haben ist.

Bilderbücher

sind in großer Anzahl und in allen Preislagen vorhanden.

Expedition des „Vorwärts", Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69. (Laden.)

Gesellschafts-Spiele in allen Preislagen.
Schach, Domino, Dame, Roulette, Tivoli, Poch- u. Kegelspiele rc.
Moderne **Spazierstöcke** und **Tabak-Pfeifen** aller Art.
Feine **Wiener Meerschaum- u. Bernstein-Spitzen.**
Scheunert & Wirth, Blumenstraße 4 und 5, an der Wallner-Theater-Straße.
Neujahrs-Spitzen.

Abschrift.

147 B 281/08

In der Privatklagesache des Geschäftsführers und Reichstagsabgeordneten Richard Fischer hier, Privatklägers, gegen den Redakteur der Zeitung „Die Post", Erich Petersen hier, Angeklagten, wegen Beleidigung hat das königl. Schöffengericht Berlin-Mitte Abteilung 147 in Berlin am 29. Oktober 1908 für Recht erkannt:

Der Angeklagte ist der öffentlichen Beleidigung schuldig und wird zu zweihundert Mark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle zu 20 — zwanzig — Tagen Haft und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Der Widerbeklagte ist der Beleidigung nicht schuldig und wird freigesprochen.

Dem Beleidigten Fischer wird die Befugnis zugesprochen, den entscheidenden Teil des Urteils binnen vier Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Erkenntnisses auf Kosten des Angeklagten im „Vorwärts" und der „Post" je einmal zu veröffentlichen.

Berlin NW., den 26. November 1908 Alt-Moabit 11.

(L. S.) Unterschrift.
Gerichtsschreiber des kgl. Amtsgerichts Berlin-Mitte, Abt. 147.

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., **Dircksenstraße 20**
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt VII, 13799.
Für Damen weibliche Bedienung. *
Lieferant für **alle Krankenkassen.**

In einem industriereichen Orte Mecklenburgs ist sofort ein 1686*
Gewerkschaftshaus
mit 400 Hektoliter Bierumsatz bei 12 000 M. Anzahlung zu verkaufen. Offert. u. V. 4 an die Exped. d. Blattes.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche, fehlerhaft, für halben Wert. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1501R*

Plüschportieren, Musterexemplare für halben Wert. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. *

Steppdecken, spottbillig. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. *

Gasbronzekronen, Hängelampen 9,00, Salongaskronen, Gashängelicht, Musterverkauf spottbillig! Gasbratbacköfen 8,00, Zweilochgaskocher 3,00. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 1540R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 254/11*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager. Louis Böttcher (selbst): Betriebsleitung Barbarenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Potsdamerstraße 81, Schönhauser Allee 79, Badstraße 8a, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247.

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Poß, Brunnenstraße 8, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Bekanntmachung. Humboldtlesehaus, nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Strelitzerstraße. Spottbilligster Räumungsverkauf! Hochelegante Winterpaletots, wunderbare Pelzstolas, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, riesengroßer Bettenverkauf, Wäscheauswahl, Gardinenauswahl, Plüschtischdecken, Teppichauswahl, goldene Uhren, Freischwinger, Kettenauswahl, Ringeauswahl, prächtige Festgeschenke. Geöffnet ganzen Tag, auch Sonntags.

Teppiche mit Farbenfehlern, spottbillig, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Mauerhoff. Vorwärtslesern 6 Prozent Rabatt.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Mauerhoff. 1393R*

Gardinenreste, 2—4 Fenster, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Mauerhoff. 1384R*

Eichelmann's Leihhaus, Schöneberg, Sedanstraße 1, gegenüber Bahnhof Schöneberg, verkauft billigst silberne und goldene Uhren, Ketten, Ringe, Brochen, Ohrringe, Winterpaletots, Anzüge, Joppen, Bilder, Pianos, einzelne Möbel. 1536R*

Plüschtischdecken, großer Weihnachts-Ausverkauf, wundervoll bestickte, beste Qualitäten: jetzt 5,85, 6,75, 7,50. Richard Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserthor). Abonnenten Rabatt. 1518R*

Fünfzig wöchentlich. Möbel, Garderoben, Uhren, Kinderwagen, Wäsche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Teppiche, Portieren, Pelzstolen, Eisenmöbel, Kronleuchter, Phonographen, Trauringe. Stargarderstraße 64. 172

Puppenwagen, zurückgesetzte, spottbillig. Kindereistraße 53. 1536R*

Damenuhren, Herrenuhren, Ketten, Schmuck, allerbilligste Festgeschenke. Leihhaus Osten, Gubenerstraße 3/4. Sonntags geöffnet. †138

Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Schlafdecken (Deckbettersatz), Normal (buntfarbig) 1,85—8 Mark, Wolle (einfarbig) 2,85—18 Mark. Spezialhaus Emil Lesoore, Oranienstraße 158. 1152R*

Tüllbettdecken, volle Bettgröße, 2,50, in Erbstüll 6,35, Tüllstores 1,85, Erbstüllstores 4,35. Teppichhaus Emil Lesoore, Oranienstraße 158. 1151R*

Reisemodelle, Posten, Mäntel, Kostüme, Jackets, Paletots, teils auf Seide, durchweg 9 Mark. Julius Neumann, Belleallianceplatz 105. 1530R*

Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig, Bilder, Spiegel. Ferner: Möbel, Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge, Portieren, Uhren, Gaskronen, Herrengarderobe. Weber, Prenzlauerstr. 49. Besuch, eventuell Postkarte. 1387R*

Spottbillige Gelegenheitskäufe in Gardinen, Stores, Decken, Läufer, Teppiche usw. wegen Geschäftsauflösung und Räumung Chausseestraße 88. 1535R*

Glosien zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Kinderbettfell 7 Mark Andreasstraße 53. 1537R*

Wer Stoff hat, fertige Herrenanzug 20 Mark, feinste Zutaten, zwei Anproben, für guten Sitz bekam goldene Medaille. Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23 II, Alexanderplatz. Gegründet 1892. Ohne Konkurrenz. Reste zu Anzügen spottbillig, von 5 Mark pro Meter, neueste Muster. Spezialität: kompletter Winterpaletot nach Maß 36.—, Winterhose 12.—, Gehrockanzug 48.—, um Kundschaft zu erlangen. Unerreicht. 193/11

Hermannplatz 6! Großberlins Einkaufsvorteil! Vielhundertfach Großberlins und Umgegend wird Gelegenheit geboten, allerlei notwendigste, vielseitigste Einkaufsbesorgungen zum bevorstehenden Weihnachtsfeste staunendbillig anzuschaffen. Ueberbürdete Warenansammlung erfordert selbstverständlich ausnahmsweisen extrabilligen Warenverkauf! Riesenauswahl, Pfandverkauf! Staunendbilligste Winterpaletots! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Pelzstolas! Allerbilligste Festgeschenke! Goldsachen! Damenuhren! Damenketten! Herrenuhren! Herrenketten! Ringeauswahl! Schmucksachen! Wanduhren! Teppichauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Wäscheauswahl! Gardinenauswahl! Bettenauswahl! „Bequemste Fahrverbindung!" Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet. †99

Nähmaschinen, Original-Singer, tadellos, spottbillig Reichenbergerstraße 133 III. †3

Zentral-Pfandleihe Prinzenstraße 86, I. Täglich Verkauf von verfallenen Pfändern. Weltbekannte Pfandleihe! 50 Prozent billiger wie im Laden. Goldsachen, passend zum Weihnachtsgeschenk. Winterpaletots, Anzüge, Gehrockanzüge, Hosen, Knabenanzüge von 3,50 Mark an, Monatsgarderobe, für jede Figur passend, aus den feinsten Werkstätten Berlins, Betten, Tischdecken, Steppdecken. Fahrgeld wird vergütet. Bitte sich zu überzeugen. 22/9*

Steppdecken, Vollatlas und Simillseide 3,25, 3,85, 4,35, 5,00, 5,75. *

Portieren, Blütettatuch, 2 Shawls, 1 Lambrequin in allen Farben 3,25, 3,85, 4,75, 5,50, 6,75. Große Frankfurterstraße 125. 1523R*

Plüsch- und Tischtischdecken mit feinen Stickereien. Riesenauswahl. 1,65, 1,95, 2,50, 3,50, 4,85, 6,50, 7,25.

Tüllbettdecken in weiß und crème 1,95, 2,25, 2,75, 3,25, 4,50. 1525R*

Englische Tüllgardinen, Meter 35, 40, 45, 50, 60, 75 Pfennige. 1526R*

Abgepaßte Gardinen und Stores 1,65, 2,25, 2,85, 3,65, 4,35, 5,25. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1527R*

Läuferreste in allen Breiten und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis.

Teppiche, Riesenauswahl, mit feinen Webefehlern 3,15, 3,85, 4,65, 5,85, 6,00, 7,50. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1529R*

Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Kinderwagen, zurückgesetzte, gebrauchte, Andreasstraße 53. 1536R*

Taschenuhren, silberne 2,50, goldene 6,00, gestempelte 585 Gold 13,50. Operngläser 2,70. Freischwinger-Regulateure 9,00. Ringe 333 gestempelt 1,00. Viele hundert Broschen, Ohrringe, Halskollers, Medaillons, Uhrketten 1,50 bis 16,30, alles mit Garantieschein, so lange Vorrat reicht, nur Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. Annoncenvorzeigern vergütet Fahrgeld. 1558R*

Litauer-Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte, gutnähend, spottbillig. Warschauerstraße 67, Stralauerstraße 99, früher Wienerstraße. 173b

Christbaumschmuck und Wunderkerzen für Wiederverkäufer billigst Ringestraße 18. 1549R*

Nähmaschinen. Vergütet bis 25,00 bis Weihnachten, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brawiers Nähmaschinen-Geschäft, Frankfurter Allee 101. Fabriklager. 174b*

Teppiche mit Farbfehlern, seltener Gelegenheitskauf, direkt aus dem Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9. Flureingang. 1550R*

Zähne 1,00, Gitschinerstraße 90.

Pferdedecken, zurückgesetzte, große, reinwollene, Stück 3 Mark, wasserdicht bezogen 6,50, 10 Mark. Gebrüder Pflaume, Friedrichstraße 295.

Möbel.

Auf Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube, Küche. Anzahlung 15 Mark an. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 49.

Wichtig! Wegen Inventur-Aufnahme verkaufe ganze Wohnungseinrichtungen, sowie einzelne Möbelstücke teilweise 60 Prozent unterm Wert. Darunter eichene Speisezimmer, eichene Herrenzimmer, Vertikos, Kleiderschränke 24.—, Muschelbettstellen mit Matratze 25,—, Ausziehtisch 13.—, Herrenschreibtisch, Trumeaus, Büchenschränke, Chaiselongues, Sofaumbauten, Waschtischen 20,—, Taschensofas 45,—, Rohrstühle 1,50, Küchen staunend billig. Stargarder Möbelspeicher, Dresdenerstr. 107-108. Sonntags geöffnet. Lagerung, Transport frei. 193/12

Möbel-Boebel, Oranienstraße 58 (am Moritzplatz) kein Laden, direkt Fabrik, parterre I, II, III, gegründet 1879 liefert als Spezialität Wohnungseinrichtungen von 150—6000 Mark und einzelne Möbelstücke zu Fabrikpreisen. Größte Auswahl in verliehen gewesenen und zurückgesetzten Gegenständen. Bettstelle mit Matratze 16, englische Bettstelle mit Matratze 44, Muschelkleiderspind, Vertiko 29, Säulentrumeau mit geschliffenem Glase 29, Schlafsofa 33, Plüschsofa mit Sattelkissen 49, mit Stickereibezug 65, Paneelsofa mit Sattelkissen 59, Chaiselongues 22, Garnitur, Sofa und 2 Sessel von 75 an, farbige Küchen 44,—, Teppiche. Günstige Gelegenheit für Brautleute. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Gekaufte Möbel werden bis zur Lieferung kostenlos aufbewahrt, frei geliefert und aufgestellt. Sicheren Käufern Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 8—2 Uhr.

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher Möckernstraße 25, Anhalter Zimmerbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bibliotheken, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Oelgemälde, Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Dimandecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salonteppiche, schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 8,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Plüschtischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Lidekes Auktions- und Möbelspeicher, Möckernstraße 25. Kostenloser Transport. Lagerung. 149R*

Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Auflösungen in größter Auswahl, Muschelschränke, Vertikos 26,—, Taschensofas 35,—, Herrenschreibtische 33,—, Muschelbetten mit Federmatratzen 28,—, Büfette, Garnituren 65,—, Ausziehtische 10,—, Küchenschränke 12,—, Bücherschränke, Sofas 20,—, Teppiche, Bilder, Kronen, hundert komplette Wirtschaften, neue und gebrauchte, garantiert bedeutend billiger wie überall, bunte Küchen 55,—. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Größtes Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe. *

Wollen Sie wirklich eine reelle, trotzdem billige Wohnungseinrichtung oder ein einzelnes Möbelstück kaufen, so muß man Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor, hingehen! Die Firma verkauft jetzt die Möbel zirka 30 Prozent billiger, weil dieselbe Inventur-Ausverkauf hat! Jetzt ist die beste Gelegenheit, wirklich billig zu kaufen, zum Beispiel: Komplette Einrichtung mit farbiger Küche sonst 375, jetzt nur 250 Mark! Bessere: 325—300—425—475—530 bis 1500. Alle gekauften Möbel können bis zur Abnahme frei lagern und Transport frei, auch weite Vororte! Besichtigung auch Sonntag 8—8 Lothringerstr. 26, Schönhauser Tor.

Möbel! alt, neu, einfachste, eleganteste, verkauft spottbillig Lombardspeicher, Neue Königstraße 5, Fabrikgebäude; auch Sonntag geöffnet. Teilzahlung gestattet. 266/13*

Möbeltischlerei liefert reelle Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, bunte Küchen. Ratenzahlung. Kein Laden, nur Fabrikgebäude. Auch Sonntags. Harnack, Tischlermeister, Stallschreiberstraße 57, am Moritzplatz. Genossen 3 Prozent.

Möbel, S. Grau, Gneisenaustraße 10, billigste und beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

Fahrräder.

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. *

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1397R*

Musik.

Konzertplatten, Walzen, staunend billig, Lothringerstraße 40. 1409R*

Sprechmaschinen, Phonographen, Teilzahlungen ohne Preisaufschlag Lothringerstraße 40. 1468R*

Grammophone, Phonographen, Platten und Walzen, besonders preiswerte Weihnachtsangebote, auch gegen Teilzahlung. Neanderstraße 8. *

Menzenhauers Zithern, Harmonium, Mandolinen, Fabrikpreise, auch Teilzahlung. Houng, Ritterstraße 89. 1366*

Pianino, Hoflieferant, statt 750,— für M. 460,— sofort zu verkaufen Französischestraße 15, I rechts. *

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". (*

Verschiedenes.

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swientz, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1003R*

Lerne die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) zum abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote und unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Patentanwalt Weisel, Greifswalderstraße 91a. 3555R*

Kunstopferei von Frau Kolosko, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Platinabfälle, Gold, Silber, Gebisse, Kehrgold, Staubgold, sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Goldschmelze, Köpenickerstraße 29, Telephon 4, 6958. Sonntag geöffnet. 22/8*

Tanzlehrkurse! Gruppe, Annenstraße 16. Zum Weihnachtsfest: Walzerlehrkurse. Extralehrkurse. *

Piasina, alte Zahngebisse, allerhöchste Preise, Linienstraße 19a, II.

„Leihhaus Berlin", Große Frankfurterstraße 116, kauft, beleiht Herrengarderobe, Goldwaren, Silbersachen, Uhren, Wäsche, Pelzwaren, Stoffe, Zigarren, Fahrräder sowie jeden Wertgegenstand. 1300R*

Damen- und Kindermäntel werden angefertigt, auch Modernisierung. Krause, Goltzstraße 44.

Platinabfälle, Gold-, Silbersachen, Tressen höchstzahlend. Scheidemanstalt Markgrafenstraße 26. 2903b*

Komiker, billig, wohnt Köpenickerstraße 147. Schwartz. 170b

Verloren Buch Nr. 1 003 525, Friedrich Wilhelm-Lebensversicherung. Klingenbrunn, Bellermannstraße 1.

Vermietungen.

Zimmer.

Teilnehmer möbliertes Zimmer. Hacke, Hohenlohestraße 17, rechter Aufgang III. †121

Möbliertes freundliches Balkonzimmer für einen oder zwei Herren, Glogauerstraße 6, vorn III, Schulze.

Schlafstellen.

Alleinige möblierte Schlafstelle 10 Mark, Bahnhof Wedding, Cöslinerstraße 4, vorn II rechts, Szepaniak.

Möblierte Schlafstelle, Herrn, alleinstehender Frau. Randow, Prinzessinnenstraße 28 II. 175b

Mietsgesuche.

Suche möbliertes Zimmer, Nähe Kottbuserthor. Kaufmann, Adresse Teichert, Luisenufer, Ecke Ritterstraße, Restauration. †111

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Rohrstühle werden billig angefertigt, abgeholt und zurückgesendet. Gläser, Mulackstraße 27. 29975*

Stellenangebote.

Farbigmacher, Rixdorf, Kuckeckstraße 99a. †99

Für solide, sichere, strebsame Leute als Nebenverdienst Filiale zu vergeben, freie Wohnung und Prozente, Gipsstraße 17 Tabako-Gesellschaft. 197/10

Stempelsetzer wird sofort verlangt. H. Bernert, Charlottenburg, Wielandstraße 42. 171b

Tüchtigen Rahmenmacher verlangt J. Kristan, Charlottenstraße 7. 172b

Genosse, 40 Jahre alt, sucht wegen plötzlichem Todesfall der Frau für drei Kinder (9, —7 Jahre) Haushälterin, kinderlose Witwe oder älteres Fräulein. Gefällige Offerten mit Photographie an Georg Kannt, Homberg-Efferden (Niederrhein), Eisenbahnstraße 5, erbeten. 104b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Wegen Streiks und Differenzen sind gesperrt:
für Klavierarbeiter, Tischler, Maschinenarbeiter und Polierer die Firma **Rogg & Voigt,** Warschauer Str. 70 und Boxhagener Str. 16a.
Deutscher Holzarbeiterverband
Ortsverwaltung Berlin.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.